

Das Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft im Kontext der Fussballdebatten 2018

Masterarbeit
zur Erlangung des Mastergrades
der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Universität Luzern

vorgelegt von
Serena Wälti (12-067-161)

Eingereicht am: 1. April 2019

Erstgutachter: Prof. Dr. Joachim Blatter
Zweitgutachter: Prof. Dr. rer. Stefan Rieder

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	1
2. THEORIE	5
2.1 Liberalismus	7
2.2 Kommunitarismus	12
2.3 Multikulturalismus	17
3. FORSCHUNGSÜBERBLICK ZUR POLITISCHEN GEMEINSCHAFT UND BÜRGERSCHAFT	23
3.1 Schweiz	24
3.2 Deutschland	29
4. DIE QUALITATIVE INHALTSANALYSE NACH PHILIPP MAYRING	34
4.1 Grundlagen der qualitativen Inhaltsanalyse	34
4.2 Anwendung der Methode	36
5. ANALYSE DER SCHWEIZER „DOPPELADLER-DEBATTE“	41
6. ANALYSE DER DEUTSCHEN „CAUSA-ÖZIL-DEBATTE“	60
7. FREQUENZANALYSE	80
8. FAZIT	89
9. ANHANG	94
9.1 Kategoriensystem	94
9.2 Zeitstrahl der „Doppeladler-Debatte“ in der Schweiz	95
9.3 Zeitstrahl der „Causa-Özil-Debatte“ in Deutschland	96
9.4 Die Doppeladler-Geste	97
10. BIBLIOGRAFIE	98
10.1 Zeitungsartikel Schweiz	98
10.2 Zeitungsartikel Deutschland	101
10.3 Literatur	106
10.4 Tabellenverzeichnis	110
10.5 Abbildungsverzeichnis	111

1. EINLEITUNG

Im November 2017 qualifizierte sich die Schweizer Fussballnationalmannschaft für die Teilnahme an der Weltmeisterschaft 2018 in Russland. Nach einer eher turbulenten Vorrunde war die Freude über die definitive Teilnahme gross. Einen Monat später fand die Auslosung der Spielpartien statt, wobei die Schweiz im zweiten Spiel gegen Serbien antreten sollte (WUILLEMIN 2017: 2). Vor dem Hintergrund, dass einige der Schweizer Spieler einen kosovo-albanischen Migrationshintergrund haben und teilweise Doppelbürger sind, kam dieser Partie auch eine politische Bedeutung zu. Der Krieg zwischen Serbien und Kosovo (1998–1999), im Zuge dessen viele Flüchtlinge aus Kosovo mitunter auch in die Schweiz kamen, ist immer noch Auslöser von wiederkehrenden politischen Auseinandersetzungen. Bis heute weigert sich Serbien, die Unabhängigkeit Kosovos anzuerkennen (RATHFELDER 2010: 185ff.).

Während des Spiels gegen Serbien am 22. Juni 2018 in Kaliningrad zeigten die Schweizer Spieler Xhaka und Shaqiri, die beide kosovo-albanische Wurzeln haben, jeweils den Doppeladler, nachdem sie je ein Tor geschossen hatten. Mit vor der Brust verschränkten Händen und abgepreizten Daumen rannten sie vor die serbische Fankurve und feierten so ihre Tore für die Schweiz. Diese Geste symbolisiert den Doppeladler, wie er auf der Flagge Albanien zu sehen ist und von allen ethnischen Albanerinnen und Albanern als Zeichen ihrer Gemeinschaft anerkannt wird – so auch von einem Grossteil der Bevölkerung Kosovos, die zur Mehrheit aus ethnischen Albanerinnen und Albanern, den sogenannten Kosovo-Albanern, besteht (ebd.: 42). Jene Jubelgeste löste in der Schweiz eine landesweite Debatte über die Integration der beiden Fussballspieler aus. Die Doppeladler-Geste von Xhaka und Shaqiri wurde als Ausdruck einer Illoyalität gegenüber der Schweiz wahrgenommen. So strahlte das Schweizer Fernsehen am 3. Juli eine Sendung mit dem Titel „Doppeladler, Doppelbürger, Doppelmoral?“ aus. Auch in den Zeitungen wurde darüber debattiert, was diese Geste über die Identifikation von Doppelbürgerinnen und -bürgern mit der Schweiz aussagen kann.

Auch in Deutschland ist im Kontext der Fussballweltmeisterschaft eine ähnliche Debatte entstanden. Die beiden Spieler der deutschen Fussballmannschaft Özil und Gündoğan, die beide einen türkischen Migrationshintergrund aufweisen, hatten sich im Vorfeld der Weltmeisterschaft mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan fotografieren lassen. Anlass dazu war eine Benefizveranstaltung einer türkischen Stiftung, die türkische Studierende im Ausland unterstützt. Auf der Aufnahme ist zu erkennen, wie die beiden Spieler an den türkischen Präsidenten ein Fussballtrikot mit ihrer Unterschrift und folgender Widmung überreichen: „Für meinen verehrten Präsidenten –

hochachtungsvoll“ (REICHEL 2018b). Dieses Foto führte, ähnlich wie in der Schweiz die Doppeladler-Geste, auch in Deutschland zu einer Debatte über die Loyalität der beiden Spieler. Sie weitete sich im Laufe des Sommers zu einer Grundsatzdiskussion über die Werte und Leitprinzipien der deutschen Nation einerseits und andererseits über die Identifizierung der Immigrantinnen und Immigranten mit diesen Werten aus. Im Juni schied Deutschland bereits nach dritten Spiel gegen Südkorea überraschend aus. Einen Monat später gab Özil seinen Rücktritt aus der deutschen Mannschaft bekannt, wobei er unter anderem verlauten liess: „I am German when we win, but I am an immigrant when we loose“ (REICHEL 2018a: 2–4).

Obwohl die beiden Debatten unter unterschiedlichen politischen und sozialen Bedingungen und vor verschiedenen Hintergründen entstanden sind, lassen sich dennoch gewisse Ähnlichkeiten feststellen. Die Frage von gesellschaftlicher Inklusion und Exklusion bzw. diejenige, inwiefern Menschen mit Mehrfachnationalitäten und -identitäten zur Schweizer bzw. deutschen Gesellschaft gehören, scheint angesichts zunehmender nationalistischer Tendenzen wieder virulent geworden zu sein. Was aus demokratietheoretischer Perspektive schon länger unumstritten ist, nämlich, dass Doppelbürgerinnen und -bürger eine Chance für die Demokratisierung darstellen (vgl. BLATTER u. a. 2018; BLATTER 2011), wird gesellschaftlich und politisch als höchst problematisch aufgefasst. Die Debatte über Integration und Loyalität von Doppelbürgerinnen und -bürgern wird oft polemisch geführt, sie polarisiert die Gesellschaft. Dass die eingangs erwähnten Debatten ausgerechnet vor dem Hintergrund der Fussball-WM geführt wurden, überrascht insofern nicht, als dass gerade der Fussballsport in den Sportwissenschaften schon länger als Aushandlungsfeld gesellschaftlicher Werte- und Normvorstellungen gilt. Nationalmannschaften werden als Abbild kulturell homogener Nationen beschworen. Das Denken in nationalen Kategorien verschwindet nicht; es findet gerade in massenmedial vermittelten Sportarten eine Bühne für nationale Selbstdarstellung und Zugehörigkeitsgefühle (vgl. BENS u. a. 2014).

Die vorliegende Masterarbeit geht in erster Linie der Frage nach, welches Verständnis von Bürgerschaft und politischer Gemeinschaft sich aus der Schweizer „Doppeladler-Debatte“ und der deutschen Debatte um die „Causa Özil“ herauslesen lässt.¹ Welche Themen und Argumentationsmuster treten auf? Und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Debatten lassen sich feststellen?

¹ „Causa Özil“ und „Doppeladler-Debatte“ (auch „Doppeladler-Affäre“) sind Bezeichnungen für die Mediendebatten, die während der Fussballweltmeisterschaft über das Verhalten der erwähnten vier Spieler mit Migrationshintergrund geführt wurden. Da diese beiden Ausdrücke häufig als Eigenbezeichnung der beiden Debatten vorkommen, habe ich mich entschieden, sie in dieser Arbeit ebenfalls zu verwenden.

Für die Arbeit werden zahlreiche Artikel der wichtigsten Tages- und Wochenzeitungen zu den beiden Debatten nach der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring analysiert. Diese bietet sich für diese Arbeit an, da sie darauf abzielt, aus grossen Textmengen „die für die Forschungsfragen relevanten Passagen und Aussagen“ (BLATTER u. a. 2007: 75) herauszufiltern und sie gemäss einem regelgeleiteten System zu untersuchen. Anhand eines zuvor erarbeiteten Kategoriensystems oder *Codesystem* (MAYRING 2008: 24ff.) werden die Zeitungsartikel analysiert. Die Entwicklung der Kategorien erfolgt im Wechselverhältnis zwischen den drei Theorien Liberalismus, Kommunitarismus und Multikulturalismus und der Fragestellung sowie weiteren Überlegungen, die sich während des ersten Analysedurchlaufs ergeben. Somit bilden die Demokratietheorien des Liberalismus, Kommunitarismus und Multikulturalismus und deren Prinzipien über die ideale politische Gemeinschaft und Bürgerschaft den Rahmen, innerhalb dessen die beiden Debatten ausgewertet und interpretiert werden. Ziel ist es, zu ermitteln, inwiefern die Auffassungen von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft in den beiden Debatten sich an liberalen, kommunitaristischen oder multikulturalistischen Prinzipien orientieren. Aufgrund der zahlreichen Zeitungsartikel, der Beiträge im Fernsehen und im Internet sowie der Tatsache, dass die Debatten bis in den Winter 2018/19 hineinreichten, musste im Vorfeld ein Zeitraum festgelegt und eine Auswahl der Artikel getroffen werden. Für die Debatte um die Doppeladler-Geste wurden insgesamt 42 Artikel aus dem Zeitraum zwischen dem 22. Juni 2018, an dem das Spiel gegen Serbien stattfand, und dem 1. August 2018, dem Schweizer Nationalfeiertag, untersucht. Für die deutsche Debatte wurden 62 Zeitungsartikel analysiert, die zwischen dem 13. Mai 2018, an dem sich Gündoğan und Özil mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan fotografieren liessen, und dem 31. Juli 2018, einige Tage nach Özils Rücktritt, erschienen sind.

Im anschliessenden Kapitel 2 werden die drei Theorien des Liberalismus, Kommunitarismus und Multikulturalismus vorgestellt. Im darauffolgenden Kapitel 3 wird versucht, anhand der derzeitigen Einbürgerungspraxis, der Anerkennung von Doppelbürgerschaften, der politischen Beteiligungsmöglichkeiten und der kulturellen Rechte gesellschaftlicher Minderheiten das schweizerische und das deutsche Konzept von Bürgerschaft und politischer Gemeinschaft darzustellen. Auf dieser Grundlage werden die Hypothesen zu den jeweiligen Debatten formuliert. Für die Schweizer Debatte werden ein stark kommunitaristisches Konzept von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft und nur ein vereinzelt Auftreten von multikulturalistischen und liberalistischen Elementen erwartet. Für die deutsche Debatte wird die Hypothese aufgestellt, dass sich aus den Artikeln ebenfalls eine kommunitaristische Auffassung ableiten lassen wird, aufgrund von Bürgerrechtsreformen jedoch nicht wenige multikulturalistische Argumente zu finden sein werden. Weiter stellt Kapitel 4 die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse vor. In den Kapiteln 5 und 6 werden

die Ergebnisse aus der Codierung mit dem Kategoriensystem dargelegt und interpretiert. Im Anschluss folgt die Auswertung der Resultate aus der Frequenzanalyse (Kap. 7). Schliesslich werden im Fazit die Ergebnisse dieser Masterarbeit resümiert.

2. THEORIE

In diesem Kapitel werden die Theorien des Liberalismus, Kommunitarismus und Multikulturalismus vorgestellt. Ihre jeweils unterschiedlichen Grundsätze und Prinzipien über die ideale Bürgerschaft und Organisation von politischer Gemeinschaft werden die Grundlage für die Erstellung des *Codebook* bilden. Mithilfe dessen bzw. des Codierleitfadens werden die verschiedenen Zeitungsartikel zu den beiden Fussballdebatten systematisch ausgewertet und interpretiert. Liberalismus, Kommunitarismus und Multikulturalismus sind Strömungen der politischen Philosophie, einer sich insbesondere durch ihren normativen Standpunkt auszeichnenden philosophischen Teildisziplin. Sie fragt nach den Bedingungen und der Beschaffenheit der „guten“ oder „gerechten“ Ordnung für das soziale und politische Zusammenleben und versucht Antworten auf die Frage bereitzuhalten, „wer die Geschicke einer Gemeinschaft bestimmen, also wer herrschen soll“ (BECKER u. a. 2006: 17). Alle politischen Philosophien tragen zudem auch eine Reihe an Rechten und Pflichten an die Bürgerin und den Bürger heran. In gewisser Hinsicht konstruieren sie ein spezifisches Rollenverständnis und Idealbild der Bürgerin bzw. des Bürgers, das nicht zuletzt auch moralische Ansprüche formuliert und Bürgertugenden miteinbezieht. Ferner befasst sie sich mit den politischen Institutionen, deren Strukturen und Prozessen (ebd.). Im Folgenden soll der Fokus vornehmlich auf den Vorstellungen idealer politischer Gemeinschaft und idealer Bürgerschaft liegen, die in den drei Theorien jeweils sehr unterschiedlich ausfallen. Die politische Gemeinschaft umfasst Schlenker-Fischer zufolge die „Gruppe von Mitgliedern, die durch die Teilhabe an einer gemeinsamen politischen Struktur und an gemeinsamen Prozessen definiert ist“ (SCHLENKER-FISCHER 2009: 67). Sie greift auf eine Konzeption des Politikwissenschaftlers David Easton² zurück, wonach die politische Gemeinschaft dasjenige Element eines politischen Systems darstellt, das durch politische Arbeitsteilung untereinander verbunden ist. Unter „politischer Arbeitsteilung“ versteht Easton die Allokation von Werten sowie die Findung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen (ebd.). Gemäss diesen Bestimmungen können Mitglieder einer politischen Gemeinschaft auch aus verschiedenen Kulturen stammen; auch muss nicht die gesamte Wohnbevölkerung Teil derselben politischen Gemeinschaft eines Staats sein. Ein Minimum an Zusammengehörigkeitsgefühl ist aber vorausgesetzt, um das Fortbestehen und die Stabilität der politischen Gemeinschaft zu sichern. Wie weit die individuelle Identifikation mit den Zielen und Werten der politischen Gemeinschaft reicht, ist variabel – jedoch sollte sie von kurzfristigen Meinungs-

² Easton, David (1979): *A systems analysis of political life*. Chicago: University of Chicago Press.

schwankungen sowie politischen und gesellschaftlichen Veränderungen losgelöst sein. Gemeinschaftsbewusstsein und Heimatgefühle stellen eine Ausdrucksform dieser Identifikation dar. Ferner sind es auch die politischen Strukturen und formalen Grenzen wie etwa die Staatsbürgerschaft, welche die politische Gemeinschaft zusammenhalten und definieren. Politische Gemeinschaften sind in den meisten Fällen in Nationen organisiert. Nach aussen beansprucht eine solche Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gegenüber anderen Nationen; nach innen befasst sie sich mit der Entstehung und Vertiefung der politischen Gemeinschaft, deren Organisation und Regierung (ebd.: 83ff.).³

Obwohl viele unterschiedliche Bürgerschaftskonzepte in der Forschung diskutiert werden, wird die Bürgerschaft häufig auf vier Elemente reduziert. Sie umfasst die *formale Mitgliedschaft*, die mit der Bürgerschaft verbundenen *zivilen, politischen und sozialen Rechte*, die *partizipativen Praktiken* und die *kollektive Identität* (SCHLENKER & BLATTER 2016: 112). Diese Elemente werden in den Theorien jeweils unterschiedlich gewichtet. Der Liberalismus etwa legt den Schwerpunkt auf die bürgerlichen und politischen Rechte des Einzelnen, der Kommunitarismus hingegen auf die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Gemeinschaft. Das traditionelle Verständnis von Bürgerschaft, dem zufolge jeder Mensch nur einer Nation, deren Rechte und Pflichten innerhalb eines klar abgegrenzten Territoriums gelten, zugehörig ist und entsprechend auch keine andere als diese Staatsbürgerschaft besitzt, beginnt sich zu wandeln. Durch eine global agierende Wirtschaft und zunehmenden Migrationsbewegungen wird diese Auffassung einer exklusiven und auf Kongruenz basierenden Bürgerschaft zunehmend hinterfragt. Denn Migration führt zur Inkongruenz zwischen denjenigen, die innerhalb eines bestimmten Staates wohnen, und denjenigen, welche dessen Staatsbürgerschaft besitzen. Dies führt auch dazu, dass innerhalb eines Staates Menschen leben, die den Gesetzen zwar unterworfen sind, sich an ihrer Gestaltung aber nicht beteiligen können (ebd.: 113–116). Der Umgang mit solchen und anderen Problematiken wird im Folgenden zwar ebenfalls thematisiert, bildet aber keinen Schwerpunkt. Der Fokus liegt auf den jeweils unterschiedlichen Leitideen und Prinzipien der idealen politischen Gemeinschaft und Bürgerschaft.

³ In Abgrenzung zum Begriff der Nation ist unter dem Staat die Bildung eines politischen Zentrums zu verstehen. Von diesem werden die „administrative Durchdringung“ bis an die Peripherie und die Konsolidierung der politisch-administrativen Grenzen vorgenommen (SCHLENKER-FISCHER 2009: 86).

2.1 Liberalismus

Gewissermassen gehört der Liberalismus zur Grundausrüstung heutiger Demokratien; er stellt das vorherrschende Politikmodell dar, spielt aber auch in den normativen Debatten der politischen Philosophie eine zentrale Rolle (SCHLENKER-FISCHER 2009: 94). Unter dem Liberalismus ist derjenige Ideenkomplex zu verstehen, den das Prinzip individueller Selbstbestimmung und das der Bändigung politischer Herrschaft durch die Verfassung bestimmen. Der Liberalismus ist die erste politische Ideologie der Moderne, die ihre politische Ordnung weder wesentlich auf religiösen noch auf bestehenden Machtstrukturen, etwa einer Monarchie, aufbaut. Vielmehr schöpft deren gesellschaftliches und politisches Gefüge seine Kraft aus den Fähigkeiten und Interessen der Einzelnen (SCHILLER 2010: 514–518).

Die Ursprünge des Liberalismus reichen bis ins 17. Jahrhundert zurück, als sich die rationalistische Aufklärung, der Individualismus, die ersten Vorläufer von Verfassungen wie auch das Bürgertum allmählich herausbildeten (ebd.). Sein wichtigster Begründer war John Locke, der mit seinem Werk *Two Treatises of Government* (1685) die Idee des konstitutionellen Staates und die Freiheitsrechte der Bürger propagierte (SCHLENKER-FISCHER 2009: 94). Lockes Abhandlung war eine Reaktion auf Sir Robert Filmers Rechtfertigung der absoluten Monarchie in *Patriarcha, or the Natural Powers of Kings* (1680). Locke hingegen griff auf den von Thomas Hobbes entwickelten Gesellschaftsvertrag zurück, wonach der Staat seine Existenz und Organisation nur durch die Zustimmung seiner unterworfenen Untertanen begründen könne (BECKER u. a. 2006: 30ff.). Bei Locke setzen die zu einem souveränen Volk zusammengeschlossenen Individuen eine Regierung ein, der sie gewisse Rechte und Pflichten übertragen. Sie wird mit der Rechtsprechung zum Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger beauftragt, wobei die Staatsgewalt nur soviel Macht ausübt, wie die Bürger ihr zuweisen.⁴ Im Gegenzug schulden diese Gehorsam gegenüber dem Staat, wobei dies in den meisten liberalen Theorien durch die Einhaltung der Gesetze und Pflichten, etwa der Steuer- oder Militärdienstpflicht, konkretisiert wird (ebd.: 44). Das weitaus wichtigere Prinzip des Liberalismus, auf welches sich dessen Wortstamm schliesslich auch bezieht, ist die Freiheit (lat. *libertas*). Dem Liberalismus zufolge verfügt nämlich jeder Mensch über das Recht und die Fähigkeit, seine oder ihre eigenen Vorstellungen vom guten Leben zu entwickeln und

⁴ Hobbes dagegen vertrat die Auffassung der absoluten Herrschaft, wonach der Souverän über eine unbegrenzte Macht verfügen muss, um den sogenannten *Naturzustand* zu beenden. Hobbes bezeichnet diesen als Kriegszustand, der sich durch knappe Güter auszeichnet, wobei alle auf ihrem Recht beharren, das zu tun, was ihrem eigenem Überleben dient (lat. *homo homini lupus est* = „Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf“; BECKER u. a. 2006: 33–36). Um diesen Naturzustand zu beenden, muss der Souverän, so die Idee von Hobbes, mit absoluter Macht ausgestattet werden (SCHLENKER-FISCHER 2009: 93ff.).

danach zu streben, sie zu verwirklichen. Jedoch dürfen andere dabei nicht zu Schaden kommen oder in ihrer Freiheit eingeschränkt werden.

Locke forderte zudem eine strikte Trennung von Politik und Religion. Die Regierung solle sich den Interessen der Bürger widmen und ihr Leben, ihre Freiheit und ihren Besitz schützen, während sich die Kirche den spirituellen Bedürfnissen der Gläubigen zuwenden solle. Der Staat dürfe sich nicht in die Angelegenheiten der Kirche einmischen und müsse sich gegenüber den unterschiedlichen Glaubensauffassungen tolerant zeigen. Die im Zuge der Glaubensspaltungen der Frühen Neuzeit bedeutsam gewordene Religionsfreiheit – der Staat setzt keinen Glauben, keine Konfession gewaltsam durch – bildet somit einen wesentlichen Bestandteil des liberalen Freiheitsverständnisses. Daraus resultierte schliesslich der liberale Freiheitsbegriff, der sich vor allem durch eine Begrenzung von Herrschafts- und Staatseingriffen in die persönlichen Lebensbereiche des Individuums, seine religiöse Überzeugungen und selbstgewählte Lebensgestaltung auszeichnet (GREVEN 2010: 265). Freiheit wird so zum Differenzprinzip zwischen öffentlicher und privater Sphäre (SCHLENKER-FISCHER 2009: 94–99). Dies resultiert schliesslich in einer strengen Trennung von Gesellschaft und Politik, wobei Letzteres vor allem die Tätigkeiten der Regierung umfasst. Die Regierung dient den allgemeinen Interessen der Gesellschaft und zieht daraus ihre Legitimation. Alles, was jedoch nicht unmittelbar den Interessen und Bedürfnissen der Allgemeinheit dient, wird der privaten Sphäre zugeordnet (BLATTER 2011: 774).

Der Freiheitsgedanke umfasst auch das Recht auf Eigentum. So darf der oder die Einzelne über Güter frei verfügen, die er oder sie für seine oder ihre freie Entfaltung benötigt. Dazu zählen beispielsweise Land, Pflanzen und Tiere, die zunächst Gemeineigentum aller Menschen darstellen. Die Überführung vom Gemein- in Privateigentum ist nur dann zulässig, wenn der Mensch seine Arbeitskraft auf das Objekt anwendet (Landbau, Ernte, Jagd) und durch diese Handlung zur Besitzerinnen bzw. Besitzer wird. Allerdings fordert der sogenannte Locke'sche Vorbehalt hierbei, dass sich niemand bereichern und dass durch die Aneignung von Gütern kein anderes Individuum benachteiligt werden dürfe. Eine Aneignung sei nur dann gerechtfertigt, wenn andere die gleiche Menge und Qualität dieses Guts sich ebenfalls zu eigen machen können (vgl. BECKER u. a. 2006: 52–54). Bei zeitgenössischen Vertretern des Liberalismus wie etwa dem amerikanischen Politikwissenschaftler Robert Dahl stellen die Demokratie im Allgemeinen und der Liberalismus im Besonderen ein Maximum an Freiheit zur Verfügung. Nur sie würden es dem Menschen ermöglichen, innerhalb selbstgewählter Gesetze und Pflichten zu leben. Unter Gesetzen zu leben, die man selber wählt, an deren Entstehungs- und Entscheidungsprozess man aber auch teilzunehmen hat, befördert laut Dahl die persönliche Entwicklung des Einzelnen als moralisches und soziales Wesen. Ihm zufolge ist es ebendieser Freiheitsgedanke, der einen nicht weiter zu begründenden Wert darstellt.

Es ist gemäss Dahl der Liberalismus, der diese individuelle Freiheit am besten garantieren kann. Meinungsfreiheit, das Recht auf politische Versammlung und Organisation sowie freie und faire Wahlen wären ohne dieses grundsätzliche Verständnis persönlicher Freiheit nicht möglich (DAHL 1989: 88–89).

Neben der Freiheit – die vor allem als Abwesenheit der Unterwerfung des Individuums unter eine fremde Willkür, der es nicht zugestimmt hat, verstanden wird – erachtet der Liberalismus die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger als weitere wichtige Bedingung der politischen Ordnung. Das impliziert nicht nur, dass vor dem Gesetz alle gleich sind, sondern auch, dass die Bedürfnisse und Interessen aller Bürger gleichwertig und gleichberechtigt sind. Für den politischen Entscheidungsprozess bedeutet diese *intrinsische Gleichheit* (ebd.: 86), dass alle Interessen, Bedürfnisse und Belange bekanntgemacht und angehört werden müssen. Der normative Fokus auf das Gleichheitsprinzip im Liberalismus bedeutet jedoch nicht, dass Ungleichheiten – seien sie materieller, sozialer oder intellektueller Natur – nicht mehr existierten. Dahls *intrinsische Gleichheit* ist kein Argument für sozialpolitische Umverteilung; sie darf auch nicht bezüglich des Herrschaftsverhältnisses missverstanden werden. Die *intrinsische Gleichheit* schliesst die Herrschaft von einigen über viele keineswegs aus. Wenn jemand nämlich besonders fähig ist, die eigenen und andere Bedürfnisse sowie kollektive Interessen voneinander zu unterscheiden und zu artikulieren, spricht gegen dessen Herrschaft nichts (ebd.: 87f.).

Aus dem Gleichheitsprinzip ergeben sich Fragen bezüglich der Mitgliedschaft in der politischen Gemeinschaft, mit denen sich die jüngeren Vertreter des Liberalismus aufgrund der zunehmenden Migrationsbewegungen beschäftigen. Nach dem Prinzip der Gleichheit ist es unzulässig, dass einige Personen der Gemeinschaft nicht angehören und dennoch dazu verpflichtet sind, Gesetze zu achten, über die sie selbst nicht entscheiden konnten. Streng ausgelegt würde das Gleichheitsprinzip bedeuten, dass die politische Gemeinschaft sämtliche Erwachsenen umfasst, die den kollektiven Entscheidungen unterworfen sind – also auch solche, die der politischen Gemeinschaft nicht qua Geburt angehören. Abgesehen von Kurzaufenthalten, etwa Touristen und Geschäftsleuten, oder von Menschen mit geistiger Beeinträchtigung müssen demzufolge Bürger aus anderen Staaten in die politische Gemeinschaft inkludiert werden. Der Liberalismus moderner Ausprägung strebt also eine Kongruenz zwischen der tatsächlichen Bevölkerung eines Staates und der politischen Gemeinschaft an (vgl. DAHL 1989: 119ff.; BLATTER 2011: 770f.). Was das politische Gemeinwesen jedoch im Allgemeinen ausmacht, dazu bietet der Liberalismus wenig konkrete Anhaltspunkte. Da die politische Gemeinschaft nach liberalistischer Ansicht auf einem Vertrag beruht, gibt es streng genommen keine Möglichkeit, die Mitgliedschaft in der politischen Gemeinschaft – etwa über eine Geburt in diese Gemeinschaft – zu ererben. Vielmehr besteht das politische

Gemeinwesen aus freiwilligen Zusammenschlüssen. Dies setzt eine mehr oder weniger explizite Willenserklärung für den Beitritt in das politische Gemeinwesen voraus. Das Freiheitsverständnis des Liberalismus geht dann auch so weit, jedem Individuum das Recht einzuräumen, die politische Gemeinschaft jederzeit verlassen und in eine andere übertreten zu können (BECKER U. A. 2006: 59). In der Literatur wird dies häufig auch als „Ausstiegsmöglichkeit“ (*exit-option*) ezeichnet (BLATTER 2011: 770). Der Entschluss, dies zu unterlassen und in der angestammten politischen Gemeinschaft zu verbleiben, gilt als stillschweigende Beitrittserklärung und Zustimmung zur politischen Herrschaft (BECKER u. a. 2006: 30).

In seiner jüngeren Entwicklung wendet sich der Liberalismus insbesondere der Gerechtigkeit zu. Mit diesem Thema befasst sich beispielsweise der amerikanische Politikwissenschaftler John Rawls, der zurzeit als wichtigster Vertreter des Liberalismus angesehen wird (SCHLENKER-FISCHER 2009: 97f.). In seinem vielzitierten Werk *A Theory of Justice* (1971) konstruiert er eine politische Gemeinschaft, deren Struktur sich durch verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien auszeichnet. Demnach gibt es gewisse Grundgüter, die jede Auffassung vom guten Leben – also jede Vorstellung davon, wie man sein Leben führen soll – braucht, um dieses zu verwirklichen. Dazu zählen gemäss Rawls individuelle Rechte, Freiheiten und Chancen sowie ein Einkommen und Vermögen (RAWLS 1972: 61). Die zentrale Frage ist, nach welchen Prinzipien diese Grundgüter verteilt werden sollen, sodass sie gerecht und zugleich universell gültig sind. Infolge eines Gedankenexperiments⁵ kommt er zum Schluss, dass die beiden wichtigsten Grundsätze folgendermassen beschaffen sein müssen:

1. „Each person is to have an equal right to the most extensive total system of equal basic liberties compatible with a similar system of liberty for all.
2. Social and economic inequalities are to be arranged so that they are both: (a) to the greatest benefit of the least advantaged, consistent with the just savings principle, and (b) attached to offices and positions open to all under conditions of fair equality of opportunity.” (RAWLS 1972: 60)

Das erste Prinzip lässt sich dem klassisch liberalen Verständnis von Freiheit und Gleichheit zuordnen. Jeder Mensch habe das gleiche Recht auf das Gesamtsystem der Grundfreiheiten. Das zweite Prinzip besagt, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten so gestaltet sein müssen,

⁵ In einem fiktiven *Urzustand* (*original position*), der deutlich an den Naturzustand der klassischen Vertragstheorien bei Hobbes und Locke erinnert, suchen die Bürgerinnen und Bürger nach den Prinzipien einer gerechten Gesellschaft. Sie befinden dabei unter einem *Schleier des Nichtwissens* (*veil of ignorance*), der ihren gesellschaftlichen Status, ihre Fähigkeiten und ethischen oder moralischen Vorstellungen verdeckt. Die Individuen wissen darüber hinaus auch nichts über die besonderen Verhältnisse, in denen sich ihre Gesellschaft befindet, oder über ihre Wirtschaft und Kultur. Rawls geht nun davon aus, dass die Individuen sich kraft ihrer Vernunft und durch jenen Schleier des Nichtwissens auf einen Gesellschaftsvertrag einigen würden, der auf gerechten Grundsätzen beruht (RAWLS 1972: 118ff.).

dass sie (a) den am wenigsten Begünstigten den grösstmöglichen Vorteil bieten und dass (b) alle Ämter und Positionen nach dem Prinzip der Chancengleichheit allen Personen offenstehen müssen. Im zweiten Prinzip findet sich ein Argument für eine minimale staatliche Umverteilung bzw. für eine faire Sozialpolitik. Zudem ergänzt Rawls die formelle Gleichheit um eine substanzielle Chancengleichheit, der zufolge den am wenigsten Begünstigten die grössten Chancen geboten werden sollen. Diese beiden Grundsätze kennzeichnen den „egalitären Liberalismus“, wobei Ungleichheiten immer noch völlig legitim sind, sofern sie der Wirtschaft und Gesellschaft dienen und durch Umverteilungsmassnahmen so abgeschwächt werden, dass die Schwächsten daraus den grösstmöglichen Vorteil ziehen.⁶

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das liberale Bürgerverständnis relativ wenig konkrete Anforderungen an die einzelnen Bürgerinnen und Bürger (vgl. BLATTER 2011: 779) stellt. Wie bereits erwähnt, soll diesem zufolge jede Bürgerin und jeder Bürger die Gesetze respektieren und Steuern zahlen. Männer – und in vereinzelt Ländern auch Frauen – seien zudem verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Zu diesen grundsätzlichen Pflichten gehört für Dahl auch, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben beteiligt. Sie sollen sich über das politische Geschehen informieren und sich an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Dies setzt ein gewisses Mass an „aufgeklärte[m] Verständnis“ (DAHL 1989: 178) voraus, worunter Dahl die Fähigkeit versteht, die eigenen Bedürfnisse zu kennen, zu bekunden und auch begründen zu können (ebd.: 108–111). Ferner ist dadurch vorausgesetzt, dass alle Erwachsenen bereit sind, Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen und sich der möglichen Konsequenzen bewusst zu sein. Daraus ergibt sich, dass Bürger zumindest ein minimales Bewusstsein für ihre Mitbürger entwickeln (ebd.: 104). Damit knüpft Dahl an Hobbes' und Lockes Gedanken an, dass die Freiheit des Menschen dort ende, wo er seine eigene Erhaltung oder die Lebensgestaltung eines anderen beeinträchtigt oder gar gefährdet. Jede Person hat das Recht, ihre Vorstellung vom guten Leben zu verwirklichen, solange man sich gegenseitig nicht in die Quere kommt (BECKER u. a. 2006: 36, 50). Rawls argumentiert ähnlich, wenn er festhält, dass nur „vernünftige Konzeptionen des guten Lebens“ (RAWLS 1972: 211f.) seinen postulierten Gerechtigkeitsprinzipien entsprechen. Vernünftig sind sie dann, wenn zugunsten ihrer Realisierung keine anderen Lebenskonzeptionen unterdrückt werden müssen. Eine stabile und nachhaltige Demokratie bedingt laut diesen liberalen Denkern eine vernünftig handelnde Gesellschaft – eine Gesellschaft der Freien und Gleichen.

⁶ Der Liberalismus widmet sich erst in seiner jüngsten Entwicklung der Gerechtigkeit; folglich zählt dieses Thema nicht zum klassisch liberalen Verständnis einer politischen Gemeinschaft (SCHILLER 2010: 517).

2.2 Kommunitarismus

Der Kommunitarismus war zunächst ein Sammelbegriff für verschiedene sozial- und politikwissenschaftliche Strömungen, die aus den politischen Bewegungen der frühen 1980er-Jahre in Nordamerika entstanden sind (RIEGER 2010: 455). Die wichtigsten Vertreter sind Michael Sandel, Charles Taylor, Ben Barber und Michael Walzer (ebd.). Die unterschiedlichen Richtungen haben gemeinsam, dass sie die Prämissen des Liberalismus in Zweifel ziehen. Kommunitaristen erkennen in der modernen Gesellschaft eine Krise, als deren Ursache sie die radikale Ideologie des vom Liberalismus beförderten Individualismus identifizieren. Ihrer Ansicht nach beruht der Liberalismus auf einer Gesellschaft, die aus atomisierten, voneinander isolierten und nur Eigeninteressen verfolgenden Individuen besteht. Laut dem britischen Sozialwissenschaftler Delanty „privatisiert und domestiziert“ (DELANTY 2008: 23) der Liberalismus die Bürgerschaft, da er ihre Bedeutung für die Öffentlichkeit negiere. Zudem geht er von einem formalisierten oder gar mechanisiertem Bürgerschaftsverständnis (REESE-SCHÄFER 1994: 83) aus, das die Bürger auf ihre Rechte und Pflichten reduziert (ebd.). Dem amerikanischen Politikwissenschaftler Ben Barber zufolge trägt der Liberalismus eine Tendenz zur politischen Apathie in sich, insofern dessen Fokus auf das Individuum zu geringem Interesse für öffentliche Angelegenheiten und zu niedriger Wahlbeteiligung führe (ebd.). Indem er universellen Anspruch für seine Prinzipien erhebe und jegliche kulturelle, moralische oder ethnische Gegebenheiten nicht anerkennen wolle, führe der Liberalismus zu einer „Korrosion des sozialen Lebens“ (ebd. 8) und sei selbstzerstörerisch. Diese und weitere Kritik am liberalistischen Gedankengut baut vornehmlich auf Michael Sandels *Liberalism and the Limits of Justice* (1982) auf. Dieses Werk richtet sich mit systematischer Kritik gegen die von Rawls propagierten Gerechtigkeitsprinzipien. Dieser geht, wie oben dargelegt, davon aus, dass wirtschaftliche Ungleichheiten grundsätzlich in Ordnung sind, sofern es zu einer gewissen Umverteilung kommt und die unteren Einkommenssichten von ihnen profitieren. Jedoch setzt dies voraus, dass die Vermögenden dazu bereit sind, etwas von ihrem Besitz abzugeben. Aber warum sollte ein ungebundenes Selbst sich dazu verpflichtet fühlen? Laut Sandel setzt das Teilen eine verbindliche Wertvorstellung in der Gemeinschaft voraus (SANDEL 1998: 24ff.). Gerechtigkeitsvorstellungen können nicht losgelöst von der politischen Gemeinschaft diskutiert werden, denn sie sind das Resultat kollektiver Identitäten und Kulturen. Was ein Bedürfnis ist oder was vernünftig oder gerecht ist, wird sozial definiert.

Kommunitaristen lösen daher den Blick vom Individuum und richten ihn auf die Gemeinschaft. Obwohl der Kommunitarismus eher ein ideengeschichtliches Sammelsurium darstellt und

die Vorstellungen innerhalb der Debatten teilweise weit auseinanderliegen⁷, gehen sie doch alle davon aus, dass die Gemeinschaft den wichtigsten Bezugspunkt für das Individuum darstellt. Denn sie biete neben Gütern und Ressourcen, um das Überleben zu sichern, als sozio-ökonomische Einheit auch Orientierung und Identifizierung. Sie vermittele eine Wertebasis, welche den Kommunitaristen zufolge für eine stabile Demokratie nötig ist (BLATTER 2011: 780). Die Gemeinschaft biete darüber hinaus auch Rollen an und gilt neben der Familie als wichtigster Sozialisationspunkt. Dem Philosophen Charles Taylor zufolge, der einen wichtigen Beitrag zum Kommunitarismus leistete, bietet die Gemeinschaft dem Individuum Nähe, Vertrauen und Orientierung. Ausserhalb der Gemeinschaft könne sich der Mensch nicht zu einem moralischen Wesen entwickeln. Selbst der gegenwärtige Individualismus bezieht sich letztlich auf gesellschaftliche Bedingungen und Voraussetzungen. Der Kommunitarismus vertritt demnach ein Menschenbild, das im Gegensatz zur liberalen Vorstellung nicht einem autonomen singulären Subjekt entspricht, sondern einem sozialen Wesen, das ohne die Beziehung zur Gemeinschaft nicht existieren kann (TAYLOR & KOCYBA 1988: 150ff.). Die Gemeinschaft gilt als essenziell für die individuelle Entwicklung und die sozialen Beziehungen. Der Fokus auf die Gemeinschaft gründet also nicht zuletzt auch darin, dass Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft als konstitutiv für das Individuum angesehen wird. Die Identität erwirbt der Einzelne intersubjektiv. Das setzt einen dialogischen Prozess zwischen Individuum und Gemeinschaft voraus, in dem soziale Normen und Werte übernommen und internalisiert werden. Dieser Dialog ist eingebettet in eine Gemeinschaft mit ihrer jeweiligen Sprache, Geschichte und Kultur (DELANTY 2008: 26ff.). Diese bilden dann den Bezugspunkt für ein sinnstiftendes Handeln des Einzelnen. Daher sei die Entwicklung des Individuums und dessen Lebensführung vor dem Hintergrund der Gesellschaft und ihrer Kultur zu betrachten. Der Mensch verstehe sich und andere nur aus dem Zusammenhang einer sozial-sinnstiftenden Welt heraus (SCHLENKER-FISCHER 2009: 42f.) Entsprechend ist man nach kommunitaristischer Auffassung insofern Bürgerin bzw. Bürger eines Staates, als dass man Teil seiner Geschichte, Tradition und Kultur ist und die überlieferten Werte mit anderen Bürgerinnen und Bürger teilt und sie an die nächste Generation weitergibt. Bürgerschaft meint im Kommunitarismus vor allem auch die Partizipation an der Gemeinschaft und ihrer Kultur. Die Identität der Gemeinschaft liegt dabei jenseits der politischen Sphäre, weshalb gemeinsame Kultur, Sprache und Bräuche für sie die wichtigsten Grundlagen bilden für Zusammengehörigkeit, Verbundenheit und Konsens. Eine möglichst grosse soziale Homogenität, die sich dadurch auszeichnet, dass die Mitglieder idealerweise in die entsprechende Gemeinschaft

⁷ Daher findet man in Überblickswerken häufig unterschiedliche Einteilungen der Strömung; etwa in einen konservativen und liberalen Kommunitarismus (vgl. DELANTY 2008: 10) oder in eine liberale und republikanische Variante (vgl. SCHLENKER-FISCHER 2009: 114ff.).

hineingeboren wurden und die Bevölkerung ein ungefähr gleichmässiges sozioökonomisches Niveau aufweist, bildet die Basis für den Zusammenhalt (DELANTY 2008: 24ff.).

Diese Forderung nach mehr Gemeinschaftssinn, Solidarität und Konsens stellt den Kommunitarismus angesichts der Globalisierung und Migration jedoch vor grosse Herausforderungen. Immigranten mit einem stark abweichenden kulturellen Hintergrund stellen eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Nach kommunitaristischer Auffassung müssen sich Menschen, die nicht in eine Nation mit ihrer Geschichte und Kultur hineingeboren wurden, an diese Kultur anpassen und sich integrieren, um Mitglied der politischen Gemeinschaft zu werden. Ansonsten stünden sie ausserhalb der Gemeinschaft. Nach kommunitaristischer Auffassung wird Bürgerschaft sozial und kulturell definiert. Das führt zu Ungleichheiten zwischen „normalen“ Bürgern, Aus- und Zuwanderern sowie Doppelbürgern (BLATTER 2011: 780–782). Je nach Ausprägung bietet die kommunitaristische Debatte hier unterschiedliche Lösungen an. Die liberalere Form schlägt vor, dass die Mehrheitsgesellschaft Minderheiten und ihre Anliegen akzeptiere, wobei gewisse Zugeständnisse unumgänglich seien. Die Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Kulturen, Sprachen und Gebräuchen spiele dabei eine zentrale Rolle. Diese „Versöhnungsarbeit“ (SCHLENKER-FISCHER 2009: 129) müsse von den Eliten, Intellektuellen, Künstlern und den jeweiligen Gemeinschaften geleistet werden, wobei es kein Patentrezept gebe. Die konservative Ausrichtung sieht ihre Existenzberechtigung in der Kulturnation und beschwört die Einheit der Nation und Werte wie Tradition, Familie und Religion, weshalb sich Migrantinnen und Migranten assimilieren müssten (DELANTY 2008: 26–30).

Vor dem Hintergrund des immens wichtigen Zusammenhalts der Gemeinschaft überrascht es kaum, dass der Kommunitarismus – im Gegensatz zum Liberalismus – keine konzeptionelle Trennung von Politik und anderen Gesellschaftsbereichen vorsieht. Eine starke Interdependenz zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären – Politik, Wirtschaft, Kultur und, für diese Arbeit entscheidend, Sport – folgt zwangsläufig (BLATTER 2011: 779f.). Das geht in manchen kommunitaristischen Ausrichtungen soweit, dass Privatinteressen so umformuliert werden sollen, dass sie zum Vorteil aller gereichen. Die Einzigartigkeit des Individuums scheint sich in der Rolle der Staatsbürgerin bzw. des Staatsbürgers gewissermassen aufzulösen. In letzter Konsequenz führt dies dazu, dass das Subjekt nicht die letzte Autorität ist. Das „Wir-Urteil“ stehe über dem „Ich-Urteil“, denn nur das „Wir“ könne politisch urteilen (REESE-SCHÄFER 1994: 102f.). Das setzt einen sich auf das Gemeinwohl richtenden Allgemeinwillen, eine *volonté générale* voraus, an der alle Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind.⁸

⁸ Das Konzept der *volonté générale*, das den Kern von Rousseaus Vertragstheorie bildet, übernimmt der Kommunitarismus aus dem Republikanismus. Der Gemeinwille setzt sich über die Summe aller Einzelinteressen (*volonté de*

Die aktive Beteiligung an der Politik und an der Zivilgesellschaft ist ein weiteres Element des kommunitaristischen Bürgerideals. Im Gegensatz zum liberalen Freiheitsgedanken, der die Freiheit im Individuum verortet, sind die Bürgerinnen und Bürger im Kommunitarismus erst dann wirklich frei, wenn sie sich dem Kollektiv, also der politischen Öffentlichkeit zuwenden. Nur ein partizipierender, aktiver Bürger sei ein freier Bürger (SANDEL 1995: 57). Die Zivilgesellschaft spielt dabei ebenso eine zentrale Rolle, da sie gewissermassen zwischen Staat und Einzelnem vermittelt. Die Mitgliedschaft in Vereinen und die Teilnahme an freiwilligen Aktivitäten sind deshalb so wichtig, weil sie jenseits von Politik, Wirtschaft und Familie soziale Integration ermöglichen. Charles Taylor, Michael Walzer wie auch Ben Barber plädieren allesamt für eine starke Zivilgesellschaft mit breiten Partizipationsmöglichkeiten, denn diese bilde das Fundament der politischen Gemeinschaft. Obwohl die Debatte durch zahlreiche Partizipationsmöglichkeiten nicht friedfertiger, sondern eher konfliktanfällig wird, befördert die breite Teilhabe ein Gefühl der Gemeinsamkeit, der gegenseitigen Anerkennung und Verpflichtung (SCHLENKER-FISCHER 2009: 114–122). Der starke Fokus auf Partizipation korreliert mit einer hohen Selbstverwaltung, weshalb Kommunitaristen dezentrale und föderale Strukturen befürworten. Barbers Modell der Basisdemokratie lässt sich gar als „Feindschaft gegen alle Formen der dominanten Grossorganisationen“ (REESE-SCHÄFER 1994: 98) lesen. Es beinhaltet unter anderem Nachbarschaftsversammlungen, Bürgerkommunikationskooperativen oder auch informelle Laienrechtsprechungen (ebd.).

Wie bereits angedeutet, ist die kommunitaristische Auffassung von Bürgerschaft eine kollektivistische, zumal diese in einer vorpolitischen, kulturellen Gemeinschaft verankert ist. Bürgerinnen und Bürger werden gewissermassen als Nachbarninnen und Nachbarn konzeptualisiert. Das bedeutet für den Einzelnen, einen „Bürgersinn“ zu entwickeln und sich seinen Mitbürgern gegenüber solidarisch zu zeigen. Dies zeigt sich auch an weiteren kommunitaristischen Bürgertugenden wie der Bereitschaft zum Teilen, zur Kooperation, zu Vertrauen und Empathie (REESE-SCHÄFER 1994: 92–98; DELANTY 2008: 24–26). Darüber hinaus zeichnet sich die ideale Bürgerin und der ideale Bürger durch eine hohe Loyalität gegenüber der Nation, ihren politischen Institutionen und Strukturen aus. Loyalität bildet gewissermassen das Band zwischen dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern. Sie gewährleistet eine nachhaltige und stabile Demokratie (SCHLENKER-FISCHER 2009: 120). Konservative Kommunitaristen gehen zudem davon aus, dass Bürgerinnen bzw. Bürger nur einer einzigen Nation gegenüber loyal sein können, was gegen den Status von Doppelbürgerinnen und -bürger spricht. Doppelbürgerinnen und -bürger sowie Immigrantinnen und Immigranten mit kulturell unterschiedlichen Hintergründen werden gemäss dieser Lesart als Bedrohung

tous) und den Willen der Mehrheit (*volonté de majorité*) hinweg und richtet sich als kollektives Interesse am Gemeinwohl aller aus (WEISS 2005: 1121).

für den Zusammenhalt wahrgenommen, da ihre Mehrfachzugehörigkeit zu anderen Nationen und Kulturen die Integration und Identifikation gefährde (BLATTER 2011: 780ff.). Unklar ist, wie sich die eingeforderte Identifikation und Loyalität gegenüber dem Wohnland ausgestalten soll. Einige befürworten eine starke Identitätspolitik mit Rekurs auf nationale Mythen, damit der oben beschriebene „Bürgersinn“ und die *volonté générale* hergestellt werden können. Einige Kommunitaristen wie etwa Taylor betrachten diesen Punkt kritisch, da die Idee der Nation auch missbraucht werden kann. Die nationale Identität kann nämlich auch zugunsten einer repressiven Politik mit Totalisierungstendenzen instrumentalisiert werden und so die Grundlagen der Zivilgesellschaft zerstören. Auch Walzer wittert in der Sehnsucht nach Gemeinschaft eine Gefahr. Liberale Werte wie Freiheit und Gleichheit gehören längst zum Selbstverständnis des modernen Menschen, weshalb sich die Menschen in einer ausschliesslich auf das Gemeinwohl ausgerichteten, straff organisierten Gesellschaft voll von gegenseitiger Verbundenheit unwohl fühlten und die individuelle Freiheit gefährdet wäre (vgl. REESE-SCHÄFER 1994: 44f.; 120f.). Dennoch erachten einige Kommunitaristen den Patriotismus für die soziale Integration als unverzichtbar. Patriotismus, verstanden als Gefühl des Stolzes, der Wärme und Wertschätzung, fördert schliesslich auch die Verantwortung gegenüber der Nation. Dem Land zu dienen und in Kriegszeiten dafür zu sterben, verlangt nach einer bereits in früher Kindheit erlernten, tiefen Verbundenheit (SCHLENKER-FISCHER 2009: 120f.; BLATTER 2011: 780f.). Angesichts der globalen Welt von heute könnte man versucht sein, den Patriotismus als historisch abgeschlossenes Kapitel zu betrachten – konstitutiv für die Entstehung der Nationen, aber heute doch nicht mehr relevant. Aber nationalistische Rhetorik und populistische Bewegungen kommen wieder vermehrt auf, was zeigt, wie sehr die kommunitaristische Idee von Verbundenheit und Loyalität gegenüber dem Vaterland wieder an Aufschwung gewinnt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Kommunitarismus in erster Linie Kritik am Individualismus übt, wie er in den liberalen Theorien vorherrscht. Der Individualismus und die gesteigerte Mobilität der Moderne haben einerseits eine befreiende Wirkung, andererseits führen sie aber zu sozialer Isolation, zu Unzufriedenheit und permanentem Verlustgefühl. Dagegen möchte die kommunitaristische Kritik antreten, um den Fokus wieder verstärkt auf die Gemeinschaft mit ihrer Kultur zu lenken und die Bürgerschaft zu reaktivieren. Klassisch kommunitaristische Bürgertugenden sind die Loyalität gegenüber der Nation, die Solidarität mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie die Kooperation.

2.3 Multikulturalismus

Wie der Kommunitarismus hat auch der Multikulturalismus verschiedene Strömungen, die sich entweder dem moderat-liberalen oder dem kommunitaristischen Spektrum zuordnen lassen. Sie haben jedoch alle gemeinsam, dass sie sich gegenüber der kommunitaristischen Befürwortung nationaler Identitätspolitik abgrenzen. Multikulturalistinnen und Multikulturalistinnen und Multikulturalisten fordern die Bewahrung und Eigenständigkeit ethnokultureller Gruppen⁹ und gesellschaftlicher Minderheiten, die sich innerhalb eines Staates befinden. Durch Anerkennung und das Zugeständnis spezifischer Gruppenrechte bis hin zur eigenen Rechtsprechung sollen ethnokulturelle Gruppen politisch autark sein können und mit staatlichen Mitteln gefördert werden. Dahinter steckt die Annahme, dass jede soziale Gruppe innerhalb eines Staatsterritoriums – egal, wie kulturell unterschiedlich sie sind – für Gesellschaft, Staat und Demokratie zentral sind (SCHLENKER-FISCHER 2009: 128).

Multikulturalistinnen und Multikulturalisten üben sowohl an den Prämissen des Liberalismus als auch am Kommunitarismus Kritik. Bekannte Vertreter des Multikulturalismus wie die Politikwissenschaftler Will Kymlicka und Seyla Benhabib kritisieren vor allem, dass viele Staaten ein ethnisches Verständnis ihrer Nation pflegen, sodass Menschen mit anderer Zugehörigkeit Schwierigkeiten haben, Staatsbürgerin bzw. Staatsbürger zu werden (vgl. KYMLICKA 1999: 26f.). Dass sich liberale Demokratien zu unterschiedlichen ethnokulturellen Minderheiten und ihren Identitäten neutral verhielten, ist laut ihnen ein Mythos. Historisch betrachtet, hätten alle Staaten an irgendeinem Punkt ihrer Geschichte einer bestimmten Gemeinschaft den Vorrang erteilt und versucht, deren Kultur auf dem Staatsgebiet durchzusetzen und zu verbreiten. Das sei nicht zwingend negativ zu deuten; die Bemühungen, die Nation zu konsolidieren, hätten auch einer Reihe wichtiger und legitimer Ziele wie etwa dem Aufbau einer Staatsökonomie, einer gemeinsamen Kultur, Identität und Solidarität unter den Bürgerinnen und Bürgern gedient. Nation und Bürgerschaft, wie wir sie heute kennen, wären ansonsten gar nicht möglich gewesen. Das Gemeinschaftsgefühl habe darüber hinaus den Zusammenhalt in wirtschaftlichen oder militärischen Krisensituationen gestärkt. Konkret sind unter diesen Nationalisierungsprozessen beispielsweise die Durchsetzung einer Amtssprache oder bestimmter Feiertage, die Festlegung eines nationalen Mythos, eines einheitlichen Rahmenlehrplans für Schulen oder bestimmter Anforderungen für die Staatsbürgerschaft zu verstehen (ebd.: 27–30, 52). Laut Benhabib lassen sich solche Nationalisierungsprozesse nicht nur in der Vergangenheit verorten, sondern zeichnen sich auch zeitgenössische

⁹ Mit ethnokulturellen Gruppen sind intergenerationelle Gruppen mit gemeinsamer Geschichte, Sprache und Kultur sowie gemeinsamen religiösen Praktiken gemeint. Diese werden von den Gruppenmitgliedern als konstitutiv für ihre eigene Identität angesehen (SCHLENKER-FISCHER 2009: 128). Anstelle des negativ besetzten Begriffs der „Minderheit“ wird im Folgenden der Begriff der ethnokulturellen Gemeinschaften vorgezogen.

Staaten durch eine neue Identitätspolitik aus. Obwohl vielerorts der Erhalt und die Unterstützung indigener Völker und anderer ethnokultureller Gruppen und Identitäten eingefordert werden, wird dies von Staaten aber auch häufig beschränkt (BENHABIB 1999: 709–712). Multikulturalistinnen und Multikulturalisten wenden sich gegen die Vorstellung, dass in einem Staat eine dominante Gruppe vorherrsche, welche diesen dazu nutzt, ihre Kultur, Sprache, Geschichte und Identität zu definieren und auf dem ganzen Staatsgebiet durchzusetzen. Wenige Länder sind sogenannte Mono-Nationen, in denen eine einzige Gruppe seit jeher auf einem Gebiet sesshaft war, das später zum Staat erklärt werden sollte. Japan, Finnland, Island oder Portugal gehören laut Kymlicka zu diesen Ländern, die auf eine relativ homogene Gesellschaft zurückgehen. In der Regel musste diese Art nationaler Homogenität erst konstruiert werden, indem man andere Gemeinschaften und alternative Identitäten unterdrückte. Staaten wurden zudem oft auf bestimmte religiöse Glaubensüberzeugungen gegründet, die in der Verfassung oder in den Gesetzen mehr oder weniger explizit festgehalten sind (KYMLICKA 2003: 149–153). Widersetzten sich ethnokulturelle Gruppen diesen Nationalisierungsprozessen und der Dominanz einer bestimmten Gruppe, kam es in der Regel zu politischer Entmachtung. Ihnen wurde der Zugang zur Öffentlichkeit, zu den politischen Institutionen und deren Mitgestaltung verweigert. Typisch waren auch ökonomische Diskriminierung, Zwangsumsiedlungen oder das Verbot, die eigene Sprache zu sprechen und die eigenen Kultur und Tradition zu pflegen (ebd.: 153). Folglich hätten unterdrückte ethnokulturelle Gemeinschaften zwei Möglichkeiten, sich der „nationalen Verdichtung“ (KYMLICKA 1999: 29) zu widersetzen: Entweder sie integrieren sich in die Mehrheitsgemeinschaft und deren Kultur, um eine dauerhafte Marginalisierung zu vermeiden, oder sie streben eine möglichst hohe Selbstverwaltung an, um eigene Strukturen und Institutionen zu erschaffen. Einwanderergruppen tendieren eher dazu, sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen; sie suchen aber auch Raum, ihre eigenen kulturelle Identitäten und Praktiken auszuleben. Indigene oder andere bereits sesshafte Gemeinschaften widersetzen sich eher den Nationalisierungsprozessen und fordern ihre Eigenständigkeit ein (ebd.: 30f.). Dabei ist wichtig zu erkennen, dass dies nicht zwangsläufig in separatistischen Bewegungen münden muss, die das Ziel verfolgen, einen eigenen Staat zu gründen. Sie fordern vor allem Anerkennung und lokale Autonomie, weshalb Multikulturalistinnen und Multikulturalisten einen starken Föderalismus befürworten (vgl. BENHABIB 1999: 719; KYMLICKA 1999: 31). Ein weiterer Kritikpunkt des Multikulturalismus richtet sich gegen das liberale Postulat von Freiheit und Gleichheit. Nicht gegen sie wenden sich Multikulturalistinnen und Multikulturalisten grundsätzlich, sondern gegen real praktizierte Formen des Liberalismus in verschiedenen Staaten. Beispielsweise müsste sich der Staat nach liberaler Vorstellung unterschiedlichen Kulturen und Religionen gegenüber eigentlich neutral verhalten, jedoch sind Glaubensüberzeugungen oft in der Verfassung und in

Gesetzen festgehalten (SCHLENKER-FISCHER 2009: 129ff.). Multikulturalistinnen und Multikulturalisten kritisieren zudem, dass nur Individuen und keine Gruppen Rechtsträger sind. Das liberale Postulat der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger stellt Multikulturalistinnen und Multikulturalisten zufolge eine Differenzblindheit dar, denn nicht alle Menschen seien eben gleich. Sie unterscheiden sich in ihrer Kultur, Sprache und religiösen Überzeugungen und fordern daher gruppenspezifische Rechte ein (SCHLENKER-FISCHER 2009: 137).

Dem ganzen Bündel an Kritik steht jedoch keine einheitliche Vorstellung gegenüber, wie ein multikultureller Staat genau auszusehen habe. Staaten, welche multikulturelle Prinzipien verfolgen, werden sehr unterschiedlicher Natur sein, da die Ausgestaltung einer konkreten multikulturellen Politik von Land zu Land unterschiedlich ist.¹⁰ Ihnen allen ist jedoch gemeinsam, dass sie die früheren Modelle einer homogenen Nation zurückweisen (KYMICKA 2003: 147–149). Für Kymlicka muss ein multikultureller Staat auf drei Prinzipien aufbauen. Erstens ist die Annahme zurückzuweisen, dass der Staat nur einer einzigen, dominanten Gemeinschaft gehöre. In der Regel bestehen Nationen aus mehreren ethnokulturellen Gruppen, die alle das gleiche Recht auf den Staat haben – d. h. der Staat gehört nicht *einer* gesellschaftlichen Gruppe, sondern allen. Zweitens lehnt ein multikultureller Staat jede Policy ab, die auf Assimilation von Minderheiten oder deren Exklusion aus der Gesellschaft abzielt. Jedes Individuum soll Zugang zu den staatlichen Institutionen haben und kann als Bürgerin bzw. Bürger in der Politik auftreten, ohne ihren oder seinen ethnokulturellen Hintergrund zu verleugnen oder verstecken zu müssen. Drittens anerkennt ein multikultureller Staat die historischen Ungerechtigkeiten, die Minderheiten angetan wurden, und bietet Entschädigungsleistungen an oder lässt zumindest den Willen zur Wiedergutmachung erkennen (ebd.: 149–153). Geht man von diesen Überlegungen aus, ist es naheliegend, dass Institutionen wie Gerichte, Spitäler, staatliche Behörden, Schulen und Universitäten allen ethnokulturellen Gruppen zugänglich und beispielsweise auch auf die Bedürfnisse dieser unterschiedlichen Gruppen ausgerichtet und multilingual aufgebaut sein sollten. Das vorrangige Ziel des Multikulturalismus besteht darin, die zivile und politische Teilhabe ethnokultureller Gruppen, die nicht der Mehrheitsgesellschaft angehören, zu ermöglichen und zu etablieren (SCHLENKER-FISCHER 2009: 137). Kultureller Pluralismus sei eine Bereicherung für den Staat. Multikulturalistinnen und Multikulturalisten befürworten ausserdem eine möglichst hohe politische Dezentralisierung und einen starken Föderalismus. Subsidiarität, Föderalismus und Konkordanz gehören daher zu den Strukturprinzipien eines multikulturellen Staates. Das Ziel besteht darin, eine möglichst hohe Machtteilung zwischen

¹⁰ Kymlicka betont häufig, dass es zu Unterschieden zwischen den Ländern kommen würde (vgl. KYMLICKA 2003: 149; 151; 153 etc.). Forderungen nach Staatsreformen von Afro-Amerikanern in den USA etwa würden ganz anders ausfallen als beispielsweise diejenigen von Maori in Neuseeland.

allen relevanten Gruppen und deren proportionalen Repräsentationen in Gesellschaft und Politik zu erreichen. Konsensuelle Systeme werden dem klassischen Mehrheitssystem vorgezogen, was zwar hohe Entscheidungskosten verursacht, aber langfristig für hohe Zufriedenheit Sorge (ebd.: 141–145). Manche multikulturalistische Vertreter wie Benhabib greifen zur Untermauerung ihrer Überlegungen auf die historischen Reiche der Osmanen oder Habsburger zurück, die den ihnen unterworfenen Völkern Schutz und privilegierte Gruppen- und Bürgerrechte zugestanden haben (BENHABIB 1999: 726).

Für die Anerkennung und den Schutz ethnokultureller Minderheiten vor der „Tyrannei der Mehrheit“ (ebd.: 733) lassen sich bei Multikulturalistinnen und Multikulturalisten unterschiedliche Beweggründe finden. Benhabib meint, dass die Behandlung von Ausländerinnen und Ausländern, Minderheiten und Andersdenkenden ein „bedeutender Test für das moralische Gewissen wie auch die politische Reflexivität der liberalen Demokratien“ sei (ebd.: 736). Die Anerkennung ethnokultureller Gemeinschaften und das Zugeständnis von Gruppenrechten gründet in der Vorstellung, dass vergangenes Unrecht aus der Kolonialzeit wiedergutmacht werden müsse. Unter Souveränität versteht sie das Recht einer jeder politischen Gemeinschaft, sich selbst zu definieren, indem sie Macht über ein Territorium sichert, ihre Unabhängigkeit deklariert und ihre eigene Rechtsprechung einführt. Dogmatische Multikulturalistinnen und Multikulturalisten wie Benhabib fordern daher für alle ethnokulturellen Gruppen eine möglichst hohe Selbstverwaltung. Darüber hinaus stört sich Benhabib insbesondere daran, dass Migrantinnen und Migranten zwar viele zivile und soziale Rechte wie den Anspruch auf Rente oder Bildungszuschüsse genießen, dass aber die Versammlungsfreiheit, eines der fundamentalen Leitprinzipien moderner Demokratien, ihnen häufig verwehrt bleibt (ebd.: 723). Kymlicka beschäftigt sich weniger mit dem Umgang mit Zuwanderern aus ehemaligen Kolonien oder anderen Ländern als mit indigenen Bevölkerungsgruppen, die seit jeher in einem Land beheimatet sind. Er geht davon aus, dass gerade die Indigenen für eine möglichst hohe Selbstverwaltung und Unabhängigkeit plädieren, während Einwanderergruppen sich eher an der Mehrheitskultur orientieren (KYMICKA 1999: 29f.) Kymlicka begründet diese Forderung nach Selbstverwaltung damit, dass jedes Individuum ein Recht darauf habe, sein Leben in Würde und Authentizität zu leben. Die Möglichkeit, ein authentisches Leben zu führen, hänge jedoch entscheidend vom sozialen Kontext ab, weswegen die Gemeinschaft, in der man lebe, anerkannt werden müsse (ebd.). In der konkreten Umsetzung bedeutet dies, dass sozialen Minderheiten voller Zugang zu Bildung, Wirtschaft, Arbeit sowie zu sämtlichen gesetzlichen und politischen Institutionen gewährleistet werden sollen, und zwar ohne, dass sie dafür eine Amtssprache erlernen müssen (KYMICKA 2003: 153). In Gerichten und anderen Organen des Staatsapparats müsse es für Minderheiten selbstverständlich sein, ihre eigene Sprache benutzen zu

können. Letztlich sei der Staat auch ein grosser Arbeitgeber. In Behörden, im Gesundheitswesen und im Militär müsse es möglich sein, dass Minderheiten in diesen Berufsfeldern vertreten sind. Auch der Zugang zu Bildungseinrichtungen solle gewährleistet sein, damit Angehörigen ethno-kultureller Gruppen eine Beschäftigung im Staat und Politik ermöglicht und dadurch auch ihre Repräsentation in diesen Institutionen garantiert wird. Von diesen grösseren Einrichtungen abgesehen, sollen nach multikulturalistischem Verständnis Lehrpläne in Geschichte und Literatur erweitert werden, um eine grössere Bandbreite abzudecken. Auch eine Neuordnung der Werk- und Feiertage wäre denkbar, wobei beispielsweise religiöse Feiertage von Einwanderern berücksichtigt würden. In diesem Sinne könnten auch Kleidervorschriften geändert werden und Normen für das Verhalten am Arbeitsplatz, die Erlaubnis zum Schächten und staatliche Finanzierungen von Kulturfestivals eingeführt werden (KYMLICKA 1999: 54–61). Der Anteil der Sendezeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müsse in den Sprachen aller ethnokulturellen Gruppierungen ausgestrahlt werden (KOOPMANS 2017: 4). Letztlich sind dies relativ aufwendige Bemühungen, um die Anerkennung ethnokultureller Gruppen zu etablieren und zu stärken. Über Kulturveranstaltungen gehen sie weit hinaus.

Als ideales Modell führt Kymlicka Belgien mit seinen flämisch und französisch sprechenden Gemeinschaften sowie die Schweiz mit den deutschen, französischen, italienischen und romanischen Kollektiven an. Die einzelnen Gruppen orientierten sich je nach Sprache der flämischen, französischen, deutschen oder italienischen Kultur und seien im zivilen und politischen Leben überall präsent. Andererseits fehle diesen Ländern ein konstruktiver interkultureller Austausch, der zwischen den Bevölkerungsgruppen stattfinden müsste. Wenn es doch zum interkulturellen Kontakt komme, dann seien die jeweiligen Mitglieder der einzelnen Gemeinschaften sehr sensibel. Es handle sich nur um politische Debatten, die voller Missverständnisse seien. Laut Kymlicka müsste es anders sein. Multikulturalismus sollte die Bürger dazu anhalten, etwas über die landeseigene Diversität zu lernen – wobei das Motiv dazu nicht nur die intellektuelle Bereicherung sei, sondern es dabei darum gehe, ein Gerechtigkeitsverständnis gegenüber der Vergangenheit und für die Zukunft zu entwickeln (KYMLICKA 2003: 153–158).

Kymlickas Version des Multikulturalismus befasst sich auch mit den idealen multikulturalistischen Bürgertugenden. Der *interkulturelle Bürger* (ebd.: 153) sollte vor allem fähig und willig sein, einen multikulturellen Staat zu schaffen und zu erhalten. Die obengenannten Prinzipien – der Staat gehört nicht nur einer dominanten Gemeinschaft; Policies, die diskriminierend sind oder die Assimilation von Minderheiten erwarten, sollen durch solche der Anerkennung ersetzt werden; Entschädigungsleistungen für vergangenes Unrecht – sollten alle Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Sie müssen sich zum multikulturellen Staat bekennen. Als Minimalvoraussetzung genüge

es auch schon, wenn die Bürger sich einigen, dass der Staat für mehr Diversität sorgen soll (ebd.: 154). Ein multikultureller Staat ist jedoch nur dann längerfristig stabil, wenn es zu multikulturellem Austausch und gegenseitigem Lernen und Verstehen kommt. Ein *interkultureller Bürger* zeichnet sich durch seine positive Haltung gegenüber Diversität aus. Das bedeutet, dass er bzw. sie offen ist, etwas über andere Lebensführungen zu lernen und zu erkennen, dass der eigene Weg nicht besser als ein anderer ist. Ein *interkultureller Bürger* ist jemand, der sich wohlfühlt, mit Menschen zu interagieren, die aus einem anderem Kulturkreis als dem seinigen stammen. Kymlicka erachtet diese Art von persönlichen interkulturellen Fähigkeiten angesichts der Globalisierung als immer bedeutender und notwendiger (ebd.: 156–157). Auch Benhabib ist der Ansicht, dass der ideale Bürger eine „erweiterte Mentalität“ (1999: 729) kultivieren soll, sodass er sich von seinen eigenen tiefsten Überzeugungen distanzieren und sich in den Standpunkt Andersdenkender versetzen kann. Zudem gehören die Fähigkeiten zur Verhandlung und Deliberation für sie ebenfalls zu den multikulturellen Bürgertugenden (ebd.). Beim Aufeinandertreffen von unterschiedlichen Auffassungen und Interessen müssten übergreifende Dialoge geführt werden, wobei der Staat nicht eine Seite favorisieren sollte (ebd.).

Natürlich ruft die Anerkennung kultureller Unterschiede und die Gewährung spezieller kultureller Rechte einige Skepsis hervor, zumal Gruppenrechte individuelle Autonomie gefährden können. Vor allem der feministische Ansatz kritisiert, dass in vielen kulturellen Vorstellungen Ehe, Scheidung und Besitz patriarchalisch geregelt und Frauen und Männer ungleich behandelt würden. Dies widerspricht diametral einem liberalen Verständnis von Freiheit und Gleichheit, weshalb moderate Multikulturalistinnen und Multikulturalisten von ethnokulturellen Minderheiten ein Bekenntnis zu diesen Werten einfordern. Gruppen, die diese Prinzipien nicht akzeptieren, drohen gegebenenfalls staatliche Interventionen. Zudem sollte die Mitgliedschaft in solchen Gruppen freiwillig sein. Dies setzt voraus, dass jederzeit die Möglichkeit besteht, aus der Gruppe auszutreten, was jedoch oft unrealistisch sei, da ein Austritt mit hohen Kosten für das Individuum verbunden sei, weil es seine sozialen und familiären Beziehungen dann in der Regel aufgeben (SCHLENKER-FISCHER 2009: 130–132). Eine andere Gefahr sehen Kritiker des Multikulturalismus vor allem darin, dass stark voneinander isolierte Parallelgesellschaften entstehen. Letztlich lässt sich bezweifeln, inwiefern der Multikulturalismus den Spagat zwischen der Anerkennung ethnokultureller Gruppen, ihrer rechtlichen Sonderstellung und der Bildung von gesellschaftsübergreifenden Verbindlichkeiten schafft. Das ist unter anderem auch der Grund dafür, dass der Multikulturalismus in letzter Zeit an Attraktivität eingebüsst hat (vgl. KOOPMANS 2017: 112).

3. FORSCHUNGSÜBERBLICK ZUR POLITISCHEN GEMEINSCHAFT UND BÜRGERCHAFT

Spätestens seit 1994, als der Soziologe Rogers Brubackers seine Vergleichsstudien zur deutschen und französischen Bürgerschaft¹¹ veröffentlichte, besteht ein zunehmendes Interesse an ländervergleichender Forschung über unterschiedliche Bürgerschaftskonzepte und -praktiken (JOPPKE 2008: 3). Ihre Ergebnisse lassen sich vereinfachend in zwei Grundpositionen zusammenfassen. Einerseits argumentieren Forschende, dass das Bürgerschaftskonzept durch die Globalisierung keine Rolle mehr spiele, da die Menschenrechte die Rechte und Interessen des Individuums weitgehend schützen, wodurch die Staatsbürgerschaft überflüssig werde. Andererseits gilt die Bürgerschaft gewissermassen als *Status par excellence*¹², wobei sie allerdings Veränderungen unterworfen ist (ebd.). Der Politik- und Sozialwissenschaftler Christian Joppke konstatiert eine allgemeine Liberalisierung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft, da „Geschlechts- und Rassengrenzen“, die den Zugang zur Staatsbürgerschaft lange erschwert haben, wegfielen (JOPPKE 2007: 38). So wurden etwa in den USA Einbürgerungshürden für Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner aufgehoben. In Europa durften Frauen ihre Bürgerschaft behalten, wenn ihr Ehemann eine andere Staatszugehörigkeit hatte. Auch Gastarbeiter sind eingebürgert worden, und in vielen Ländern wurde das *ius soli* eingeführt, wonach all jene die Staatsbürgerschaft erhalten, die auf dem entsprechenden Staatsgebiet geboren wurden. Gleichzeitig haben sich die sozialen Rechte wie das Anrecht auf Rente oder auf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren auch auf Nichtbürger ausgedehnt, dass diese besser abgesichert sind (ebd.: 41–43). Andere Forschende wie Ruud Koopmans untersuchen in ihren Studien die kulturelle Dimension von Bürgerschaftskonzepten wie beispielsweise die kulturellen Anforderungen bei Einbürgerungen oder die bestimmten Gruppen gewährten Rechte, etwa das Schächten von Tieren, wie es in der jüdischen und muslimischen Gemeinschaft praktiziert wird (vgl. KOOPMANS 2005: 53–55).¹³

Die folgenden Unterkapitel versuchen einen Überblick über das schweizerische und das deutsche Verständnis von Bürgerschaft und politischer Gemeinschaft zu präsentieren. Anhand der

¹¹ Brubacker, Roger (1994): *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, London: Harvard University Press.

¹² Laut Joppke galt die Staatsbürgerschaft für lange Zeit als ein erstrebenswertes Status, denn er biete neben der rechtlichen Absicherung auch mehr soziale und politische Beteiligungsmöglichkeiten, die den Migrantinnen und Migranten, die keine Staatsbürgerinnen und -bürger ihres Wohnlandes sind, nicht immer offen stehen (2007: 37ff.)

¹³ Interessanterweise wird der kulturelle Aspekt von Bürgerschaft wie beispielsweise die Anerkennung von Gruppenrechten und das Zugeständnis gewisser Freiheiten in vielen Studien an gesetzlichen Bestimmungen, welche muslimische Praktiken regeln, festgehalten. So wird oft untersucht, ob Aufruf zum gemeinschaftlichen Gebet (*Adhān*) erlaubt ist oder muslimische Grundschulen staatlich anerkannt sind. Der Umgang mit dem Islam und seinen Traditionen scheint den Hintergrund zu bilden, vor dem das kulturelle Bürgerschaftsverständnis der einzelnen Länder erfasst und beurteilt wird.

heutigen Einbürgerungspraxis, der Anerkennung von Doppelbürgerschaften, der politischen Beteiligungsmöglichkeiten und kulturellen Rechte von Migrantinnen und Migranten wird das schweizerische und das deutsche Verständnis von Bürgerschaft und politischer Gemeinschaft nachgezeichnet.¹⁴ Ziel dieses Kapitels ist es, Thesen zur „Doppeladler-Debatte“ und zur „Debatte um die Causa-Özil“ über das Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft zu formulieren, die nach der Auswertung der Debatten überprüft werden sollen.

3.1 Schweiz

Die Schweiz wird in vielen Studien wegen ihrer direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten und ihrer Landesprachen und -kulturen als Vorbild für einen fortschrittlichen, multikulturellen Staat zitiert. Zudem sind viele Schweizerinnen und Schweizer stolz auf ihre besonders problem- und konsensorientierte Demokratie. Die Schweiz versteht sich gemäss dem Migrations- und Politikwissenschaftler Gianni D’Amato als „Willensnation“. Demzufolge baut der Staat auf einer freiwilligen und bewusst gewollten politischen Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher ethnischer und sprachlicher Herkunft auf (D’AMATO 2012: 162–163).

Doch gerade die Konkordanzdemokratie und der stark ausgeprägte Föderalismus führen zu Ausschlussmechanismen, die sich in verschiedener Hinsicht zeigen. Beispielsweise dauerte es lange, bis das Frauenstimmrecht eingeführt wurde, und noch länger, bis es in sämtlichen Kantonen und Gemeinden durchgesetzt wurde. Auch heute ist die Schweiz „meilenweit von einem universellen Wahl- und Stimmrecht für die gesamte erwachsene Wohnbevölkerung entfernt“ (BLATTER u. a. 2016: 40). 2017 besaßen 24,9 % der Wohnbevölkerung keinen Schweizer Pass (EIDGENÖSSISCHES BUNDESAMT FÜR STATISTIK 2017). Rund ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung kann sich politisch also nicht beteiligen. Doch dieser Umstand wird in der Öffentlichkeit kaum diskutiert.

¹⁴ Jedoch lässt sich das Verständnis von politischer Bürgerschaft und Gemeinschaft nicht alleine anhand der oben genannten Kriterien festmachen. Historische Kontexte spielen ebenfalls eine bedeutende Rolle. Eine Aufarbeitung der vergangenen Einwanderungsgeschichte der jeweiligen Länder beispielsweise ist aber weder Ziel der Arbeit, noch könnte sie angesichts ihres Rahmens einer solchen Perspektive gerecht werden. Dennoch sei hier in aller Kürze darauf hingewiesen, dass sowohl Deutschland als auch die Schweiz etwa zeitgleich, ab den 1950er-Jahren, viele Arbeitssuchende vor allem aus Italien aufgenommen haben, um den Mangel an Arbeitskräften auszugleichen. Später kamen diese sogenannten Gastarbeiter vor allem aus der Türkei und Griechenland nach Deutschland bzw. aus dem ehemaligen Jugoslawien in die Schweiz. Dennoch verstanden sich die Schweiz und Deutschland offiziell nicht als Einwanderungsländer, obwohl sie das de facto waren und immer noch sind. Eine politische Integrationsstrategie existierte lange Zeit nicht, da man davon ausging, dass die Gastarbeiter beizeiten wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Immigration war in beiden Ländern zunächst eine Frage der Sozial- und Arbeitspolitik und nicht der Migrationspolitik (vgl. JOPPKE 1996: 465f.; D’AMATO 2012: 162f.)

Die Schweiz kennzeichnet ein strenges Einbürgerungssystem. Einbürgerungswillige müssen mindestens 12 Jahre lang in der Schweiz gewohnt und gearbeitet haben, um sich für das Einbürgerungsverfahren anmelden zu können.¹⁵ Das *ius soli*, wonach die Staatsbürgerschaft bei der Geburt automatisch an die Kinder von Einwanderinnen und Einwanderern vergeben wird, kennt die Schweiz nicht. Allerdings besteht für die zweite Generation von Einwanderinnen und Einwanderern – in der Schweiz gemeinhin als „Secondos“ bezeichnet – die Möglichkeit einer erleichterten Einbürgerung. Aufenthaltsjahre, die zwischen dem 10. und 20. Lebensjahr in der Schweiz verbracht worden sind, zählen dann doppelt. Auch für die sogenannten Terzos, Angehörige der dritten Generation von Einwanderern, galt lange Zeit das reguläre Einbürgerungsverfahren. Erst seit Februar 2018 können sie sich nach einer langen Reihe teils heftig geführter Abstimmungskämpfe erleichtert einbürgern lassen. Zu den oben erwähnten zwölf Aufenthaltsjahren kommen Bedingungen wie etwa ein obligatorischer Schulbesuch von mindestens fünf Jahren hinzu (SCHWEIZER STAATSEKRETARIAT FÜR MIGRATION SEM 2018a).

Weitere Voraussetzungen sind, dass sich die Einbürgerungskandidatinnen und -kandidaten mit der Schweizer Lebensart, mit den Traditionen und der Kultur vertraut sind und dass sie mindestens eine der vier Landessprachen beherrschen. Zunächst wird der Antrag auf Einbürgerung auf Bundesebene gutgeheissen oder abgelehnt, dann an die jeweilige Kantons- und Gemeindeebene weitergeleitet, wobei diese ihre eigenen Anforderungen an die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten tellen. Der ausgeprägte Föderalismus der Schweiz führt dazu, dass die Kantone und vor allem die Gemeinden über hohe Autonomie und letztlich über erhebliche Autorität in der Einbürgerungspraxis verfügen (D'AMATO 2012: 179–182).¹⁶

Wer seit mehr als zwölf Jahren in der Schweiz lebt, eine Niederlassungsbewilligung hat, das Schweizer Recht respektiert, keine Gefahr für die innere und äussere Sicherheit darstellt, eine der vier Landessprachen spricht und mit der Schweizer Lebensweise vertraut ist, kann einen Antrag auf Einbürgerung stellen. Dieser muss auf der entsprechenden Gemeinde und dem Kanton eingereicht werden, wobei diese gerade in der Beurteilung des letzten Kriteriums freie Hand haben (HELBLING 2012: 83). Darüber hinaus hat jede Gemeinde und jeder Kanton unterschiedliche Voraussetzungen, was den Wohnsitzaufenthalt anbelangt. Beispielsweise müssen Anwärtinnen und Anwärter im Kanton Basel-Stadt die vergangenen zwei Jahre in einer seiner drei Gemeinden wohnhaft gewesen

¹⁵ Für Bürgerinnen und Bürger aus den EU-Staaten gelten andere Bedingungen (D'AMATO 2012: 180ff.)

¹⁶ Die starke Autonomie bei der Einbürgerungspraxis der Gemeinden ist ein Relikt aus früheren Zeiten, als das Recht auf finanzielle Hilfeleistungen nur denjenigen Bedürftigen gewährt wurde, die das Bürgerrecht ihrer Ortschaft besaßen, und nicht allen Einwohnerinnen und Einwohnern. Auch die Teilnahme an der lokalen Politik blieb nur den Bürgern vorbehalten. Es lag folglich im Interesse der Gemeinde, zu kontrollieren, wer Zugang zur Bürgerschaft hatte (HELBLING 2012: 83). Obwohl die Gemeinde nicht mehr alleine für die Sozialleistungen zuständig ist, spielt der Einbürgerungsprozess auf der Gemeindeebene die wichtigste Rolle.

sein, während es im Kanton Zug mindestens fünf Jahre sind (vgl. BEVÖLKERUNGSDIENSTE UND MIGRATION BASEL-STADT 2017; BÜRGERRECHTSDIENSTE KANTON ZUG 2017). Auch der Einbürgerungsprozess selbst ist kantonal unterschiedlich geregelt. Oft wird die Kandidatin oder der Kandidat interviewt, wobei das Interview von lokalen Behördenvertretern durchgeführt wird oder von einer eigens dafür vorgesehenen Einbürgerungskommission, bestehend aus Lokalpolitikerinnen und -politiker oder Bürgerinnen und Bürgern. Worin der Inhalt des Interviews genau besteht, wird von den Kantonen und Gemeinden definiert. Dossiers von Kandidatinnen und Kandidaten werden unter den Entscheidungsakteuren mehrmals herumgereicht und Empfehlungen abgegeben. Zuvor muss ein Einbürgerungstest bestanden werden, wobei die Kantone und Gemeinden wiederum viel Autonomie geniessen. Der definitive Entscheid wird entweder von der zuständigen Behörde, vom lokalen Parlament oder von Bürgerräten gefällt. Der Einbürgerungsprozess auf der Kantons- und Gemeindeebene ist daher vor allem ein politischer Entscheid (vgl. D'AMATO 2012: 173; HELBLING 2012: 85).¹⁷ Diese strengen formalen Kriterien samt der Anforderung, gute Kenntnisse in einer Landesprache zu haben und mit den Schweizer Lebensgewohnheiten vertraut zu sein (SCHWEIZER STAATSEKRETARIAT FÜR MIGRATION SEM 2018b), erinnern stark an die kommunitaristische Auffassung eines zentralen Stellenwerts von Tradition, Sprache und Kultur.

Doppelbürgerschaften sind in der Schweiz seit 1992 erlaubt. Restriktionen können folglich nur durch dasjenige Land erfolgen, das die andere Staatsbürgerschaft vergibt. 10 % der ausländischen Bevölkerung hatten 2016 einen Schweizer Pass und rund 73 % aller Auslandschweizerinnen und -schweizer einen zweiten Pass. (SCHLENKER 2016b: 57f.). Trotzdem wird die doppelte Staatsbürgerschaft immer wieder in Frage gestellt. Das am häufigsten vorgebrachte Gegenargument lautet, dass eine Bürgerin oder ein Bürger nicht gleichzeitig zwei Staaten gegenüber loyal sein könne. Zudem unterminiere die Doppelbürgerschaft die politische Integration und gefährde den Zusammenhalt der Gemeinschaft und Demokratie (ebd.). Solche und ähnliche Gründe deuten auf eine kommunitaristische Auffassung von Gemeinschaft und Bürgerschaft hin, zumal im kommunitaristischen Verständnis die Loyalität gegenüber der Nation eine zentrale Rolle spielt. Loyalität lässt sich in zwei Dimensionen erfassen. Einerseits bildet sie die emotionalen Bande, welche die Zusammengehörigkeit unter den Mitbürgern und die Identifikation mit dem Land fördern. Andererseits ist Loyalität eine persönliche Einstellung, welche den Menschen dazu befähigt, einer Sache und, im Falle von Staatsloyalität, einem Land zu dienen, was in Kriegszeiten von besonderer Bedeutung ist (SCHLENKER 2016a: 517f.). Ebendies wird, so befürchten die Kritiker, durch den Status

¹⁷ Bis 2006 waren auch Einbürgerungsentscheide, die an der Wahlurne getroffen wurden, verbreitet (HELBLING 2012: 85).

von Doppelbürgerinnen und -bürgern untergraben, weil die Doppelbürgerschaft zu Loyalitätskonflikten führe.¹⁸

Bezüglich des Ausländerwahlrechts ist die Schweiz nicht besonders fortschrittlich. Nur gerade sechs Kantone¹⁹ gewähren ausländischen Staatsangehörigen ein Wahl- und Stimmrecht auf Kantonsebene. Allerdings können die Kantone das ausländische Wahlrecht aufgrund des starken Föderalismus nicht in ihren Gemeinden durchsetzen. Dennoch kennen auch einige Gemeinden das ausländische Wahlrecht (BLATTER u. a. 2016: 48). Auffallend ist zudem, dass es fast ausschließlich Gemeinden und Kantone der Westschweiz sind, die ihrer ausländischen Bevölkerung das Wahlrecht gewähren (EIDGENÖSSISCHES BUNDESAMT FÜR STATISTIK BFS 2018). Auslandschweizer – also Schweizerinnen und Schweizer, die ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben – dürfen ohne weitere Einschränkung an eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und können so ihre politischen Rechte weiterhin wahrnehmen. Sie verfügen sogar über das passive Wahlrecht und können sich theoretisch als Kandidierende für die Nationalratswahlen aufstellen lassen. In zwölf Kantonen geniessen sie zudem auch das kantonale Stimm- und Wahlrecht (EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN EDA 2018). Während also auf der einen Seite besonders restriktive Einbürgerungsgesetze für Einwanderinnen und Einwanderer vorherrschen, gibt es auf der anderen gleichzeitig Versuche, die Verbindungen zu Schweizer Auslandsbürgerinnen und -bürgern aufrechtzuerhalten. Joppke sieht in dieser asymmetrischen Behandlung von Immigranten und Emigranten eine erstarkende Re-Ethnisierung von Bürgerschaft, was für ein kommunitaristisches Verständnis von Bürgerschaft sprechen würde. Dennoch vollziehen sich solche Veränderungen innerhalb eines Liberalisierungsprozesses, wie Joppke ihn in der zunehmenden Akzeptanz von Doppelbürgerschaften und der Einführung des *ius soli* zu erkennen glaubt. Die Einbürgerungsgesetze seien demnach gar nicht so restriktiv, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen (JOPPKE 2008: 25–39).

Was die kulturelle Dimension der Bürgerschaft betrifft, so bewegt sich die Schweiz laut Koopmans in eine monistisch-assimilatorische Richtung. Das heisst, dass Einbürgerungswillige angehalten sind, sich in der Mehrheitskultur zu assimilieren. Dies macht er an den kulturellen Anforderungen bei der Einbürgerung und an der Erlaubnis bestimmter religiöser Praktiken fest. Das Schächten beispielsweise – das rituelle Schlachten von Tieren, wie es im Judentum und im

¹⁸ Studien über Doppelbürgerinnen und -bürger in der Schweiz legen jedoch nahe, dass es sich nicht so verhält. Man stellte sogar eine leicht gesteigerte Loyalität von Doppelbürgern gegenüber der Schweiz fest. Sie berücksichtigen bei Abstimmungen stetig die politischen Interessen der Schweiz. Zudem sind Zugehörigkeitsgefühle zur Schweiz und das Interesse an der politischen Partizipation wichtige Beweggründe für die Einbürgerung in die Schweiz (vgl. SCHLENKER 2016a; SCHLENKER 2016b; BLATTER u. a. 2018).

¹⁹ Die Kantone Neuenburg, Jura, Waadt, Genf, Freiburg und Graubünden sind die einzigen Kantone, welche das ausländische Stimm- und Wahlrecht eingeführt haben (EIDGENÖSSISCHES BUNDESAMT FÜR STATISTIK BFS 2018).

Islam vorgesehen ist –, der Aufruf zum Gebet über Lautsprecher oder auch die muslimische sarglose Bestattung sind nicht erlaubt. Koopmans sieht diese Verbote im Laizismus begründet, der allerdings in der Schweiz nicht so eine starke Rolle wie in Frankreich spiele und vor allem die religiöse Neutralität in der Öffentlichkeit sichere. Im öffentlichen Rundfunk dagegen werden regelmässige Programme in den Sprachen der Minderheiten angeboten (KOOPMANS 2005: 51–71). D’Amato untersuchte die Möglichkeiten für Migrantinnen und Migranten, sich an der Politik zu beteiligen. Wie in den meisten Ländern finden sich auch in der Schweiz viele Beratungszentren für Immigrantinnen und Immigranten jedoch gibt es keine öffentliche Institution, die sie politisch repräsentiert. Die Arbeitenden, die im Staatssekretariat für Migration SEM tätig sind, sind mehrheitlich Schweizerinnen und Schweizer. Das SEM, die Eidgenössische Migrationskommission EKM und die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR sind im Grunde nur politikberatende Institutionen. Sie können keine eigenen Sprach- oder Integrationskurse planen oder schweizweit durchführen (D’AMATO 2012: 171–173).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Schweizer Verständnis der Bürgerschaft und politischen Gemeinschaft sich vor allem dem Kommunitarismus zuordnen lässt. Kenntnisse über Sprache und Kultur und deren Aneignung, so wie dies die Schweizer Einbürgerungspraxis von Immigranten verlangt, sind gemäss kommunitaristischer Auffassung eine wichtige Voraussetzung, um Teil der Gemeinschaft zu werden. Gemäss Helbling ist es nicht nur die Forderung nach Integration und Assimilation, die die Schweizer Bürgerpraxis auszeichnet (vgl. HELBLING 2012: 90). Auch für Koopmans orientiert sich die Schweiz aufgrund des restriktiven *ius soli* und der wenigen kulturellen Zugeständnisse an Minderheiten eindeutig an einem ethnischen Verständnis von Bürgerschaft und einer assimilatorischen Auffassung von politischer Gemeinschaft (KOOPMANS 2005: 40, 55). Dies spiegelt sich auch in der geringen Einbürgerungsquote wieder, die seit Jahren bei etwa 3 % liegt (EIDGENÖSSISCHES BUNDESAMT FÜR STATISTIK BFS 2017). Andererseits könnte der starke Föderalismus in bestimmten Aspekten der politischen Gemeinschaft und Bürgerschaft auch auf multikulturelle Auffassungen hindeuten. Auch der Umstand, dass die vier Sprachregionen mit ihren jeweiligen Kulturkreisen in Gesellschaft und Politik breit vertreten sind, lässt durchaus vermuten, dass kulturelle Vielfalt geachtet wird. Folglich ist anzunehmen, dass sich in den Zeitungsartikeln über die Doppeladler-Geste vornehmlich kommunitaristische und wenige multikulturalistische Aspekte finden lassen werden. Inwiefern liberale Prinzipien in der Debatte auftauchen werden, lässt sich aufgrund des hier dargelegten Überblicks nicht abschätzen. Jedoch ist anzunehmen, dass auch sie vereinzelt auftreten werden, da die Prämissen des Liberalismus wie Freiheit und Gleichheit Bestandteile einer jeden Demokratie sind.

3.2 Deutschland

In der Forschung ist Deutschland das meist zitierte Beispiel für ein Land mit einem stark ethnischen Verständnis von Bürgerschaft, da es wie die Schweiz auch über ein eher restriktives Einbürgerungsverfahren verfügt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die nationale Identität Deutschlands über lange Zeit auf einer ethnisch, kulturell und sprachlich geeinten Gemeinschaft beruhte. Der Nationsbildung waren nicht nur zahlreiche innenpolitische Konflikte vorausgegangen, sondern Deutschland musste sich auch gegen schon etablierte Nationen behaupten. Vor allem die Kriege des 19. Jahrhunderts gegen Frankreich hatten laut Joppke Ressentiments und Abgrenzungsgefühle geschürt. Nicht der zivile Code von gleichen Rechten prägte die Entstehung Deutschlands, sondern der ethnische Code von „wir gegen die“ (JOPPKE 1996: 467f.). Die ethnische Definition, welche festhielt, dass Bürgerschaft über Abstammung (*ius sanguinis*) anstatt über Geburt (*ius soli*) erteilt wurde, wurde im wilhelminischen Bürgerrecht kodifiziert (ebd.).

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurden diese ethnische Auffassung und jedwede Form von Nationalismus stark in Frage gestellt. Sozialer Frieden und das Streben nach europäischer Integration kennzeichneten die darauffolgenden Jahre. Nach der Wiedervereinigung von 1990 ist der Verfassungspatriotismus bzw. das Bekenntnis zu demokratischen Werten in der Verfassung für das deutsche Gemeinschaftsverständnis bis heute wesentlich (ebd.).

Erste Reformen der deutschen Bürgerrechte zwischen 1991 und 1993 vereinfachten zwar das Einbürgerungsverfahren, stellten aber durch die hohen Anforderungen an Sprachkenntnisse und durch das Bekenntnis zur deutschen Kultur weiterhin eine Hürde für Immigrantinnen und Immigranten und deren Kinder dar. Dennoch gab es während der 1990er-Jahre allmählich einen Anstieg der Einbürgerungsrate von 0,4 % auf 2,5 %. Die europäische Konvention über die Staatsangehörigkeit von 1997, die in mindestens drei Artikeln das *ius soli*, das Geburtsrecht für die Kinder von Einwanderinnen und Einwanderern, propagierte, wurde zwar auch von Deutschland unterzeichnet, jedoch lange Zeit nicht vollständig umgesetzt (ERSANILI & KOOPMANS 2012: 65f.).

Der neue deutsche Bürgerschaftsakt im Jahre 2000 bedeutete angesichts der vormaligen veralteten Einbürgerungspraxis einen Durchbruch. Die Wohnsitzfrist für die Einbürgerung wurde von 10 Jahren auf 8 Jahre gesenkt, was im Vergleich zu anderen EU-Staaten immer noch relativ viel ist, gegenüber der Schweizer Aufenthaltsfrist von zwölf Jahren aber geradezu liberal wirkt. Gewissermassen als Ersatz dafür wurden die sprachlichen Einbürgerungskriterien formalisiert und landesweit durchgesetzt. Zuvor hatten die Länder und die Gemeinden wie in der Schweiz eine

hohe Autonomie genossen, vor allem bei der Überprüfung der Sprachkenntnisse. Deutschland verfügt jedoch über ein anderes Föderalismusverständnis als die Schweiz. Der deutsche Föderalismus orientiert sich nämlich stärker am Verbundföderalismus. Die einzelnen Ebenen der Regierung agieren und kooperieren mehr miteinander, wobei die Gesetzgebung grösstenteils bei der Bundesebene liegt, wohingegen sie in der Schweiz auch auf subnationaler Ebene anzutreffen ist. Dies wirkt sich auch auf die Einbürgerungspraxis aus. Die entsprechenden Behörden einzelner Bundesländer und Gemeinden sind zuständig für die Überprüfung der Einbürgerungskriterien und haben heute weniger Gestaltungsraum als in der Schweiz (vgl. BOMMES & KOLB 2012: 114–117). Weitere Kriterien neben der Wohnsitzdauer und den Sprachanforderungen sind der Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsbewilligung, ein gutes Führungszeugnis, ein gesichertes Einkommen sowie der Nachweis, dass man in den vergangenen acht Jahren nicht von der Sozialhilfe abhängig war (DEUTSCHES BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE BAMF 2015). Die Einbürgerungsvoraussetzungen sind also ähnlich wie die der Schweiz. Allerdings ist der Einbürgerungsprozess selbst stärker formalisiert. Zudem müssen die Kandidierenden einen sogenannten Einbürgerungstest mit insgesamt 33 Fragen bestehen, wobei drei davon das jeweilige Bundesland betreffen, in dem die Kandidatinnen und Kandidaten angemeldet sind. Die restlichen Fragen sind rechtlicher und gesellschaftlicher Natur und sollen das Bekenntnis der Kandidatin bzw. des Kandidaten zur deutschen Verfassung und ihren Werten überprüfen. Auch hier ist der kommunitaristische Fokus auf Werte präsent. Der Einbürgerungstest ist online einsehbar und kann von den Kandidierenden vorbereitet werden (DEUTSCHES BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE BAMF 2015; BOMMES & KOLB 2012: 121–123).

Die Einbürgerungspraxis ist in Deutschland etwas grosszügiger hinsichtlich der Wohnsitzfristen und insgesamt transparenter – der Einbürgerungstest kann online geübt werden – ausgestaltet als in der Schweiz. Was hingegen die Anerkennung der Doppelbürgerschaften betrifft, so ist Deutschland im Vergleich zur Schweiz eher restriktiv. Grundsätzlich versucht das deutsche Recht, mehrfache Staatsangehörigkeit zu vermeiden. Wer sich in Deutschland einbürgern lässt, ist gezwungen, seine ehemalige Staatsbürgerschaft abzugeben – allerdings gibt es eine Reihe von Ausnahmen, sodass Doppelbürgerschaften trotzdem keine Seltenheit sind. Beispielsweise wird von EU-Bürgerinnen und -bürgerinnen, Bürgerinnen und Bürgern aus der Schweiz, Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen nicht verlangt, dass sie die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes aufgeben. Daher ist seit einigen Jahren ein leichte Zunahme von Doppelbürgerschaften zu verzeichnen. Zudem wurde eine limitierte Form des *ius soli* eingeführt. In Deutschland geborene Kinder, deren Eltern eine ausländische Staatszugehörigkeit besaßen, erhielten bei der Geburt trotzdem automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft zusätzlich zu derjenigen ihrer Eltern. Bis zum

23. Lebensjahr mussten sie sich aber zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Diese Regelung wurde mit den bereits beschriebenen Vorbehalten gegen eventuelle Loyalitätskonflikte begründet. Eine solche Haltung zeugt von einer kommunitaristischen Auffassung von Bürgerschaft, der zufolge der ideale Bürger sich durch hohe Loyalität gegenüber der eigenen Nation auszeichnet. Die Doppelbürgerschaft gefährde diese einmaligen Bande zwischen Staat und Bürger, da Bürgerinnen und Bürger mit einer Doppelbürgerschaft zugleich zwei Nationen gegenüber loyal sein müssten. Im Konfliktfall würde die Loyalität von Doppelbürgerinnen und -bürgern gemäss kommunitaristischer Manier in Frage gestellt. 2014 wurde die Regelung abgeschafft (WORBS 2017). Es muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass Deutschland – wie auch die Schweiz – nicht alleine für die Steuerung der Doppelbürgerschaften verantwortlich ist. Es handelt sich um ein Zusammenspiel mit den entsprechenden Rechtsgrundlagen des jeweiligen Zweitstaates. So erlaubte beispielsweise die Türkei die Doppelbürgerschaft lange Zeit nicht, weshalb die Einbürgerungsraten von Türkinnen und Türken in Deutschland sehr gering ausfielen. In den 1990er-Jahren gestand die Türkei ihren Bürgerinnen und Bürgern einen weiteren Pass zu, 2000 wurde dieses Recht aber wieder eingeschränkt (vgl. ERSANILI & KOOPMANS 2012: 66). Obwohl die türkische Gemeinschaft die grösste ausländische Bevölkerungsgruppe in Deutschland darstellt, macht diese Gruppe nur 12 bis 13 % aller Doppelstaatler aus. Russland, Polen, Kasachstan und Rumänien sind weitere Herkunftsländer, aus denen zahlreiche Aussiedler und Spätaussiedler stammen und stammten (WORBS 2017). Als „deutsche Volkszugehörige“ haben sie teilweise bis heute ein Anrecht auf die deutsche Staatsbürgerschaft, selbst dann, wenn sie kein Deutsch sprechen (KOOPMANS 2005: 37–39). Die Vorstellung, dass sie Deutsche sind und der deutschen politischen Gemeinschaft angehören, auch wenn sie des Deutschen nicht mächtig sind und ihre eigenen Familien seit Generationen nicht mehr in Deutschland leben, verweist deutlich auf ein kommunitaristisches Verständnis von politischer Gemeinschaft.

Allerdings hat sich seit 2002 eine Wende hin zu multikulturalistischeren Auffassungen von Bürgerschaft vollzogen. Zum Beispiel wurden mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten für Ausländerinnen und Ausländer eingeführt. So können EU-Bürgerinnen und -bürger, die seit drei Monaten in Deutschland einen Wohnsitz haben, an den Wahlen auf der Gemeindes- und Landesebene teilnehmen. Zudem gibt es in etwa 400 Gemeinden Ausländerbeiräte, die von der Bevölkerung gewählt werden. Es handelt sich dabei nicht um eigentliche Parlamente, die Entscheide treffen und Gesetze erlassen können, sondern sie üben mehrheitlich beratende Funktionen aus. Allerdings besteht in einigen Gemeinden die Pflicht, die Ausländerbeiräte bei bestimmten Sachthemen zu konsultieren (ebd.: 65). Ausgewanderte Deutsche verfügen über ein eingeschränktes Wahlrecht. Sie können nämlich nur die Abgeordneten des Bundestages und nicht diejenigen auf Gemeinde-

und Landesebene wählen, wie es teilweise in der Schweiz der Fall ist. Da Deutschland zur EU gehört, genießen sie aber weiterhin das Wahlrecht im Europäischen Parlament, wobei sie vor jeder Wahl einen Antrag ins Wählerverzeichnis stellen müssen. Auch besitzen sie das passive Wahlrecht, das ihnen ermöglicht, bei Wahlen selbst zu kandidieren (DEUTSCHER BUNDESTAG 2016).

Die Wende hin zu multikulturalistischeren Auffassungen von Bürgerschaft lässt sich auch in der Einführung moderater Gruppenrechte beobachten. Mit entsprechender Zertifizierung ist es in Deutschland – im Gegensatz zur Schweiz – in speziellen Schlachthöfen beispielsweise zugelassen, Tiere nach muslimischen oder jüdischen Praktiken zu schächten. Auch der Aufruf zum Gebet über die Lautsprecher eines Minarettts ist in vereinzelt Grossstädten erlaubt. Zudem bieten viele Friedhöfe heutzutage bestimmte Sektionen für Angehörige des muslimischen Glaubens an. Die sarglose Bestattung, wie sie der Islam vorsieht, ist jedoch zumeist verboten. Auch was die Massnahmen in den öffentlichen Institutionen betrifft, ist Deutschland in den letzten Jahren vermehrt auf die Interessen und Anliegen von Migrantinnen und Migranten eingegangen. So sind inzwischen ein paar wenige muslimische und jüdische Grundschulen staatlich anerkannt.²⁰ In einigen Bundesländern ist das Tragen eines Hijab, der muslimischen Kopfbedeckung für Frauen, im Gegensatz zur Schweiz an Schulen erlaubt. Zudem bietet der öffentliche Rundfunk während 2,4 % seiner Sendezeit Programme in den verschiedenen Sprachen der Einwanderinnen und Einwanderern an. Sie informieren über das gesellschaftliche und politische Geschehen in Deutschland und in der Welt. In den 1960er-Jahren beinhalteten solche Programme vor allem Nachrichten aus Italien, Griechenland und der Türkei – Herkunftsländer der Gastarbeiterinnen und -arbeiter. Man beabsichtigte damit, dass sie die Bindung zu ihrem Heimatland aufrechterhielten, sodass Deutschland sie bei Bedarf ohne Komplikationen wieder zurückschicken konnte (KOOPMANS 2005: 56–62). Heute geschieht dies jedoch vermehrt aus der Absicht heraus, Migrantinnen und Migranten über das aktuelle Geschehen in Deutschland zu informieren.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich Deutschland lange Zeit an einem kommunitaristischen Verständnis von Bürgerschaft und politischer Gemeinschaft orientierte und dies immer noch tut. Das ist beispielsweise am Bekenntnis zu den deutschen Werten und der Verfassung während der Einbürgerung zu erkennen. Aber spätestens seit der Einführung des neuen Bürgerrechts von 2002 (ERSANILI & KOOPMANS 2012: 65) zeichnen sich auch multikulturalistische Entwicklungen ab, insofern Gruppenrechte vermehrt anerkannt und gefördert werden. Allerdings lösen solche multikulturalistischen Policies die kommunitaristische Auffassung von Bürgerschaft

²⁰ Auch in der Schweiz gibt es jüdische Schulen, allerdings handelt es sich dabei um Privatschulen, die vom Staat nicht anerkannt sind. Muslimische Privatschulen gibt es bis heute nicht (vgl. ACHERMANN u. a. 2010).

und politischer Gemeinschaft nicht einfach ab. Diese Entwicklungen laufen vielmehr parallel zueinander und überlagern sich teilweise (vgl. JOPPKE 2008: 32–39). Folglich ist für die Analyse der Debatte um die „Causa Özil“ eine Mischung aus kommunitaristischen und multikulturalistischen Argumenten zu erwarten, wobei erstere wegen der eher restriktiven Einbürgerungspraxis und wegen Loyalitätszweifeln bei Doppelbürgern vermutlich überwiegen werden. In welchem Verhältnis genau die kommunitaristische und multikulturalistische Aspekte zueinander stehen, lässt sich jedoch auf Grundlage dieses Überblicks noch nicht abschätzen. Angesichts der obigen Ausführungen ist jedoch zu vermuten, dass multikulturalistische Kategorien häufiger als in der Schweizer Debatte zu finden sein werden. Wohl wird sich auch ein geringer Teil an liberalen Prinzipien finden lassen.

4. DIE QUALITATIVE INHALTSANALYSE NACH PHILIPP MAYRING

4.1 Grundlagen der qualitativen Inhaltsanalyse

Die vorliegende Masterarbeit geht der Frage nach, welches Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft in den Debatten, die im Zuge der Vorfälle der Fussballweltmeisterschaft 2018 sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland angestossen worden sind, vorkommt und diskutiert wird. Zudem sollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen beiden Debatten herausgearbeitet werden. Um die Fragestellung zu beantworten, werden verschiedene Zeitungsartikel aus den relevanten Tages- und Wochenzeitungen der beiden Länder mit der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring analysiert. Diese bietet sich für diese Arbeit an, zumal sie im Wesentlichen darin besteht, aus grossen Textmengen „die für die Forschungsfragen relevanten Passagen und Aussagen“ (BLATTER u. a. 2007: 75) herauszufiltern und sie nach einem regelgeleiteten System zu untersuchen. Im Folgenden werden zunächst die wichtigsten Grundlagen sowie der Entstehungshintergrund der von Mayring entwickelten Methode skizziert. Im nächsten Unterkapitel folgt die Vorstellung des eigentlichen Vorgehens, wie es sich aus der Inhaltsanalyse ergibt.

Ganz allgemein gefasst, verarbeitet die qualitative Inhaltsanalyse jegliche Art kommunikativen Datenmaterials. Es spielt dabei keine Rolle, ob es sich um Interviews, Zeitungsartikel, Gesetzestexte, Reden, Regierungserklärungen oder andere Quellen handelt. Das Datenmaterial muss jedoch in irgendeinem Textformat vorliegen. Die Analyse des in der Regel recht umfangreichen Textmaterials orientiert sich an einer theoretisch ausgewiesenen Fragestellung. Die Ergebnisse werden von der Theorie her interpretiert (MAYRING 2008: 11–13). Die qualitative Inhaltsanalyse entwickelte sich aus der sogenannten *content analysis* (Inhaltsanalyse) des amerikanischen Kommunikations- und Meinungsforscher Bernard Berelson. Dessen Inhaltsanalyse war eine Methodik, die zunächst vor allem in der Publizistik angewandt wurde, um in Zeitungsartikeln Häufigkeiten von bestimmten Begriffen und Konzepten zu zählen, diese zu vergleichen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Bei der Inhaltsanalyse handelt es sich also um eine systematische quantitative Beschreibung und Interpretation des Textinhalts (MOCHMANN 2005: 374). Wichtige Entwicklungsimpulse erhielt die *content analysis* von Untersuchungen von Kriegsberichten oder politischem Propagandamaterial sowie aus der Psychologie und Kulturanthropologie (ebd.). Es wurden nun nicht mehr nur Texte zusammengefasst und bestimmte Begrifflichkeiten ausgezählt, sondern die Ergebnisse wurden hinsichtlich eines übergeordneten Zusammenhangs gedeutet. Ziel war es,

nicht mehr nur die Häufigkeiten bestimmter Begriffe zu erforschen, sondern auch deren Symbolik, Bedeutung und weiteren gesellschaftspolitischen Kontext zu erfassen.

Auf dieser Grundlage entwickelte Philipp Mayring in den frühen 1980er-Jahren die qualitative Inhaltsanalyse. Auch sie ist eine regelgeleitete und systematische Methode zur Analyse von Textmaterial. Ihr Ziel ist es, nicht nur allein den Inhalt der Texte zu analysieren, sondern anhand einer ausgewiesenen Theorie und Fragestellung Schlussfolgerungen auf die soziale Realität ziehen zu können (MAYRING & FENZL 2014: 544). Gewisse Ansichten, das konkrete Vorgehen oder bestimmte Anwendungsregeln der qualitativen Inhaltsanalyse stammten dabei aus anderen Disziplinen. Das Verständnis über den Prozess des Verstehens eines Texts beispielsweise entlehnt sie der Hermeneutik (altgr. ἑρμηνεύειν, hermēneúein = auslegen, verkünden, übersetzen). Diese Lehre der Auslegung und Interpretation geht davon aus, dass sich Verstehen in einer Dialogstruktur zwischen Textproduzent und -rezipient abspielt, was ein Bewusstwerden über das eigene Wissen und Denken voraussetzt. Diese Reflexion über den individuellen Denk- und Verstehensprozess ist in die Grundlagen der qualitativen Inhaltsanalyse eingeflossen (MAYRING 2008: 27). Der qualitativen Sozialforschung entstammte das sogenannte interpretative Paradigma, worunter man einen Analyse- und Interpretationsansatz versteht, der die Perspektive der Textproduzentin bzw. des Textproduzenten betont. Auf die Literaturwissenschaften lassen sich bestimmte semiotische Begriffe für die Sprachanalyse sowie Interpretationsregeln für die qualitative Inhaltsanalyse zurückführen. Dazu kommen auch verschiedene Erkenntnisse zur kognitiven Verarbeitung von Textmaterial, die aus der Psychologie stammen (ebd.: 34–41).

Die qualitative Inhaltsanalyse etablierte sich schnell als einschlägige Methode innerhalb der Sprachwissenschaften, der Psychologie, Soziologie sowie anderen Geistes- und Sozialwissenschaften, wobei sie in jüngerer Zeit auch häufig in der Politikwissenschaft zur Anwendung kommt. Die heutigen Entwicklungen in der Informations-, Kommunikations- und Mediengesellschaft beeinflussen auch die Politikgestaltung und deren wissenschaftliche Analyse. Politische Entscheidungen und politisches Handeln sowie deren Darstellung und Wahrnehmung fließen in einem komplexen Interpretations- und Rekonstruktionsprozess zusammen, in den die Ideen, Werte und Leitvorstellungen von Akteuren hineinspielen. Die wissenschaftliche Erforschung von Werten, Identitäten und Ideologien, die in ein gesellschaftspolitisches Umfeld mit ihrer jeweiligen Sprache und Kultur eingebettet ist, ist seit den 1980er-Jahren stärker in den Fokus gerückt. Um diese neue Komplexität in ihren Forschungen adäquat zu analysieren und darzustellen, griffen Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler vermehrt auf die Forschungsmethoden anderer Disziplinen, mitunter die qualitative Inhaltsanalyse, zurück (BLATTER u. a. 2007: 17–22).

Die qualitative Inhaltsanalyse eignet sich für die Politikwissenschaft insofern, als dass sie der Entschlüsselung der Sinndimension von bestimmten Texten dient. Häufig besteht das Ziel darin, politische Grundüberzeugungen, Wertevorstellungen oder Vorurteile und Feindbilder aus verschiedenen Textsorten herauszufiltern, sie zu vergleichen und in einen grösseren Gesamtrahmen zu integrieren. Dazu werden unterschiedliche Arten von Texten untersucht. Zum Beispiel eignen sich Zeitungsartikel über politische Themen oder Gesetzestexte genauso gut wie Parlamentsdebatten (ebd.: 74). In dieser Arbeit geht es darum, die in den Zeitungsartikeln enthaltenen Auffassungen über die ideale politische Gemeinschaft und Bürgerschaft aufzudecken und sie vor dem Hintergrund der in Kapitel 2 vorgestellten Theorien einzuordnen.

4.2 Anwendung der Methode

Die qualitative Inhaltsanalyse zeichnet sich durch folgende vier Grundsätze aus: Sie geht nach systematischem Ablauf vor (1) und das Textmaterial wird als Teil einer Kommunikationskette verstanden (2). Zudem wird ein Kategoriensystem (*Codesystem*) konstruiert und auf das Textmaterial angewandt (3). Nicht zuletzt kennt auch die qualitative Inhaltsanalyse die klassischen wissenschaftlichen Gütekriterien der Objektivität, Reliabilität und Validität (4), weshalb das Kategoriensystem im Anhang der Arbeit (Kap. 9.1) beigelegt ist, um eine intersubjektive Überprüfung zu ermöglichen. Die qualitative Inhaltsanalyse ist kein Standardinstrument, das immer gleich aussieht, sondern wird dem konkreten Untersuchungsgegenstand angepasst (MAYRING 2008: 24–27, 42). Auch müssen die Analytiker, die mit der qualitativen Inhaltsanalyse arbeiten, ihr Vorverständnis der Thematik sowie Hintergründe und Annahmen vor der eigentlichen Untersuchung explizit darlegen, weshalb in den Kapiteln 3.1 und 3.2 das schweizerische und deutsche Verständnis von Gemeinschaft und Bürgerschaft beschrieben wurde.

Insgesamt besteht die qualitative Inhaltsanalyse aus elf Schritten. Obwohl nicht jeder einzelne Schritt ausführlich erläutert wird, wurde dennoch versucht, das Vorgehen für diese Arbeit möglichst konkret wiederzugeben. In einem ersten Schritt wird das zu untersuchende Textmaterial festgelegt (1), wobei die Auswahl und Anzahl der Texte möglichst repräsentativ hinsichtlich eines spezifischen Inhalts oder Zeitraums sein müssen. Für die „Causa-Özil-Debatte“ und die „Doppeladler-Debatte“ habe ich mich durch zahlreiche Zeitungsartikel der wichtigsten Tages- und Wochenzeitungen von Deutschland und der Schweiz eingelesen, habe Berichterstattungen im Fernsehen und Radio gesehen und gehört, um anschliessend für beide Debatten den jeweils zu untersu-

chenden Zeitraum festzulegen. Für die Schweizer „Doppeladler-Affäre“ wählte ich Zeitungsartikel zwischen dem 22. Juni 2018, als die beiden Schweizer Nationalspieler Xhaka und Shaqiri während des Spiels gegen Serbien den Doppeladler zeigten, und dem 1. August 2018, dem Nationalfeiertag der Schweiz, aus. Diesen wählte ich darum aus, weil viele Artikel anlässlich dieses Feiertages traditionellerweise als Reflexion über den Zustand der Schweiz als Nation und über ihre gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Problematiken verfasst sind und einige Journalistinnen und Journalisten die „Doppeladler-Debatte“ zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Überlegungen gemacht haben. Für die deutsche „Causa-Özil-Debatte“ entschied ich mich für den Zeitraum zwischen 14. Mai 2018 und dem 31. Juli 2018. Am 14. Mai ist das Foto mit den beiden deutschen Fußballnationalspielern Özil und Gündoğan entstanden, die dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan ein Fussballtrikot mit der Aufschrift „Für meinen Präsidenten, hochachtungsvoll“ (vgl. FELDENKIRCHEN 2018: 10) überreicht haben. Am 23. Juli 2018 gab Özil auf Twitter seinen Rücktritt bekannt, worauf sich eine erneute Kontroverse während mehrerer Tage ausbreitete, weshalb der gewählte Endpunkt der 31. Juli 2018 und nicht der 23. Juli ist. Freilich liessen sich beide Debatten mit früheren Ereignissen in den jeweiligen Nationalmannschaften verbinden, wie sich auch ihr Ende auf einen späteren Zeitpunkt legen liesse. Dennoch fanden die wichtigen und nennenswerten Ereignisse im gewählten Zeitraum statt; und mit Blick auf die Vorgaben dieser Arbeit ist die Festlegung der jeweiligen Zeiträume sinnvoll. Jedoch wird zuweilen auf die Vorgeschichte verwiesen und am Ende der Analyse kurz auf den weiteren Verlauf der Debatten eingegangen.

Auch beschränkte ich mich aufgrund der Unmengen an Zeitungsartikeln auf die wichtigsten Tages- und Wochenzeitungen. Für die Schweiz entschied ich mich für die Neue Zürcher Zeitung (NZZ)²¹ und den Tages-Anzeiger, die zu den überregionalen Leitmedien der deutschsprachigen Schweiz zählen. Als Ergänzung wählte ich einige Texte aus regionalen Zeitungen wie der Luzerner und Aargauer Zeitung aus. Einige Artikel stammen zudem aus dem „Blick“²², dem Boulevardblatt der Schweiz, da diese Zeitung zu den meinungsmachenden und polemisierenden Medien gehört und daher für die Auswertung relevant schien. Zusätzlich zu den Tageszeitungen suchte ich Beiträge aus der *Wochenzeitung* (WOZ)²³ aus, die dem linken Meinungsspektrum zuzuordnen ist, sowie Artikel aus der Weltwoche, einem eher rechts-konservativen Meinungsblatt. Insgesamt wurden für die „Doppeladler-Debatte“ 42 Zeitungsartikel untersucht. Mit dieser Auswahl erhoffte ich

²¹ Hier und fortan verwende ich die im deutschsprachigen Raum geläufige Abkürzung NZZ.

²² Hier und fortan verwende ich die in der Zeitung offenbar übliche Schreibweise mit Anführungszeichen, die etwaige Missverständnisse hinsichtlich dem gleichlautenden Substantiv (der Blick der Augen) vermeiden soll.

²³ Hier und fortan verwende ich die die Abkürzung WOZ für die Wochenzeitung, weil „Wochenzeitung“ bisweilen auch ein allgemeiner gebrauchter Begriff in der Arbeit ist.

mir, eine möglichst grosse Bandbreite an Meinungen und Einstellungen zu erfassen. Um für die „Causa-Özil-Debatte“ Textmaterial mit vergleichbarem Umfang zu erhalten, entschied ich mich ebenfalls dazu, Artikel aus den grossen deutschen Tageszeitungen wie der ZEIT²⁴, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)²⁵ und der *Welt*²⁶ zu untersuchen, wobei sich die FAZ und die *Welt* eher dem bürgerlich-konservativen Pol zuordnen lassen. *Die Tageszeitung (taz)*²⁷, die ich ebenfalls für die Analyse beizog, gilt dagegen als linke Zeitung. Als regionale Vertreterin legte ich mich auf einige Artikel aus der Süddeutschen Zeitung (SZ)²⁸ fest. Auch entsprechende Artikel aus der Bild-Zeitung²⁹, dem deutschen Boulevardmagazin, fehlten nicht. Einige Artikel stammten zudem aus dem Wochenmagazin der *Spiegel*. Für die „Causa-Özil-Debatte“ wurden 64 Artikel untersucht. Aufgrund der längeren Zeitdauer der deutschen Fussballdebatte wurden hier mehr Zeitungsartikel untersucht.

Nach der Festlegung des Materials soll in einem zweiten Schritt die Entstehungssituation der Texte analysiert werden (2) (MAYRING 2008: 47). Wie bereits erwähnt, handelt es sich hier um Zeitungsartikel, die anlässlich der Debatten um den Doppeladler, den die beiden Schweizer Fussballspieler Xhaka und Shaqiri im Spiel gegen Serbien zeigten, und um Özils Rücktritt aus der deutschen Fussballnationalmannschaft entstanden sind. Es sind also Textbeiträge von Sport- und Politikjournalistinnen und -journalisten, Redakteuren und vereinzelt auch von freischaffenden Medienarbeitenden. Die Zielgruppen sind die entsprechenden sport- und politikinteressierten Leserinnen und Leser, die je nach Ausrichtung des Blattes tendenziell eher entweder linke oder bürgerlich-konservative Einstellungen haben oder – wie im Fall vom „Blick“ und von der Bild-Zeitung – die Zeitungen vermutlich wegen ihres Unterhaltungsfaktors lesen. All diese Zeitungen sind keine blossen Nachrichten- und Informationsmedien, sondern dienen auch der Meinungsbildung bzw. bilden ihre Artikel gewissermassen die Essenz der öffentlichen Meinung.

Drittens soll das Material hinsichtlich der formalen Charakteristiken beschrieben werden (3) (ebd.: 47–50). Der Online-Zugang der Universität Luzern gewährte mir Zugang zu den oben genannten Zeitungsarchiven. Die Artikel, deren Längen sehr unterschiedlich ausfielen, konnte ich

²⁴ Hier entschied ich mich für die Schreibweise die ZEIT, da diese als Eigenbezeichnung in den jeweiligen Artikeln zu finden ist.

²⁵ Analog zur NZZ verwende ich hier und fortan die etablierte Bezeichnung FAZ, anstelle der etwas umständlichen Ausschreibung „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

²⁶ Üblich scheint die Kursivschreibweise, zwecks Abhebung vom Substantiv „Welt“ zu sein, woran ich mich hier und fortan halte.

²⁷ Fortan verwende ich das kleingeschriebene Kürzel taz, wie es in der Zeitung Usus scheint. Damit soll eine Verwechslung mit dem allgemeinen Substantiv (z.B. irgendeine „Tageszeitung“) vermieden werden.

²⁸ Fortan wird auch hier die Abkürzung SZ verwendet.

²⁹ Hier verwende ich anstatt „Bild“, wegen der Verwechslungsgefahr zum Substantiv, die Bezeichnung Bild-Zeitung.

mir als separate PDF-Dokumente herunterladen. Nach einer ersten Sichtung und Sortierung übertrug ich sie in die Software MAXQDA.

Im vierten Schritt soll zunächst die Richtung der Analyse spezifiziert werden (4), um dann anschliessend die Fragestellung anhand der Theorie zu differenzieren (5). In meiner Arbeit gehe ich der Frage nach, welches Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft sich aus den Fussballdebatten über die Doppeladler-Geste und den Austritt des Fussballspielers Özil aus der deutschen Fussballmannschaft herauslesen lässt. Die drei Theorien des Liberalismus, Kommunitarismus und Multikulturalismus bilden die Grundlage und Richtung der Analyse und der Interpretation. In Kapitel 3 wurde der Forschungsstand über das Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft der beiden Länder zusammengefasst, der dazu dienen soll, die Debatten in den wissenschaftlichen Kontext einzubetten und eine erste Annahme für die Auswertung zu treffen.

Im nächsten Schritt muss die Analysetechnik und der konkrete Ablauf der Analyse festgelegt werden (6). Als Analysetechnik wählte ich die *strukturierte Inhaltsanalyse* (ebd.: 53–56). Ihr Ziel besteht darin, vorher festgelegte Aspekte und bestimmte Phänomene – zum Beispiel spezifische Argumentationsmuster oder Auffassungen über ein bestimmtes Thema – aus dem Textmaterial herauszufiltern, zu untersuchen und zu interpretieren. Damit wird gewissermassen ein Querschnitt durch die Zeitungsartikel vollzogen, um sie hinsichtlich der Fragestellung und Theorie zu bewerten. Konkret wird das Textmaterial aufgrund vorher festgelegter Kategorien, sogenannter *Codes*, interpretiert. Zu diesem Zweck wird ein Kategoriensystem (*Codesystem*) erstellt (ebd.: 82–91). Anhand der politischen Theorien und ihren Leitprinzipien über die ideale politische Gemeinschaft und Bürgerschaft, die in Kapitel 2 vorgestellt wurden, entwickelte ich ein solches Kategoriensystem. Somit entschied ich mich für eine deduktive Herangehensweise, wobei mir die drei Theorien als Ausgangspunkt dienten. Zu jeder Theorie bildete ich jeweils mindestens vier Hauptkategorien oder *Obercodes*, wobei ich diese durch Unterkategorien, *Subcodes*, differenzierte. Die Entwicklung der Kategorien erfolgte also im Wechselverhältnis zwischen Theorie, Fragestellung und den Überlegungen, die während der ersten Analyse gemacht wurden. Zur Veranschaulichung befindet sich im Anhang der Arbeit das Kategoriensystem. Da ich die Kategorien relativ abstrakt formuliert habe, fügte ich zu einigen sogenannte *Ankersätze* hinzu, um die Zuordnung der Kategorien zu den Textpassagen zu erleichtern. *Ankersätze* sind typische Beispielsätze aus den Zeitungsartikeln, die eindeutig einer Kategorie zugeordnet werden können und diese gewissermassen repräsentieren (ebd.: 90). Beispielsweise kennzeichnet sich der Liberalismus durch eine starke Differenzierung von Politik und anderen Gesellschaftsbereichen; entsprechend wurde die liberale Kategorie *starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)* um den Ankersatz „An einem Turnier,

ausgerichtet nach Nationen, hat Politik nichts verloren. Jedenfalls nicht auf dem Spielfeld“ (VON GUTEN 2018) aus einem Artikel der Aargauer Zeitung ergänzt.

Siebtens muss die genaue Texteinheit, die es zu analysieren gilt, festgelegt werden (7). Die kleinste Analyseeinheit, die den jeweiligen Kategorien zugeteilt wurde, waren einzelne Nebensätze, die grösste ganze Textabschnitte.

Danach kann das Zuordnen der Kategorien bzw. *Codes* zu den passenden Textausschnitten beginnen (8). Im ersten Durchlauf ordnete ich die Kategorien den verschiedenen Textstellen in den Zeitungsartikeln zu. Dieser Vorgang bezeichnet man als *Codieren*. Dafür verwendete ich die Software MAXQDA, die es mir ermöglichte, die beiden Fussballdebatten mit ihren jeweiligen Zeitungsartikeln als separate Fälle zu analysieren. Hierfür legte ich in der Software zwei Projekte mit den jeweiligen Zeitungsartikeln an und ordnete sie nach Erscheinungsdatum und Herausgeber. Das Kategoriensystem kann mit MAXQDA vom einen auf das andere Projekt transferiert werden, sodass beide Debatten anhand desselben Kategoriensystems ausgewertet werden konnten. Dank der Software konnten nach dem ersten Durchlauf an einigen Stellen relativ einfach neue Kategorien erstellt und neu geordnet werden, ohne den Überblick über die zahlreichen Artikel zu verlieren. Da einige relevante Textpassagen nicht eindeutig einer Kategorie zugeordnet werden konnten, war eine Überarbeitung des Kategoriensystems angebracht (9). Während dieses Schrittes kürzte ich die zu langen Kategorien soweit, dass sie über einen gewissen Abstraktionsgrad verfügten. Zudem fügte ich bei der kommunitaristischen Unterkategorie *Gemeinschaft/starke Interdependenz von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)* die Unterunterkategorie *Fussballspieler sind Botschafter der Nation* hinzu, da mir dieses Votum oft begegnete. Danach führte ich einen zweiten Codierungsdurchlauf aus. Im zweitletzten Schritt werden die Ergebnisse der Codierung hinsichtlich der Fragestellung zusammengefasst und interpretiert (10). Das Resultat der Codierung und die Interpretation der beiden Fussballdebatten sind in den Kapitel 5 und 6 festgehalten. Abschliessend sollen die inhaltsanalytischen Gütekriterien angewandt werden, die bereits weiter oben erläutert wurden (11) (MAYRING 2008: 56–87f.).

Im Anschluss an die Codierung und Interpretation der beiden Fussballdebatten wurde in Kapitel 7 eine Frequenzanalyse durchgeführt. Diese gehört zu den klassischen Grundtechniken der Inhaltsanalyse. Dabei werden die Häufigkeiten aller Kategorien ausgezählt. Einerseits dient dies dazu, die Ergebnisse der vorangegangenen Interpretation quantitativ zu untermauern, andererseits kann man dadurch die Codes miteinander vergleichen und daraus weitere Erkenntnisse gewinnen (ebd.: 13–15).

5. ANALYSE DER SCHWEIZER „DOPPELADLER-DEBATTE“

Die Ergebnisse der beiden Codierungsdurchläufe werden in diesem Kapitel dargelegt und interpretiert. Ziel ist es, herauszufinden, welches Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft in den Fussballdebatten, die im Sommer 2018 in der Schweiz und Deutschland stattgefunden haben, vorherrschend ist. Einleitend wird an dieser Stelle kurz auf die Ergebnisse aus der Frequenzanalyse eingegangen. Die ausführliche Erörterung der Frequenzanalyse findet sich in Kapitel 7.

Nach dem Codierungsdurchlauf liess sich für die Debatte über die Doppeladler-Geste die These aus Kapitel 3.1 bestätigen: Das schweizerische Verständnis von Bürgerschaft und politischer Gemeinschaft ist tatsächlich stark von kommunitaristischen Vorstellungen geprägt. Insgesamt wurden kommunitaristische Codes über alle Schweizer Zeitungsartikel hinweg 117-mal vergeben und machen somit 59,1 % der gesamten Debatte aus. Dabei wurden die Obercodes *Gemeinschaft* mit 37,4 % und *kommunitaristische Bürgerschaft* mit 20,2 % am häufigsten verteilt, woraus sich folgern lässt, dass diese beiden Aspekte das schweizerische Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft besonders prägen. Insgesamt 41, also 20,7 % der Textstellen wurden liberalen Kategorien zugeteilt. Typisch liberale Argumente wie etwa die häufige Forderung nach einer klaren Trennung von Politik und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen – in diesem Fall dem Sport – kennzeichnen die Debatte. Dass die liberalen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit bzw. deren Codes ebenfalls zahlreich in der Debatte vorkommen, ist nicht überraschend, da sie die grundlegende Maxime jeder Demokratie bilden. Multikulturalistische Argumente finden sich in der Debatte über die Doppeladler-Geste mit 20,2 % ebenfalls häufig. Der Aspekt der multikulturellen Diversität scheint dabei besonders zentral, was im weiteren Verlauf des Kapitels noch näher erläutert wird (vgl. Tab. 1).

Politische Theorie	Codesystem	SUBCODE	SUBCODE IN %	CODE	CODE IN %	CODES GESAMT	CODES GESAMT IN %
Liberalismus	Gleichheit					41	20.7%
	Gleichheit für Inklusion (Kongruenz Bev. & Stimmberechtigten)	1	0.5%	5	2.5%		
	Gleichbehandlung	4	2.0%				
	Freiheit						
	pos. Freiheit: z.B. Meinungsfreiheit	3	1.5%	6	3%		
	neg. Freiheit: Abwesenheit v. Herrschaft, indiv. Freiheit	3	1.5%				
	Gerechtigkeit						
	starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	14	7.0%	14	7.0%		
	Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten	7	3.6%	7	3.6%		
	liberale Bürgerschaft						
Gesetze achten	0						
Steuern zahlen	0		9	4.5%			
Vernunft	8	4.0%					
minimale Verantwortungsübernahme	1	0.5%					
Kommunitarismus	kommunitaristische Kritik am Liberalismus					117	59.1%
	fehlende Zivilkultur --> zerstört der Demokratie, pol Apathie	0	1.0%	2	1.0%		
	Verfolgung von Eigeninteresse	2					
	Mensch als autonomes Subjekt	0					
	Gemeinschaft						
	starke Interdependenz von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	15	7.6%				
	Fussballspieler sind Botschafter einer Nation	10	5.1%				
	Identität mit Gemeinschaft/Nation	13	6.6%				
	Individuum erwirbt seine Identität über die Gemeinschaft	2	1.0%	74	37.4%		
	Zugehörigkeit	7	3.6%				
	starker Konsens über Werte und Traditionen	12	6.1%				
	Einheit der Gemeinschaft	12	6.1%				
	Migranten schulden der Gemeinschaft Dankbarkeit	3	1.5%				
	Partizipation						
	Selbstregierung und Selbstverwaltung	0		1	0.5%		
Bürger: starkes Engagement in Politik und Zivilgesellschaft	1	0.5%					
kommunitaristische Bürgerschaft							
Solidarität ("Bürgersinn")	18	9.1%					
Loyalität gegenüber der Nation	22	11.1%	40	20.2%			
Kooperation	0						
Multikulturalismus	multikulturalistische Kritik					40	20.2%
	am Liberalismus: Universalismus "Differenzblindheit"	0		8	4.0%		
	an Nationalisierungsprozessen: Dominanz der Mehrheitskultur	8	4.0%				
	multikultureller Staat	1	0.5%				
	Diversität bedeutet Bereicherung	10	5.1%				
	Anti-Diskriminierung	2	1.0%	18	9.1%		
	Gleichheit aller ethnokulturellen Gruppen	1	0.5%				
	Repräsentation von Minderheiten in Politik und Staat	2	1.0%				
	starke Machtteilung: Föderalismus, Konkordanz	2	1.0%				
	Anerkennung von ethnokulturellen Gruppen, Minderheiten						
	hohe Selbstverwaltung von Minderheiten	0					
	Anerkennung von Minderheiten	1	0.5%	1	0.5%		
	Recht auf staatliche Fördermassnahmen: Bildung, Medien, Arbeit	0					
	multikulturelle Bürgerschaft "interkulturelle Bürger"						
	Offenheit, neugierig auf andere Menschen und Kulturen	2	1.0%				
positive Haltung gegenüber Diversität	3	1.5%	13	6.6%			
Dialog, Deliberation	8	4.0%					
interkultureller Austausch	0						
SUMME		198	100%	198	100%	198	100%

Tabelle 1: Verteilung der Ober- und Unterkategorien für die Schweizer Debatte über die Doppeladler-Geste (Artikel gesamt: 42).

Im Folgenden werden nun die Berichterstattung über die Vorfälle an der Weltmeisterschaft 2018 zwischen dem 22. Juni und 31. Juli 2018 und deren Auswertung erörtert. Die Ereignisse werden chronologisch dargestellt und interpretiert, wobei an gewissen Stellen vereinzelt auf Vergangenes hingewiesen wird, um das Geschehen einzuordnen. Der Zeitstrahl im Anhang der Arbeit verschafft zudem einem besseren Überblick über die Ereignisse. Es wird allerdings nicht auf jeden einzelnen Code bzw. jede einzelne Kategorie detailliert eingegangen, da die Interpretation ansonsten zu lange ausfiele. Die am häufigsten auftretenden Kategorien werden aber ausführlich erörtert. Am Ende des Kapitels wird zudem der weitere Verlauf der Debatte kurz zusammengefasst.

Die Schweizer Nationalmannschaft qualifizierte sich Ende November 2017 für die Teilnahme an der Fussballweltmeisterschaft in Russland. Im letzten Qualifikationsspiel gegen Nordirland am 12. November 2017 in Basel gelang der Mannschaft mit einem 0:0 knapp der Sprung in die Weltmeisterschaft. Zum vierten Mal in Serie durfte die Schweiz an einem WM-Turnier mitspielen (WUILLEMIN 2017: 2). Einen Monat später fand die Auslosung der Spielpartien statt, wobei die Schweiz im zweiten Spiel gegen Serbien antreten musste (SCHÄCHTER 2017: 51). Dass vor dem Hintergrund, dass vier der Schweizer Spieler kosovo-albanische Wurzeln haben und Doppelbürger sind, dieser Partie auch eine politische Bedeutung zukam, wurde im Vorfeld in den Medien kaum thematisiert. Der Krieg zwischen Serbien und Kosovo (1998–1999), im Zuge dessen viele Flüchtlinge auch in die Schweiz kamen, ist immer noch Ursache wiederkehrender politischer Auseinandersetzungen zwischen Serbien und Kosovo. Bis heute will Serbien die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkennen (RATHFELDER 2010: 185ff.). Die Frage eines brasilianischen Journalisten an der Pressekonferenz vor dem Spiel, wie das Verhältnis der kosovo-albanischen Spieler in der Schweizer Mannschaft zu Serbien sei, beantwortete der Trainer der Schweizer Nationalmannschaft Petković nicht. Auch als das Schweizer Fernsehen ihm ähnliche Fragen stellte, wich er aus und redete über die Wetterlage in Russland. Es wurde bezweifelt, ob solche Fragen überhaupt im Interesse des Schweizerischen Fussballverbandes SFV lagen (SCHIFFERLE 2018e: 32). Tatsächlich verlief das Spiel gegen Serbien, das am Abend des 22. Juni um 20:00 Uhr Schweizer Zeit begann, in der ersten Halbzeit relativ ruhig. Die Schweizer Fussballer fanden zunächst nicht so richtig ins Spiel. Bereits nach fünf Minuten traf der serbische Mittelstürmer Aleksandar Mitrović zum 0:1. Erst nach der Pause gingen die Schweizer in die Offensive. Granit Xhaka, Schweizer Mittelfeldspieler mit kosovo-albanischem Migrationshintergrund, schaffte schliesslich in der 52. Minute den Ausgleich. Nach seinem Tor lief er jubelnd vor die serbische Fankurve und zeigte vor dieser den sogenannten Doppeladler. Er kreuzte die Hände vor seiner Brust, die Daumen abgespreizt, sodass diese restlichen Finger die Flügel des Adler bildeten: das Symbol des Doppeladlers wie auf der albanischen Flagge.³⁰ Es ginge an dieser Stelle zu weit, die Geschichte des Doppeladlers, seine Symbolik und Bedeutung für Albanien darzulegen. Dafür wäre eine eigene Aufarbeitung vonnöten, wie sie diese Arbeit nicht erbringen kann. Zudem gibt es bis heute keine wissenschaftliche Abhandlungen über diese Gestik. Dennoch scheint es hier angebracht, einige wenige Informationen über die Doppeladler-Geste zu erwähnen. Einem Artikel der Aargauer Zeitung ist zu entnehmen, dass diese Geste aus der Zeit stammt, als Kosovo noch nicht unabhängig und in keinem internationalen Sportverein vertreten war und „seine begabten Fussballsöhne überhaupt nur unter

³⁰ Im Anhang findet sich ein Bild von Granit Xhaka und Xherdan Shaqiri, wie sie den Doppeladler formten (s. Kap. 9.4).

anderer Flagge an Turnieren teilnehmen konnten“ (MAPPES-NIEDIEK 2018: 4). Der Doppeladler sei gewissermassen Symbol eines „geheimen Albanien“ und sei auf den Fussballplätzen entstanden (ebd.). Die überkreuzten Hände vor der Brust symbolisieren den schwarzen Doppeladler auf rotem Grund, der auf dem Wappen Albaniens zu sehen ist. Die Flagge mit dem Doppeladler wird in der Region von allen ethnischen Albanerinnen und Albanern als Zeichen ihrer Gemeinschaft anerkannt (ebd.). Die Bevölkerung Kosovos besteht zur Mehrheit aus ethnischen Albanerinnen und Albanern, den sogenannten Kosovo-Albanern. Viele berufen sich auf ihre albanische Abstammung und fühlen sich dem albanischen Volk zugehörig, auch wenn sie in Kosovo leben.³¹ Der Konflikt mit Serbien liegt vor allem darin begründet, dass Serbien Kosovo seit jeher als serbische Provinz betrachtet und die Unabhängigkeit Kosovos von 2008 weiterhin nicht anerkennen will (RATHFELDER 2010: 108ff.).

Doch zurück zum Fussballspiel Schweiz gegen Serbien. Nach dem Tor von Xhaka bauten die Schweizer Fussballer weiterhin Druck gegen die serbische Mannschaft auf. In der 90. Minute, kurz vor dem Ende der Partie, traf schliesslich Stürmer Xherdan Shaqiri mit einem 2:1 zum Sieg für die Schweiz. Shaqiri rannte wie zuvor Xhaka vor die serbische Fankurve, wo er mit seinen Händen den Doppeladler vor der Brust formte und sein Trikot auszog. Für das Ausziehen des Trikots kassierte er die gelbe Karte. Xhaka, der Captain der Schweizer Mannschaft Lichtsteiner und weitere Spieler liefen zu Shaqiri hin und feierten ihren 2:1-Sieg gegen Serbien mit ihm. Auf der Fernsehübertragung ist dabei zu sehen, wie Xhaka zusammen mit Shaqiri nochmals den Doppeladler zeigt. Als Captain Lichtsteiner hinzukam, formt auch er den Doppeladler gegen die serbische Fankurve, was in später erschienenen Artikeln für reichlich Diskussionsstoff sorgte. Sascha Ruefer, der Kommentator für das Schweizerische Radio und Fernsehen SRF, verurteilte den Doppeladler von Shaqiri sogleich als „dumm und bescheuert“ und als „politisches Statement“, wofür dieser später vom Publikumsrat gerügt wurde (SCHWEIZERISCHE RADIO- UND FERNSEHGESELLSCHAFT SRG 2018). Ruefer wurde zudem vorgeworfen, die politische Dimension und die Bedeutung des Spiels für Spieler mit kosovo-albanischem Hintergrund nicht erkannt zu haben. Seine Aussagen wurden im Anschluss an das Spiel in vielen Zeitungsberichten aufgenommen. So schrieb die NZZ, dass es Xhaka und Shaqiri an politischer Sensibilität mangle und ihr „gesellschaftliches Bewusstsein unterentwickelt“ sei (CLALÜNA 2018: 52). Solche und ähnliche Kommentare, die die Vernunft der beiden Spieler in Zweifel zogen, traten in vielen Artikeln unmittelbar nach dem Spiel gehäuft auf. Sie stimmten weitgehend darin überein, dass Xhaka und

³¹ Die Flagge des Kosovo zeigt jedoch die Umrisse des Landes, oberhalb von ihm sind sechs weisse Sterne abgebildet. Diese stehen symbolisch für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen Kosovos, welche die Albaner, Serben, Türken, Bosniaken, Roma und die restlichen Minderheiten umfassen (RATHFELDER 2010: 410ff.).

Shaqiri nicht nur ihren eigenen Erfolg gefährdeten, sondern vor allem das Weiterkommen der Mannschaft. Die NZZ schrieb: „Es waren unnötige Gesten mit brisanter politischer Implikation, die Sperren auslösen und das Team nachhaltig schädigen könnten“ (BURGENER 2018b: 36). Diese Argumentationslogik lehnt an liberales Gedankengut an: Ein Bürger handle dann vernünftig, wenn er sich selbst und andere nicht in Gefahr bringe. Allerdings wird in der Debatte die Forderung nach mehr Vernunft bzw. nach „klügeren Arten“ von Jubelgesten (ebd.) als Gegenstück zu den Emotionen und den „überfliessenden Hormone[n]“ gebracht (RAZ 2018b: 39). Die Emotionen müssten kontrolliert werden, um das Weiterkommen der Mannschaft nicht zu gefährden.

Tatsächlich ist es so, dass der Weltfussballverband FIFA gleich im Anschluss an das Spiel ein Disziplinarverfahren gegen die drei Schweizer Spieler Xhaka, Shaqiri und Lichtsteiner einleitete. Laut Art. 54 ihres Reglements sind Provokationen der Zuschauerinnen und Zuschauer verboten, weshalb Xhaka, Shaqiri und Lichtsteiner Geldbussen und sogar Spielsperren drohten. Weiter klärte die FIFA ab, ob diese mit ihrem Verhalten zusätzlich Art. 57 verletzt haben, der das Fairplay und die Sportlichkeit eines Spiels betrifft. Es sind also noch weitere Sanktionen zur Diskussion gestanden (FIFA 2017). Der Schweizerische Fussballverband SFV musste ein schriftliches Statement verfassen, das allerdings nicht veröffentlicht wurde. Gemäss einer Recherche der Aargauer Zeitung argumentierte dieser, dass die „Doppeladler-Geste von Xhaka, Shaqiri und Lichtsteiner nicht als politische oder religiöse Provokation« gemeint war. Die Geste stehe für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Albanerinnen und Albaner und sei eine „emotionale Grussbotschaft an die alte Heimat“ gewesen (BRÄGGER 2018: 5). Der Schweizerische Fussballverein SFV nahm damit Bezug auf die Antworten von Xhaka und Shaqiri, die sie gleich nach dem Spiel zur Frage nach dem Doppeladler geäussert hatten. Obwohl Xhaka den Doppeladler eindeutig vor der serbischen Fankurve zeigte, liess er nach dem Spiel verlauten, dass dies keine Provokation gegenüber dem Gegner gewesen sei: „Es war ein Gruss an die Leute in der Heimat meiner Eltern. Das waren Emotionen pur, es war keine bewusste Reaktion“ (RAZ 2018b: 39). Dagegen war in vielen Zeitungsartikeln zu lesen, die unmittelbar nach dem Spiel veröffentlicht wurden, dass die Spieler das Publikum absichtlich provoziert hätten (vgl. BURGENER 2018b: 36). Einzig die linke WOZ stellte die Situation etwas anders dar. Laut ihrem Artikel beschimpften die serbischen Fans die Schweizer Mannschaft immer wieder und piffen die drei Spieler mit kosovo-albanischem Hintergrund aus³², sobald diese am Ball waren. Zudem hätten die serbischen Fans zwischendurch immer wieder „Kosovo ist Serbien!“ geschrien und die drei Spieler Xhaka, Shaqiri und Behrami rassistisch beleidigt.

³² Neben Xhaka und Shaqiri hat auch Valon Behrami einen kosovarischen Migrationshintergrund. Er stammt aus Mitrovica, einer Stadt im Norden, die zwar zu Kosovo gehört, aber in einen serbischen und albanischen Teil gespalten ist. Er und seine Familie gehörten der serbischen Minderheit an. Allerdings verzichtete er auf seinen serbischen Pass, als er und seine Familie im Tessin eingebürgert wurden (SCHIFFERLE 2018e: 32).

Insofern sei die Doppeladler-Geste als Reaktion auf diese Beleidigung verständlich (HASLER 2018b). Der Tenor lautete jedoch, dass die Spieler unvernünftig gehandelt hätten, sich von ihren Emotionen hätten leiten lassen und damit das Weiterkommen der Mannschaft gefährdet hätten. Dem vernunftbegabten Menschenbild des Liberalismus haben die Spieler nicht entsprochen, was die Forderung nach mehr Vernunft erklärt.

Ein weiteres typisch liberales Prinzip neben der Vernunft ist die Trennung von Politik und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen; eine Forderung, die seit Anbeginn der Debatte häufig anzutreffen ist. Alles, was nicht unmittelbar im Interesse der politischen Gemeinschaft liegt, gehöre entweder in die private Sphäre oder in diejenige eines anderen Gesellschaftsbereichs – hier in die des Sports – und solle nicht in der Politik diskutiert werden. Der Code *starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)* wurde insgesamt 14-mal verteilt (vgl. Tab. 1). Diese Vorstellung manifestiert sich in der Meinung, dass Sport nicht im Interesse der Allgemeinheit liege, kein gesellschaftlich und politisch relevanter Bereich sei und die Politik daher vom Sport unbedingt zu trennen sei. Dieses Votum lässt sich in einigen Kommentaren wiederfinden, beispielsweise in einem Artikel der Aargauer Zeitung: „Politische Manifestationen gehören nicht aufs Spielfeld“ (BOPP 2018: 2). Wenn die beiden Sphären vermischt werden, schade das dem Sport, schrieb auch der Chefredakteur des „Blick“ (BINGESSER 2018d: 2). Die Gefahr, wenn Politik und Sport durcheinandergebracht werden, bestehe darin, dass die Situation ausser Kontrolle gerate. Deshalb müssten den Spielern Grenzen gesetzt werden, weil „politische und religiöse Provokationen in keinem Fall geduldet werden“ könnten (ebd.). Wie schwierig die Trennung von Sport und Politik tatsächlich ist, demonstriert der Kommentar des serbischen Aussenministers Ivica Dačić vor dem Match. Er sei zwar grundsätzlich dafür, dass Politik und Sport nicht vermischt werden, aber bei diesem Spiel sei das nicht möglich: „Denn wir wissen nicht, ob wir gegen die Nationalmannschaft der Schweiz, jene von Albanien oder Pristina spielen“ (EBERHARD 2018: 2). Dačić deutet mit seiner Aussage an, dass er die Nationalität der drei Spieler Xhaka, Shaqiri und Behrami in Frage stellt. Diese besitzen zwar einen Schweizer Pass, sind in der Schweiz geboren und aufgewachsen und sind teilweise Doppelbürger. Dennoch sind es für ihn Albaner, was für ein ethnisches Verständnis von Bürgerschaft zeugt. Das eigentlich Provozierende an der Aussage ist jedoch, dass er Kosovo als Stadt Pristina zusammenfasst und dadurch Kosovo als Staat für ihn offenbar nicht existiert. Kosovo reiht er in seinem Statement nicht in die anderen Nationen Schweiz und Albanien ein. Dadurch kommt zum Ausdruck, dass die serbische Regierung Kosovo und seine Hauptstadt Pristina immer noch als serbische Provinz betrachtet und sie jede Gelegenheit (wie etwa die Fussballweltmeisterschaft) wahrnimmt, um dies zu demonstrieren und die Unabhängigkeit Kosovos

weiterhin in Frage zu stellen. Interessant ist, dass solche Aussagen wie die des serbischen Aussenministers im Vorfeld des Spiels kaum Eingang in die Schweizer Medien gefunden haben. Haben die Schweizer Medien die Brisanz des Spiels verkannt? Einzig ein Artikel aus dem Tages-Anzeiger nimmt Bezug auf eine Frage von Behrami, die ihm aber schon viel früher, nämlich während des Trainings im Frühling gestellt worden war. Für Behrami ist Serbien ein Gegner wie jeder andere auch. Er sagt: „Ich denke nicht, dass der Fussballplatz ein Kriegsplatz ist. Ich will nur spielen“ (SCHIFFERLE 2018e: 32). Selbst die Fussballer versuchten also im Vorfeld, zumindest bei Aussagen gegenüber den Medien, die politische Dimension aussen vor zu lassen. Shaqiri kommentierte seinen Doppeladler nach dem Spiel mit den Worten: „Es geht hier nicht um Politik. Es geht um Fussball“ (EBERHARD 2018: 2). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Code *starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)* mit 7 % und der Subcode *liberale Bürgerschaft/Vernunft* mit 4 % den grössten Teil aller liberalen Codierungen ausmachen (vgl. Tab. 1). Dabei gilt es zu beachten, dass gerade der Code *starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)* nicht nur zu Beginn der Debatte auftaucht, sondern während des ganzen Zeitraums immer wieder aufzufinden ist.

Im Folgenden werden nun die Kategorien des Kommunitarismus interpretiert. Die enge Interdependenz von Politik und Gesellschaft, ein typisches Charakteristikum des Kommunitarismus, kann man in der Debatte um den Doppeladler nicht übersehen. Der Code *starke Interdependenz von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)* zählt mit 7,6 % zu denjenigen Codes, die innerhalb des Kommunitarismus häufig auftreten. Deutlich sieht man das an der Vorstellung, dass Sportler und insbesondere Fussballspieler der Nationalmannschaften Botschafter des Landes seien. Sie nehmen eine Doppelrolle ein, indem sie als Sportler und gleichzeitig als politische Vertreter stilisiert werden. Die Sphäre der Politik überlagert somit die des Sports. Die Ansicht, dass Fussballspieler Botschafter der Nation seien, ist so oft in beiden Debatten um die Doppeladler-Geste und den Fall Özil zu finden, dass es nach dem ersten Codierungsdurchgang sinnvoll erschien, dafür einen eigenen Subcode zu erstellen: *Fussballer sind Botschafter einer Nation*. Dieser kommt in der Schweizer Fussballdebatte insgesamt 10-mal vor. Chefredakteur Bingesser des „Blick“ schreibt in seinem offenen Brief an Xhaka und Shaqiri beispielsweise: „Wer das Trikot der Schweiz trägt, ist nicht Privatperson, sondern offizieller Botschafter eines Landes“ (BINGESSER 2018d: 2). Botschafter und Diplomaten haben freilich andere Aufgaben als Fussballer, sie vertreten die Werte und die Interessen eines Landes gegenüber anderen Nationen, handeln im Auftrag ihres Landes und haben eine Repräsentationsfunktion inne. Bingesser und andere Journalistinnen und Journalisten übertragen diese Funktionen auf die Fussballer der Nationalmannschaft. In ihrer Vorstellung vertreten diese an internationalen Turnieren die Schweiz samt ihren Werten. Als Botschafter hätten sie sich

entsprechend zu verhalten und die Werte der Schweiz zu repräsentieren. Entsprechend sollten sie politisch neutral auftreten und „auf diesen unsäglichen politischen Mist“ (ebd.) verzichten – damit ist die Doppeladler-Geste der beiden Fussballer Xhaka und Shaqiri gemeint. Für Bingesser besteht das Hauptproblem dieser Geste vor allem darin, dass die beiden Spieler damit Öl ins Feuer eines Konflikts giessen, der vielen Menschen das Leben gekostet hat. Dem „fatalen Kreislauf“, in dem der Konflikt von einer auf die nächste Generation weitergegeben wird, müsse ein Ende bereitet werden. Es sei die Pflicht von Xhaka und Shaqiri, genau dies zu tun und hierfür ihre Rolle als Botschafter und Vorbild wahrzunehmen (ebd.). Auch in den Artikeln von etablierten Tageszeitungen wie etwa der NZZ findet man Aussagen, dass die Spieler „Identifikationsfiguren“ (BURGENER 2018b: 36) seien und „Diplomaten in kurzen Hosen, die ihr neues Heimatland vor den Augen der Weltöffentlichkeit“ repräsentieren (ASCHWANDEN & SURBER 2018: 15). Auch in der WOZ „stehen die beiden Athleten für eine bessere Schweiz“ (HASLER 2018a) – eine Schweiz, die das Gegenteil des ehemaligen FIFA-Präsidenten Blatter darstellt, der die „grässlichsten Eigenschaften der Schweiz: dubiose Geldflüsse, Intransparenz und eine fast anzügliche Nähe zu undemokratischen Machthabern“ verkörpere (ebd.). Ob nun Botschafter, Repräsentationsfigur oder Vorbild – Fussballspieler sind Projektionsflächen für bestimmte nationale Werte. Anhand ihrer Leistung und ihrer Darbietung auf dem Platz wird ein Selbstbild der Nation konstruiert. Dazu scheinen sich Fussball und gerade Länderturniere wie die Weltmeisterschaft besonders zu eignen, insofern Nationalmannschaften nicht nur ein Sportteam bzw. ein simples Kollektiv abbilden, sondern die politische Gemeinschaft, also die Nation mit ihrem Selbstbild verkörpern (vgl. BENS u. a. 2014: 9ff.).

Was diese Werte genau beinhalten, wird in der Debatte nicht immer eindeutig dargestellt. Klar ist nur, dass die Schweizer Werte respektiert werden sollen und dass dies Xhaka und Shaqiri mit ihrer Doppeladler-Geste nicht getan haben. Der starke Konsens über Werte, Normen und Traditionen bildet nach kommunitaristischer Vorstellung gewissermassen die Basis der Gesellschaft. Werte haben eine gemeinsinnstiftende Funktion und sind deshalb für den Zusammenhalt der Gemeinschaft zentral. Der ideale kommunitaristische Bürger hält sich an diese Werte und handelt nach ihnen. In der Debatte über die Doppeladler-Geste wurde der Subcode *starker Konsens über Werte und Traditionen* insgesamt 12-mal vergeben (vgl. Tab. 1) und bildet somit neben der *starken Interdependenz von Politik und Sport* einen weiteren Beitrag zum schweizerischen Verständnis der politischen Gemeinschaft. Obwohl diese Werte, wie bereits erwähnt, in der Fussballdebatte nur selten ausdrücklich dargelegt werden, lässt sich die politische Neutralität doch als einer dieser Grundsätze festmachen. Gemäss einem Artikel der Weltwoche haben die Spieler die politische Neutralität der Schweiz mit ihrer Doppeladler-Geste verletzt. Sie sei keine „harmlose Grussbotschaft an die Verwandten in Kosovo gewesen“, sondern die „Fortsetzung des innerjugoslawischen

Bruderkrieges unter Schweizer Flagge“ (KÖPPEL 2018: 5). Für Köppel, Autor des Artikels und zugleich Politiker der Schweizer Volkspartei SVP, hatten also Xhaka und Shaqiri die Schweiz für ihre eigenen Konflikte und Interessen missbraucht. Zudem fallen in diesem Zitat gleich mehrere Besonderheiten über Köppels Auffassung zum Konflikt zwischen Serbien und Kosovo ins Auge. Zum einen mutet seine gewählte Bezeichnung des „innerjugoslawischen Bruderkrieges“ etwas (ungeschickt) historisierend an. Zum anderen suggeriert das Wort „Bruderkrieg“ darauf hin, dass es sich nicht um zwei eigenständige Nationen mit eigener Ethnie und Kultur handle, sondern eben um zusammengehörige, quasi blutsverwandte Brüder. Als solche haben sie die gleiche Abstammung, Kultur und Identität, was den „Bruderkrieg“ als tragisch, unverständlich und unmoralisch abstempelt. Zudem bezeichnet Köppel in seinem Artikel den Konflikt zwischen Serbien und Kosovo als Bürgerkrieg, den die Schweiz mit eigenen Truppen im Kosovo³³ zu verhindern versucht. Deshalb sei „strengste Neutralität zwischen den Parteien“ (ebd.) auch auf dem Fussballplatz Pflicht. Von Xhaka und Shaqiri wird erwartet, dass sie sich politisch neutral verhalten, obwohl sie angesichts ihres kosovarischen Migrationshintergrunds Teil des Konfliktes sind. Köppel bezweifelt, dass sie sich trotz ihrer Einbürgerung in die Schweiz mit den Schweizer Werten identifizieren. Fussball und gerade die internationalen Länderspiele dienen immer wieder als Bühne für die nationale Selbstdarstellung der Länder. Länderspiele wie die Weltmeisterschaft sind zugleich Orte der symbolischen Konfrontation mit dem „Anderen“ (vgl. KOLLER 2008: 5f.).

Neben der Neutralität werden andere Werte in der Debatte zumindest angedeutet. Zum Beispiel werden in einem Interview zur Doppeladlerthematik mit Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey Parallelen zwischen der Schweiz und Kosovo gezogen. Darin antwortet Calmy-Rey auf die Frage, was Kosovo für sie persönlich bedeute: „Wir sind das Land von Wilhelm Tell. Mich hat der Freiheitskampf dieses Volkes berührt“ (MARTI 2018: 4). Damit wird der Schweizer Urmythos des Unabhängigkeitskampfes auf andere Länder – hier Kosovo – projiziert. Freiheit und Unabhängigkeit sind demzufolge weitere Werte, die für das Schweizer Selbstverständnis zentral sind und sogar Verbindungen zu anderen Ländern herstellen können, die sich heute in einer angeblich ähnlichen Situation zu befinden scheinen wie einst die Schweiz. Es ist der Glaube an die Freiheit und Unabhängigkeit eines Volkes, der eine gewisse Identifikation und Solidarität mit einem fremden Land stiftet. Mit dem Rückgriff auf den Nationalmythos, auf eine sinnstiftende Erzählung, wird im Interview auch die gegenwärtige Entwicklungszusammenarbeit in Kosovo begründet (ebd.). Weitere Artikel, die kurz vor dem 1. August erschienen sind, benennen Leistungswillen und Respekt als typische Schweizer Tugenden, ohne die das Land nicht funktioniert. Traditionsgemäss

³³ Die Schweizer Armee beteiligt sich seit 1999 mit einer Einheit (Swisscoy) an der internationalen Friedensmission Kosovo Force (KFOR) in Kosovo. Zurzeit sind 190 Armeeeingehörige vor Ort im Einsatz (SWISSCOY 2018: 6).

schreiben diverse Zeitungen im Vorfeld dieses Feiertags eine Art Reflexion über die gegenwärtige und künftige Lage der Schweiz. So ist beispielsweise in einem Artikel der Aargauer Zeitung zu lesen:

„Dass ein solch heterogener Staatsverband überhaupt funktionieren kann, setzt allerdings auch die Bereitschaft voraus, Verhaltensnormen zu akzeptieren, die über die staatsrechtliche Trias von Demokratie, Rechtsstaat und Föderalismus hinausgehen. Es geht hier um die klassischen Sekundärtugenden wie Leistungsbereitschaft, Höflichkeit und Fleiss, aber auch um eine grundsätzliche Haltung, der Gesellschaft, in der man lebt, etwas zurückgeben zu wollen.“

(HOLLENSTEIN 2018: 16)

Es sind also die Werte wie Leistungswille, Respekt und Dankbarkeit des Einzelnen, welche der Logik dieses Zitats zufolge das Funktionieren des Schweizer Staates garantieren – eine typisch kommunitaristische Vorstellung, insofern ohne Werte eine Grundlage für die politische Gemeinschaft fehlte.

Im Kommunitarismus ist zudem die Identifizierung der einzelnen Bürgerin bzw. Bürgers mit der Nation zentral. In der „Doppeladler-Debatte“ kommt der Subcode *Identität mit Gemeinschaft/Nation* insgesamt 13-mal vor (vgl. Tab. 1) und zeigt sich vor allem in einer Art Umkehrung dieses kommunitaristischen Prinzips. Es wird bezweifelt, ob sich Xhaka und Shaqiri mit der Schweiz hinreichend identifizieren. So ist in einem Kommentar zur Doppeladler-Thematik in der Luzerner Zeitung zu lesen: „Die Identifikation mit der Schweiz scheint bei dieser bunt zusammengewürfelten Multikulti-Truppe eben nicht so ausgeprägt zu sein“ (EIHOLZER 2018: 18). Wie wichtig die Identifikation mit der Nation ist, zeigt auch der Artikel aus der Weltwoche, dem zufolge es nicht reicht, das blosse Bürgerrecht zu besitzen, um Schweizerin bzw. Schweizer zu sein, sondern man sich dazu auch mit der Schweiz und ihrer Staatsform identifizieren müsse (KÖPPEL 2018: 5). Identifikation mit der Nation ist vor allem auch in den klassischen Bürgertugenden des Kommunitarismus ersichtlich. Dazu zählt insbesondere die Loyalität der Bürgerinnen und Bürger gegenüber ihrer Nation. Insgesamt wurde der Code *Loyalität gegenüber der Nation* 23-mal vergeben (vgl. Tab. 1), was deren Bedeutung für die Debatte und die schweizerische Auffassung von Bürgerschaft unterstreicht. Zahlreiche Artikel und Leserkommentare bekundeten Argwohn gegenüber der Loyalität von Xhaka und Shaqiri. Da diese zudem Doppelbürger sind, wurde ihre Treue gegenüber der Schweiz stark in Frage gestellt. So ist im bereits erwähnten Leserkommentar der Luzerner Zeitung zu lesen, dass die Doppeladler-Geste ein Zeichen dafür gewesen sei, dass das Tor nicht für die Schweiz gefallen sei, sondern für Kosovo (EIHOLZER 2018: 18). Die Doppeladler-Geste zeige, dass „nicht einmal die eignen Spieler voll und ganz hinter dem eigenen Land stehen“ (ebd.). Es wurde sogar gefordert, dass die Spieler ihr Trikot mit dem Schweizer Kreuz abgeben.

Mit der Aussage „Lieber verliere ich in Würde, statt mit Doppelvögel(n) zu siegen“ (ebd.) schliesst der Kommentar. Die Doppeladler-Geste wird damit zum Symbol der Illoyalität gegenüber der Schweiz umgedeutet. So strahlte das Schweizerische Fernsehen SRF eine Sendung mit dem Titel „Doppeladler, Doppelbürger, Doppelmoral?“ aus. Im Moment des Sieges hätten sich Xhaka und Shaqiri „eine andere Leibchenfarbe übergestreift“ (KÖPPEL 2018: 5), heisst es zudem in weiteren Artikel Zuweilen liess der Doppeladler gar den Nationalstolz vermissen. „Unabhängig von der Herkunft vermisse ich bei vielen Nationalspielern die klare Identifikation mit der Schweiz, den Stolz, für sein Land aufzulaufen“ (MÖRGELI & GUT 2018: 14) zitierte die Weltwoche den Nationalrat und SVP Wahlkampfleiter Adrian Amstutz. Hier wird ersichtlich, wie nah Loyalität und Patriotismus beieinander liegen, wie bereits im Theorienkapitel dargelegt worden ist. Patriotismus ist ein Gefühl des Stolzes, der emotionalen Wärme und Verbundenheit mit einem Land und gilt als unverzichtbar für die soziale Integration in die politische Gemeinschaft (vgl. BLATTER 2011: 780f.).

Andere Artikel scheinen etwas aufgeschlossener auf die Loyalitätsfrage von Doppelbürgern einzugehen. „Zum einen bedeutet geteilte Loyalität nicht automatisch kleinere Loyalität“ (STEFFEN 2018: 15), schrieb beispielsweise die NZZ. Folglich könne man sich gegenüber mehreren Ländern verbunden fühlen, ohne dass die Loyalität gegenüber dem einen oder anderen Land geringer werde. Loyalität sei demnach keine Frage des „Entweder-oder“, sondern des „Sowohl-als-auch“. Tatsächlich weisen Studien darauf hin, dass sich Doppelbürgerinnen und -bürger sowohl mit der Schweiz als auch mit ihrem Herkunftsland identifizieren, sich in beiden Ländern beheimatet fühlen und sich politisch ebenso aktiv engagieren wie Einfachbürger (vgl. BLATTER u. a. 2018; BLATTER 2011).

Eine weitere kommunitaristische Bürgertugend ist die Solidarität. Die ideale Bürgern bzw. der ideale Bürger zeigt sich mit den politischen Anliegen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürgern solidarisch und entwickelt einen „Bürgersinn“, ein Bewusstsein für ihre und seine Mitbürger (vgl. REESE-SCHÄFER 1994: 93–98; DELANTY 2008: 24–26). Insgesamt 18 Textstellen wurden dem Subcode für kommunitaristische Vorstellungen von Bürgerschaft, *Solidarität*, *Bürgersinn*, zugeordnet. Gleich nach der Loyalität ist also die Solidarität das Element, welches mit 9,1 % am häufigsten in der Debatte über die Doppeladler-Geste auftaucht (vgl. Tab. 1). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Lichtsteiner, Captain der Mannschaft, nach dem zweiten Tor gegen Serbien zu Shaqiri und Xhaka vor die serbische Fankurve hinrannte und zusammen mit ihnen ebenfalls den Doppeladler vor der Brust formte. Diese Aktion von Lichtsteiner, seine Doppeladler-Geste, wurde von allen Artikeln ausnahmslos als Akt der Solidarität und des Bekenntnisses zu Xhaka und Shaqiri gewertet. „Sein Doppeladler nach dem zweiten Treffer von Shaqiri war nichts anders als

ein verblüffendes Zeichen der Solidarität. Der Teamgeist ist Trumpf“, schrieb der Tages-Anzeiger (SCHIFFERLE 2018b: 34). Die Solidarität von Lichtsteiner kam erstens überraschend und wurde zweitens als Symbol für die Überlegenheit der Schweizer Mannschaft betrachtet. Mit dem Doppeladler habe Lichtsteiner zudem gezeigt, dass der sogenannte „Balkangraben“ in der Nationalmannschaft überwunden sei (MAPPES-NIEDIEK 2018: 4). Damit ist ein Zerwürfnis zwischen den Spielern gemeint, über das 2015 berichtet wurde. In diesem Jahr war es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen der „Fraktion der Balkaner“ und denjenigen „mit helvetischen Nachnamen“ (SCHMID-BECHTE 2015) gekommen. Im Training und in den Turnieren äusserte sich dies durch eine „negative Körpersprache“ (ebd.) zwischen Stürmer Shaqiri und Lichtsteiner. Es gab es Gerüchte, dass sich die Spieler mit kosovo-albanischem Hintergrund nicht genügend mit der Schweiz identifizierten; sie sprächen ständig über das Fussballteam Albaniens und die Spieler mit Schweizer Wurzeln fühlten sich nicht mehr wohl. Mit dem damaligen Captain Valon Behrami lag das Kräfteverhältnis für viele Beobachter auf der Seite der „Balkaner“ (ebd.). Es war nicht das erste Mal, dass es Unstimmigkeiten innerhalb der Mannschaft gab, die man mit der unterschiedlichen Herkunft der Spieler zu begründen versuchte. Doch aus der Fussballdebatte um den „Balkangraben“ von 2015 entwickelte sich – nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal – eine Grundsatzdiskussion über Zugehörigkeit, Identität und Integration. Ob jemand als guter oder schlechter Fussballnationalspieler galt, war nicht mehr nur eine Frage der sportlichen Leistung, sondern eine, die auf dessen Bekenntnis zur Schweiz abzielte. Der heutige Captain und damalige Stürmer Lichtsteiner sorgte für Aufregung, als er in einem Interview sagte: „Wichtig ist mir darum auch, dass wir auf die sogenannten Identifikationsfiguren aufpassen [...], dass sich das Volk weiterhin mit dem Nationalteam identifizieren kann“ (ebd.). Die Identifikation mit der Schweiz galt damals wie in der „Doppeladler-Debatte“ 2018 als wichtiger Erfolgsfaktor im Fussball. Mit dem Sieg über Serbien an der Weltmeisterschaft 2018 und dem Doppeladler von Lichtsteiner wurde der „Balkangraben“ in den Augen vieler Fussballfans überwunden. Nach dem Spiel gegen Serbien antwortete er in einem Interview auf die Frage, warum er als Schweizer ebenfalls den Doppeladler, das Symbol von Albanien, gezeigt habe:

„Wenn ich als Captain nicht solidarisch bin, wer soll es sonst sein? Wenn du dich nicht für deine Kollegen, Freunde, Lieben einsetzt, auch wenn du dich damit unbeliebt machst, hast du als Mensch wenig Werte. Es ist ein solidarischer Akt. Das hat uns noch mehr zusammengescheisst: die 90. Minute, in einem solchen Spiel. [...] Wenn wir es fertigbringen, solidarisch zu sein, kann es noch besser werden. Darum ist es mir gegen Serbien nie um einen politischen Akt gegangen, überhaupt nicht! Sondern nur darum: zu helfen und Farbe zu bekennen.“

(SCHIFFERLE 2018d: 23).

Der Doppeladler von Lichtsteiner drücke die Solidarität aus, die die Spieler einander nähergebracht und die sie schliesslich zum Erfolg geführt habe. Lichtsteiners Bekenntnis wird von den meisten Artikeln überaus positiv gewertet. Allein der bereits zitierte Artikel der Weltwoche kommentierte Lichtsteiners Doppeladler-Geste mit den Worten: „Nicht die Schweizer integrieren die Albaner, die Schweizer werden von den Albanern integriert“ (KÖPPEL 2018: 5).

Zwischenzeitlich wurden Xhaka und Shaqiri für ihre Doppeladler-Geste vom Weltfussballverband FIFA am 25. Juni mit jeweils 10'000 Schweizer Franken gebüsst; Captain Lichtsteiner wurde mit 5000 Schweizer Franken sanktioniert (SCHIFFERLE 2018b: 34). „Vernachlässigbar“ und „eine Lehre für Xhaka und Shaqiri“ (ebd.), kommentierte der Tages-Anzeiger die Geldstrafen. Man war erleichtert, dass die FIFA keine Spielsperren verhängt hatte, da dies die Mannschaft empfindlich geschwächt hätte. Vereinzelt wurde darüber auch Unverständnis geäussert, da der Trainer der serbischen Mannschaft für seinen Ausfall gegen den Schiedsrichter mit nur 5000 Franken davongekommen war. Der serbische Trainer Mladen Krstajić schlug nach dem Spiel vor, den Schiedsrichter vor das UN-Kriegsgericht in Den Haag zu stellen. Für diese Provokation seitens des Trainers, das Fehlverhalten der serbischen Fans und Ausfälligkeiten bei weiteren Spielen wurde der serbische Fussballverband insgesamt mit 54'000 Franken bestraft (vgl. HASLER 2018b). Nach den Geldstrafen und den Verwarnungen seitens der FIFA zeigten sich viele Journalisten in den Zeitungen erleichtert und hoffnungsvoll, dass das Thema Doppeladler nun vom Tisch sei. Dies war jedoch nicht der Fall, wie das Interview mit dem Generalsekretär des Schweizerischen Fussballverbandes SFV Alex Miescher bald zeigte.

Am 6. Juli – die Schweizer Mannschaft war nach einem Unentschieden gegen Costa Rica und einer Niederlage gegen Schweden aus der Weltmeisterschaft ausgeschieden – veröffentlichte der Tages-Anzeiger ein Interview mit dem Generalsekretär des SFV Alex Miescher, in dem dieser die Meinung vertrat, dass die Doppeladler-Geste von Xhaka und Shaqiri vor allem auf die Probleme mit Doppelbürgern hinweise:³⁴

„Die Vorfälle mit den Doppeladlern haben gezeigt, dass es eine Problematik gibt. Ich denke, wir könnten sie angehen. Wir schaffen ja auch Probleme, wenn wir die Mehrfachnationalität ermöglichen. Nicht nur auf den Fussball bezogen [...] Man müsste sich vielleicht fragen: Wollen wir Doppelbürger?“ (RAZ 2018a: 34).

Miescher verbindet sportliche Belange mit politischen Themen. Die Doppeladler-Geste von Xhaka und Shaqiri belegt für ihn offenbar ein Problem, das über den Sport hinausweist. Doppel-

³⁴ Das Interview wurde nicht nur im Tages-Anzeiger, sondern auch in anderen Zeitungen publiziert.

bürger, welche die Schweizer Staatsbürgerschaft und diejenige ihres Herkunftslands besitzen, würden Probleme schaffen. Im Fussball müssen sie sich im Alter von 21 Jahren entscheiden, für welches Nationalteam sie spielen: für die Schweiz oder für ihr Herkunftsland. Obwohl der Fussballverband laut Miescher von den Spielern viele Versprechungen zu hören bekommt, entschieden sich einige für ihr Herkunftsland und hätten so einem anderen Spieler einen „teuren Ausbildungsplatz weggenommen“ (ebd.). Der Verband hat allerdings schon länger mit dieser Angelegenheit zu kämpfen. Mladen Petrić und Ivan Rakitić³⁵ waren beides vielversprechende Spieler, die sich nach der Ausbildung beim SFV für die Mannschaft ihrer Heimat Kroatien entschieden. Es ist folglich auch teilweise nachvollziehbar, wieso Miescher sich diesbezüglich einen „Hebel“ (RAZ 2018a: 34), also klare Regeln wünscht. Deswegen gleich die Doppelbürgerschaft per se in Frage zu stellen, halten viele Artikel für übertrieben. Besonders stossend empfindet beispielsweise NZZ-Sportredakteur Ramming, dass Miescher „sportjuristische Belange mit allgemeingültigen Prinzipien des Staatsrechts“ (RAMMING 2018: 13) vermische. In seiner Aussage zeigt sich die im Liberalismus verortete Haltung, dass Politik von anderen gesellschaftlichen Teilbereichen wie dem Sport getrennt werden müsse. Auch ist er der Meinung, dass Fussballspielern nicht vorgeschrieben werden könne, für welches Nationalteam sie spielen; schliesslich verletze eine solche Forderung die Freiheit des Individuums (ebd.). Ramming vergleicht die Ausbildung zum Fussballnationalspieler mit derjenigen eines Arztes: „Wer in der Schweiz die teure Ausbildung zum Arzt absolviert, dem kann man nicht verbieten, im Ausland zu praktizieren. [...] Das sind liberale Prinzipien, festgeschrieben in der Verfassung“ (ebd.). Diese Auffassung lässt sich somit eindeutig dem Liberalismus zuordnen, dem zufolge jeder Mensch das Recht hat, seine eigene Vorstellung vom guten Leben zu entwickeln und deren Verwirklichung anzustreben. Angesichts des liberalen Rufes der NZZ mögen solche Positionen wenig überraschen, aber selbst die eher linksorientierte WOZ kritisiert die Aussagen Mieschers, die er als Privatperson getätigt haben soll, als nicht liberal. Miescher müsse zwischen seiner Privatperson und seiner Rolle als Funktionär unterscheiden können, so der Artikel (HASLER 2018a). Folglich müssen die „Hüte, die SportfunktionärInnen tragen, zum konkreten Anlass sauber voneinander getrennt werden“ (ebd.). Miescher habe diesbezüglich versagt.

Das Interview mit Miescher im Tages-Anzeiger scheint den Wendepunkt in der Debatte darzustellen. Handelte es sich bis anhin eher um eine negative Berichterstattung über die Doppeladler-Geste – „Respektlosigkeit“ (WUILLEMIN 2018c: 4), „eine fremde Botschaft“ (BAER 2018: 11), eine

³⁵ Unter anderem dank der Leistung des schweizer-kroatischen Doppelbürgers Rakitić erreichte die kroatische Mannschaft das Final an dieser Weltmeisterschaft, in dem sie allerdings Frankreich mit 4:2 unterlag (OSTERHAUS 2018).

„Provokation“ (CLALÜNA 2018: 52) –, so brachten nach dem Interview viele Artikel ein gewisses Verständnis für Xhaka und Shaqiri zum Ausdruck. „Die Jungs können ihre Wurzeln nicht verleugnen“, titelte beispielsweise der „Blick“ (STUDER 2018: 2). Eine regelrechte Welle der Entrüstung brach über Mieschers Vorschlag los: „Unverhältnismässig“ und „eine gefährliche Schnapsidee“ (RAMMING 2018: 13) sei Mieschers Anregung, die Doppelbürgerschaft abzuschaffen.

Zudem begründete Miescher seinen Vorschlag, die Doppelbürgerschaft abzuschaffen, mit einem typisch kommunitaristischen Argument, das in der Debatte vor dem Interview schon mehrmals angesprochen wurde. Aufgrund der Ereignisse während des Spiels stellte er die Loyalität von Doppelbürgern in Frage: Es sei für viele Fussballspieler einfacher, wenn sie sich früh entscheiden müssten, welche Nationalität sie haben möchten und für welche Nationalmannschaft sie folglich spielen. Daraus ergebe sich keine Loyalitätsproblematik. Von fussballerischen Fragen schliesst er auf die Situation sämtlicher Doppelbürger. Miescher meinte: „Das ist wie bei einem Scheidungskind, das sich zwischen Mutter und Vater entscheiden muss. Es wäre für viele Spieler befreiend, wenn die Entscheidung früher getroffen würde“ (RAZ 2018a: 34). Auch hier vermischt Miescher zwei unterschiedliche Themen und schlussfolgert vom einen auf das andere. Ähnlich wie Scheidungskinder stünden Fussballer und Doppelbürger zwischen zwei Parteien und müssten sich für eine der beiden entscheiden. Dass sich viele Migrantinnen und Migranten sowohl der Schweiz als auch ihrem Herkunftsland verbunden fühlen, ist für Miescher offenbar undenkbar. So verlangt Loyalität gegenüber einem Land für ihn eine radikale Entscheidung.

Es überrascht kaum, dass sich die Spieler durch solche Aussagen von ihrem Vorgesetzten vor den Kopf gestossen fühlen. Xhaka ärgert sich über Mieschers „Steinzeitkommentare“. Dieser habe „künftige und aktuelle Doppelbürger wie mich enttäuscht“, bemerkt er dazu (BINGESSER 2018a: 8). Einige Tage später sollte seine Kritik für Irritation sorgen, denn Xhaka ist gar kein Doppelbürger; er besitzt nur die Schweizer Staatsbürgerschaft und nicht zusätzlich die kosovarische (SCHIFFERLE & WIEDERKEHR 2018: 25). Das zeigt, dass Zugehörigkeit zu einem Land und zu einer Identität nicht ausschliesslich von der formalen Mitgliedschaft in einem Staat, der Staatsbürgerschaft an sich, bestimmt ist, sondern dass auch andere Faktoren wie das Zugehörigkeitsgefühl eine Rolle spielen können (vgl. SCHLENKER & BLATTER 2016: 112f.).

Zudem wird mit einem Blick auf den liberalen Code *Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten*, der insgesamt siebenmal vergeben wurde, ersichtlich, dass die Doppelbürgerschaft zunehmend akzeptiert wird. „Es wird immer Spieler geben, die zwei Ländern emotional stark verbunden sind. Daran ändert die Ein-Pass-Regel nichts. Kein Papier entscheidet, wo sich ein Mensch überall zugehörig fühlt“ (SCHIFFERLE 2018c: 42), kommentierte beispielsweise der Sportreporter des Tages-Anzeigers das Interview. In der WOZ war zu lesen, dass man Miescher auch dankbar sein

könne, zumal die Diskussion aufzeige, wie „rückständig“ die Vorstellung einer einzigen Staatsbürgerschaft sei (HASLER 2018a). Niemand könne von Xhaka und Shaqiri erwarten, dass sie ihre Herkunft verleugnen. „Die beiden Spieler sind Schweizer, ihre Wurzeln liegen im Kosovo. Das ist doch kein Widerspruch. Gerade nicht in der Schweiz“, äusserte sich Alt-Bundesrätin Calmy-Rey gegenüber dem „Blick“ (MARTI 2018: 4). Ähnlich wie sie als Walliserin in Genf Politik gemacht habe, hätten Xhaka und Shaqiri für die Schweiz Tore geschossen, obwohl sie aus einem anderen Land stammten. Durch ihre Tore hätten sie genügend bewiesen, dass sie der Schweiz gegenüber loyal sind, weswegen nicht daran gezweifelt werden sollte, dass sie Schweizer sind. Calmy-Rey zog eine Parallele und legte damit nahe, dass das, was in der Schweizer Politik kein Problem darstellt, in einer anderen Handlungssphäre, nämlich auf der Staatsebene, folglich auch keines darstellen sollte. Es sei eine Situation, die jeder Schweizerin und jedem Schweizer vertraut und verständlich sein müsse. Obwohl immer noch einige Bedenken gegen die Doppelbürgerschaft haben, sind Mehrfachnationalitäten und -identitäten heutzutage einfach auch Realität (vgl. FREITAG 2018: 9).

Abgesehen von diesen liberalen Haltungen lassen sich nach dem Interview mit Miescher ebenfalls einige typisch kommunitaristische Argumentationsmuster finden. So stellen nicht gerade wenige Artikel den Doppeladler just als Teil der Schweizer Geschichte und Identität dar. Besonders anschaulich lässt sich das in einem Artikel der Luzerner Zeitung aufzeigen, der zunächst darauf hinweist, dass Luzern ehemals zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehörte, dessen Wappen einen Doppeladler auf goldenem Grund zeigte. Als Reichsstadt und als solche direkt dem Kaiser unterstellt, hatte Luzern einige Privilegien genossen. Die Luzerner Bevölkerung „war stolz auf ihren Doppeladler“ (Zellweger-Heggli 2018: 10), der als Symbol dieser Verbindung überall sichtbar an Gebäuden angebracht war. Wer auch heute durch Luzern spazierte, könne diese Doppeladler am Rathaus, über Fenstern und Hauseingängen beobachten. Der Artikel schliesst mit der Aufforderung: „Gniessen Sie die erspähten Doppeladler und lassen Sie sich ein wenig vom damaligen Stolz bezaubern. Ich bin sicher, Sie werden künftige ‚Vogelgesten‘ von Fussballspielern anders sehen. Vielleicht kann der Doppeladler wieder verbindende Elemente hervorbringen, die längst vergessen sind“ (ebd.). Der Doppeladler wird als Symbol präsentiert, das die Schweizer Bevölkerung keineswegs befremden, sondern sie mit Stolz erfüllen sollte. Doch damit nicht genug; er soll auch Verbindungen herstellen. Einerseits ist damit wohl diejenige zwischen Vergangenheit und Gegenwart gemeint, andererseits schlägt der Doppeladler eine symbolische Brücke zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft und bringt sie einander (wieder) näher. Offenbar ist es ein Bedürfnis, den Doppeladler und dessen Symbolik in die Schweizer Kultur und Traditionen

einzureihen, ihn gewissermassen einzubürgern. Diese spielen nach kommunitaristischer Vorstellung eine wichtige Rolle, da die Identität der politischen Gemeinschaft unter anderem in der Kultur angelegt ist (vgl. DELANTY 2008: 28ff.).

Interessanterweise treten nach Mieschers Interview mehr Codes auf, die dem Multikulturalismus zuzuordnen sind, als davor (vgl. Tab. 2 in Kap. 7). Zwar sind die kommunitaristischen und liberalen Perspektiven auf die Doppeladler-Geste auch nach dem Interview immer noch leicht in der Überzahl, jedoch tauchen vermehrt multikulturalistische Argumentationsmuster auf. Der Code *Dialog, Deliberation* beispielsweise wurde insgesamt achtmal vergeben. Nach multikulturalistischer Auffassung zeichnet sich die ideale Bürgerin bzw. der ideale Bürger durch ihre bzw. seine Fähigkeit zum Dialog und zur Diskussion aus. Diese und dieser müssen in der Lage sein, sich von den eigenen Überzeugungen zu distanzieren und sich in den Standpunkt anderer zu versetzen (BENHABIB 1999: 729). In der Debatte um die Doppeladler-Geste wird der gesellschaftliche Dialog unterschiedlich bewertet. Zum einen gehöre es zur schweizerischen Tradition, „dass wir miteinander reden und streiten“ (BORNHAUSER 2018: 2). Die Diskussionskultur ist in diesem Zitat positiv besetzt. Zum anderen ist von einem „anstrengendem Schweizer Dauerpalaver zu jedem möglichen und unmöglichen Thema“ die Rede (KESSLER 2018: 20). Aber selbst dieses negative konnotierte „Dauerpalaver“ wird als etwas Lohnenswertes angesehen, denn es mache „unseren rationalen Staat belastbar und fit“ und garantiere dessen Weiterbestehen, „wenn ausserhalb die Rückkehr zu nationalem Egoismus und Kraftmeierei dominiert“ (ebd.). Der gesellschaftliche Dialog wird also nicht nur als Garant für einen stabilen Staat betrachtet, sondern auch als Mittel gegen wiederaufkommende Nationalisierungstendenzen.

Der Code *Diversität bedeutet Bereicherung* wurde nach dem Interview mit Miescher zehnmal vergeben und bildet somit die wichtigste multikulturalistische Perspektive auf die „Doppeladler-Debatte“. In der idealen politischen Gemeinschaft gibt es nach multikulturalistischer Vorstellung verschiedene nebeneinander stehende Weltanschauungen und Lebenskonzepte, die die Gesellschaft als ganze bereichern und deren Vertreterinnen und Vertreter einander respektieren und die Gesellschaft insgesamt bereichern (SCHLENKER-FISCHER 2009: 137). Zusammenfassend lässt sich der Code *Diversität bedeutet Bereicherung* auf die Erkenntnis, dass die Schweiz seit jeher ein Land mit kultureller Vielfalt ist und von dieser immer profitiert hat – was sich nun auch im Fussball erwiesen hat –, zurückführen. Dass es die Schweiz bis ins Achtelfinal der Weltmeisterschaft geschafft hat, ist für den Schweizer Fussball ein Erfolg. Es ist die auch in der Fussballmannschaft abgebildete kulturelle Vielfalt, aufgrund welcher die Schweiz neuerdings „sogar leidlich Fussball spielen“ (HOLLENSTEIN 2018: 16) kann. Zudem wird auch Kritik an der Vorstellung der Existenz

einer Mehrheitsgesellschaft mit dominantem Lebenskonzept laut, was ebenfalls ein typisch multikulturalistisches Argument ist. Die „Schweizerische Mehrheitsgesellschaft gibt es nicht“, schrieb Hollenstein im gleichen Artikel (ebd.). In anderen Artikeln ist zu lesen, dass das „Volk“ ein historisches Konstrukt (BOPP 2018: 2) und die Idee eines Staatsvolkes mit einheitlicher Kultur und Gesellschaft den Schweizerinnen und Schweizern grundsätzlich fremd sei. Im Gegensatz zu Deutschland oder anderen Ländern verstehe sich die Schweizer Gesellschaft nicht als eine Abstammungsgesellschaft und dass „unser Land bunt und recht zufällig zusammengewürfelt wurde“ (HOLLENSTEIN 2018: 16), bestreite niemand. Andere typische multikulturalistische Anliegen wie etwa die Anerkennung von Minderheiten tauchen dagegen in der Debatte kaum auf.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in der „Doppeladler-Debatte“ ein stark kommunaristisches Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft zum Ausdruck kommt. Folglich ist in der Schweiz das Ideal einer durch ihre Traditionen und Werte geeinten Gesellschaft vorherrschend. Die Reaktionen im Anschluss an das Interview mit Miescher haben allerdings auch gezeigt, dass die kulturelle Diversität – auch hervorgerufen durch die Migration – ebenfalls zum Selbstverständnis der Schweiz gehört. Gesellschaftliche Pluralität wird als Gewinn gewertet, der sich nicht nur an der Teilnahme an der Fussballweltmeisterschaft bis ins Achtelfinale, sondern in der Gesellschaft überhaupt zeigt (vgl. BAER 2018: 11; BURGNER 2018b: 36). Dank der Spieler mit Migrationshintergrund ist die Schweizer Nationalmannschaft so erfolgreich wie schon lange nicht mehr.

Multikulturalistische und liberale Argumentationsmuster halten sich mit jeweils 20,2 % und 20,7 % (s. Tab.1) in etwa die Waage. Typisch liberale Prinzipien, die in der Debatte auffallend oft auftauchen, sind beispielsweise die Betonung auf die Freiheit des Einzelnen – man könne einem Fussballspieler nicht vorschreiben, wie er zu jubeln hat (vgl. RAMMING 2018: 13) – sowie die Forderung nach einer Trennung von Politik und Sport (vgl. BOPP 2018: 2). Interessant ist, dass das Interview mit SFV-Generalsekretär Miescher, in dem er vorschlug, die Doppelbürgerschaft abzuschaffen, gewissermassen einen Wendepunkt der Debatte markiert. Sein Vorschlag wurde als „gefährlich“ und „unverhältnismässig“ (RAMMING 2018: 13) eingestuft und viele Artikel äusserten Verständnis für Xhaka und Shaqiri und bekundeten Solidarität mit ihnen. Die beiden Spieler werden trotz ihres Migrationshintergrunds als Schweizer wahrgenommen, sie gehören zur Schweizer Gesellschaft.

Nach dem Ausscheiden der Schweizer Nationalmannschaft wurde in den Zeitungen schon bald darüber debattiert, ob die „Doppeladler-Affäre“ Konsequenzen für den Schweizerischen Fussballverband SFV haben würde. Dass der Verband die politische Bedeutung des Spiels im Vorfeld nicht zur Sprache gebracht hatte und dass sein Generalsekretär Doppelbürger generell in

Frage stellte, wurde in vielen Artikeln scharf kritisiert. Es kam deshalb wenig überraschend, dass Miescher Mitte August seinen Rücktritt bekannt gab. Sein Interview wurde als Bruch mit den Fussballspielern angesehen, der nicht wiedergutzumachen war. Auch der Trainer Petković wurde bezüglich der „Doppeladler-Debatte“ zu einer öffentlichen Stellungnahme aufgefordert (WUILLEMIN 2018a). An der Pressekonferenz vom 4. September entschuldigte er sich für das Fehlverhalten an der WM. Er und das Team hätten die Angelegenheit intern aufgerollt und besprochen; so etwas wie der Doppeladler werde nicht noch einmal vorkommen (KERN 2018: 13). Überraschend war, dass nicht nur, wie zuvor angekündigt, Trainer Petković an der Pressekonferenz erschien, sondern die komplette Mannschaft. Das zeigte, dass man entschlossen war, Unklarheiten definitiv zu beseitigen, sich den unangenehmen Fragen gemeinsam als Team zu stellen und sich nach aussen transparent zu verhalten. Die Mannschaft entschuldigte sich, viele von ihnen äusserten jedoch auch ein gewisses Unverständnis darüber, dass die Geste in der Debatte danach heftig diskutiert und Xhakas und Shaqiris Leistung und Loyalität gegenüber der Schweiz derart stark angezweifelt wurden.³⁶ Diese Konferenz könnte man als Schlusspunkt der Debatte bezeichnen. Jedoch steht sie vielmehr in einer langen Reihe von Auseinandersetzungen um das Thema Zugehörigkeit und Identität, die in einer globalisierten Welt kein Ende finden und wichtig und richtig sind. „Doppeladler“ wurde Ende 2018 zum „Schweizer Wort des Jahres“³⁷ auserkoren. Das Departement für Angewandte Linguistik der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW, welches dieses Wort jährlich ermittelt, stellte fest, dass sogar in der italienischen³⁸ Sprachregion der äquivalente Ausdruck *gesto dell'aquila* (ital. Adlergeste) in den öffentlichen Medien am häufigsten auftauchte (ANGSTMANN 2018). Das zeigt, wie sehr die Bevölkerung im Jahr 2018 durch die Doppeladler-Geste bewegt war.

³⁶ Shaqiri entschuldigte sich mit einem leichten Seitenhieb auf eher konservative Fans mit den Worten: „Klar entschuldige ich mich, falls sich Leute angegriffen fühlten, die das Spiel in den Bergen schauten“ (KERN 2018: 13).

³⁷ Das „Schweizer Wort des Jahres“ muss per Definition im öffentlichen wie auch im privaten Bereich in Diskursen und Debatten Eingang gefunden haben (ANGSTMANN 2018).

³⁸ Für die französische Schweiz wurde *charge mentale* (frz. „mentale Belastung“) ermittelt (ebd.).

6. ANALYSE DER DEUTSCHEN „CAUSA-ÖZIL-DEBATTE“

Im Kapitel zum Forschungsstand wurde angenommen, dass in der deutschen Mediendebatte um die Causa Özil eine Mischung von kommunitaristischen und multikulturalistischen Argumenten zu erwarten ist, wobei kommunitaristische Bezüge vermutlich stärker vorhanden sein werden. Nach dem Codierungsdurchlauf bestätigte sich diese These. Kommunitaristische Codes überwiegen mit 51,1 % und dem Multikulturalismus zuzuordnende Codes sind mit 33,4 % vertreten (s. Tab. 2). In der deutschen Debatte widerspiegelt sich also einerseits das traditionelle kommunitaristische Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft. Andererseits lassen sich die zahlreichen multikulturellen Codierungen wahrscheinlich auf die Bürgerrechtsreformen von 2000 (vgl. ERSANILI & KOOPMANS 2012: 65) zurückführen, welche die Auffassung von Bürgerschaft und politischer Gemeinschaft beeinflusst haben. 15,5 % der codierten Segmente aus der deutschen Mediendebatte wurden dem Liberalismus zugeordnet.

Politische Theorie	Codesystem	SUBCODE	SUBCODE IN %	CODE	CODE IN %	CODES GESAMT	CODES GESAMT IN %
Liberalismus	Gleichheit					54	15.5%
	Gleichheit für Inklusion (Kongruenz Bev. & Stimmberechtigten)	0					
	Gleichbehandlung	0					
	Freiheit						
	pos. Freiheit: Gemeins Meinungsfreiheit Selbstregierung Besitz	5	1.4%	11	3.2%		
	neg. Freiheit: Abwesenheit v. Herrschaft	6	1.4%				
	Gerechtigkeit	2	0.6%	2	0.6%		
	starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	8	2.3%	8	2.3%		
	Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten	11	3.2%	11	3.2%		
	liberale Bürgerschaft						
	Gesetze achten	1	0.3%				
Steuern zahlen	2	0.6%	22	6.3%			
Vernunft	4	1.2%					
minimale Verantwortungsübernahme	15	4.3%					
Kommunitarismus	kommunitaristische Kritik am Liberalismus					178	51.1%
	fehlende Zivilkultur --> zerstört der Demokratie, pol Apathie	1	0.3%	9	2.6%		
	Verfolgung von Eigeninteresse	8	2.3%				
	Mensch als autonomes Subjekt	0					
	Gemeinschaft						
	starke Interdependenz von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	29	8.3%				
	Fussballspieler sind Botschafter einer Nation	16	4.6%				
	Identität mit Gemeinschaft/Nation	5	1.4%				
	Individuum erwirbt seine Identität über die Gemeinschaft	2	0.6%	110	31.6%		
	Zugehörigkeit	17	4.9%				
	starker Konsens über Werte und Traditionen	24	6.9%				
	Einheit der Gemeinschaft	13	3.7%				
	Migranten schuldender Gemeinschaft Dankbarkeit	4	1.1%				
	Partizipation						
	Selbstregierung und Selbstverwaltung	0	1.1%	4	1.1%		
Bürger: starkes Engagement in Politik und Zivilgesellschaft	4						
kommunitaristische Bürgerschaft							
Solidarität ("Bürgersinn")	10	2.9%	55	15.8%			
Loyalität gegenüber der Nation	44	12.6%					
Kooperation	1	0.3%					
Multikulturalismus	multikulturalistische Kritik					116	33.4%
	am Liberalismus: Universalismus "Differenzblindheit"	1	0.3%	15	4.3%		
	an Nationalisierungsprozessen: Dominanz der Mehrheitskultur	14	4.0%				
	multikultureller Staat						
	Diversität bedeutet Bereicherung	13	4.9%				
	Anti-Diskriminierung	24	6.9%				
	Gleichheit aller ethnokulturellen Gruppen	12	3.4%	53	15.2%		
	Repräsentation von Minderheiten in staatlichen Institutionen	4	1.1%				
	starke Machtteilung: Föderalismus, Konkordanz	0					
	Anerkennung von ethnokulturellen Gruppen						
	hohe Selbstverwaltung von Minderheiten	0					
	Anerkennung von Minderheiten	14	4.0%	15	4.3%		
	Recht auf staatliche Fördermassnahmen: Bildung, Medien, Arbeit	1	0.3%				
	multikulturelle Bürgerschaft "interkulturelle Bürger"						
Offenheit, neugierig auf andere Menschen und Kulturen	3	0.9%					
positive Haltung gegenüber Diversität	4	0.6%	33	9.5%			
Dialog, Deliberation	26	7.5%					
interkultureller Austausch	0						
SUMME		348	100%	348	100%	348	100%

Tabelle 2: Verteilung der Ober- und Unterkategorien bzw. Codes für die deutsche Debatte über die Causa Özil (Artikel gesamt: 64).

Bei genauerem Hinschauen sind es die Codes *liberale Bürgerschaft* und *Freiheit*, welche im Liberalismus am meisten vergeben wurden. Im Folgenden wird nun analog zur Schweizer Debatte vorgegangen. Die Ereignisse werden chronologisch dargestellt, wobei sie jeweils anhand der Codierungen interpretiert werden. Dieses Kapitel zielt zudem auf einen Vergleich zwischen der Schweizer Debatte um den Doppeladler und der deutschen Debatte um die Causa Özil ab. Deshalb wurde versucht, an einigen Stellen Bezüge zur Schweizer Berichterstattung herzustellen.

Da sie 2014 in Brasilien die Weltmeisterschaft gewonnen hatte, galt die deutsche Fussballnationalmannschaft 2018 als Titelverteidiger. Entsprechend wurde die in Russland stattfindende Weltmeisterschaft in Deutschland mit Spannung erwartet. Obwohl sich die Mannschaft in den Vorrunden überdeutlich für ihre Teilnahme qualifizierte,³⁹ liessen viele Artikel im Vorfeld der

³⁹ In der Vorrunde gewann Deutschland alle zehn Qualifikationsspiele (FRITSCH 2018b).

WM Zweifel darüber aufkommen, ob das deutsche Team tatsächlich als Favorit in die Spiele einsteigen würde. Zum einen waren verschiedene Spieler über längere Zeit hinweg verletzt, zum anderen wurden einige nicht als leistungsstark eingestuft, vor allem aber lastete ein delikater Vorfall auf dem Team (FRITSCH 2018b).

Am 14. Mai 2018 – wenige Wochen vor dem Beginn der Weltmeisterschaft – liessen sich nämlich die deutschen Spieler Ilkay Gündoğan und Mesut Özil in London bei einem Treffen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan fotografieren. Gemäss einem Artikel der FAZ handelte es sich um eine Benefizveranstaltung einer türkischen Stiftung, welche Stipendien an türkische Studierende für ein Auslandsstudium vergibt (ASHELM 2018a). Auf den Fotos ist zu sehen, wie Gündoğan und Özil, die in Deutschland aufgewachsen sind und deren Eltern aus der Türkei stammen, ihre Fussballtrikots mit einer Widmung und ihrer Unterschrift dem türkischen Präsidenten überreichen.⁴⁰ Zusammen mit einem weiteren türkischstämmigen Spieler namens Cenk Tosun⁴¹ wurden so mehrere Fotos mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan, Gündoğan und Özil aufgenommen und von Erdoğan's Partei AKP ins Netz gestellt. Laut Informationen desselben Artikels befand sich der türkische Präsident zu diesem Zeitpunkt auf Wahlkampfturnee in England. Die Wahlen, an denen sich auch im Ausland lebende Türkinnen und Türken beteiligen können, sollten am 24. Juni 2018 stattfinden (ebd.). Auf dem Trikot, das der Spieler Gündoğan dem Präsidenten überreichte, stand auf Türkisch handschriftlich geschrieben: „Für meinen verehrten Präsidenten – hochachtungsvoll“ (REICHEL 2018b). In anderen Artikeln findet sich eine leicht andere Version der deutschen Übersetzung: „Respekt an meinen Präsidenten der Republik“ (ASHELM 2018a). Özil dagegen überreichte dem Präsidenten das Trikot seines englischen Fussballclubs Arsenal ohne Widmung oder Unterschrift. Allerdings gab er auf Twitter zeitgleich bekannt, dass er sich „in guter Gesellschaft“ befinde.⁴² Über seiner Botschaft war ein weiteres Foto des Anlasses zu sehen (ebd.).

Die Fotos wurden in zahlreichen deutschen Tageszeitungen und in Online-Medien kritisiert. Ähnlich wie in der Schweiz entwickelte sich rasch eine hitzige Debatte über das Verhalten der

⁴⁰ Im Anhang befindet sich das Foto.

⁴¹ Cenk Tosun hat wie Özil und Gündoğan einen türkischen Migrationshintergrund und wurde in Deutschland geboren. Er spielte eine Zeit lang in der deutschen Jungnationalmannschaft, worauf er 2011 in die türkische Nationalmannschaft wechselte. Anfang 2018 wurde er beim englischen Fussballclub FC Everton unter Vertrag genommen. Tosun besitzt sowohl die deutsche als auch die türkische Staatsbürgerschaft (FC EVERTON 2018).

⁴² Auf Özils Twitterkanal ist ersichtlich, dass er sich nicht zum ersten Mal mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan getroffen hat. Es sind mehrere Fotos vorhanden, die ihn und Erdoğan bei verschiedenen Anlässen zeigen. Oft überreicht Özil dem Präsidenten ein Trikot des jeweiligen Fussballclubs, indem er gerade spielte (KRAUSE u. a. 2018). Allerdings nahm Özil zuvor kaum auf derart brisante Weise Stellung (er befinde sich „in guter Gesellschaft“) zum türkischen Präsidenten.

beiden Spieler Özil und Gündoğan. Auch zahlreiche Politiker meldeten sich zu Wort und verurteilten die Aktion der beiden. Besonders häufig wurde der Grüne Politiker Cem Özdemir zitiert, der ebenfalls türkische Wurzeln hat:

„Der Bundespräsident eines deutschen Fußballnationalspielers heisst Frank-Walter Steinmeier, die Bundeskanzlerin Angela Merkel und das Parlament heisst Deutscher Bundestag und sitzt in Berlin, nicht in Ankara. Anstatt Erdoğan diese geschmacklose Wahlkampfhilfe zu leisten, wünsche ich mir von den Spielern, dass sie sich aufs Fußballspielen konzentrieren und noch einmal die Begriffe Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nachschlagen.“ (ASHELM 2018a)

Dieser Satz bringt den Kern der Sache gut zum Ausdruck. Das Foto zweier deutscher Fußballspieler mit dem türkischen Präsidenten so kurz vor einer Fussballweltmeisterschaft, in der die deutsche Mannschaft den Titel verteidigen musste, während Erdoğan auf Wahlkampfturnee durch Europa unterwegs war, wurde als Verrat oder sogar als „Verbrechen“ (SPOERR 2018a: 19) gegenüber Deutschland wahrgenommen. Özil und Gündoğan wurden durch ihre Aktion – ähnlich wie Xhaka und Shaqiri – der Illoyalität ihrem Land gegenüber bezichtigt. Der kommunitaristische Code *Loyalität gegenüber der Nation* wurde über die gesamte Debatte hinweg insgesamt 44-mal vergeben und führt mit 12,6 % die Spitze der Debatte an (vgl. Tab. 2). Die Loyalität zu Deutschland stellt somit einen elementaren Bestandteil des deutschen Bürgerschaftsverständnisses dar. Doch ebendieses Selbstverständnis haben Gündoğan und Özil mit ihrer Fotoaktion scheinbar so gründlich missachtet, dass sie nicht nur bei Fussballfans, sondern bei grossen Teilen der deutschen Bevölkerung eine regelrechte Empörung ausgelöst haben, was sich aus den Zeitungsberichten herauslesen lässt. „Herr Erdoğan, geben Sie das Shirt zurück! Es gehört Steinmaier“, übertitelte beispielsweise die *Welt* einen ihrer Artikel (ebd.) und reihte sich damit in das Verständnis des obigen Zitats ein, wonach nicht der türkische Präsident Erdoğan – wie Gündoğan auf sein Trikot schrieb –, sondern Steinmeier der Präsident von Gündoğan und Özil sei. Es scheint in Deutschland eine Auffassung zu geben, wonach Menschen prinzipiell nur einer einzigen politischen Gemeinschaft angehören können und somit auch nur einem einzigen Politiksystem samt seinen Politikerinnen und Politikern unterstellt sind, wie es in Özdemirs Aussage, einem Grünen-Politiker, zum Ausdruck kommt: „Der Bundespräsident eines deutschen Fußballnationalspielers heisst Frank-Walter Steinmeier, die Bundeskanzlerin Angela Merkel und das Parlament heisst Deutscher Bundestag und sitzt in Berlin, nicht in Ankara“ (ebd.). Auch in anderen Artikeln ist von „Landesverrat“ zu lesen, der „nur die Höchststrafe als Antwort haben kann: Desintegration“ (GORRIS 2018: 38). Dies veranschaulicht noch einmal die enorme Bedeutung, die der Treue zu Deutschland zugemessen wird. Für den *Spiegel*-Journalisten Gorris taugen Özil und Gündoğan nach diesem Foto mit dem türkischen Präsidenten nicht mehr als Integrationsvorbilder, weshalb man sie desintegrieren müsse

(ebd.). Was genauer darunter zu verstehen ist, führt er nicht weiter aus; unmissverständlich aber ist seine Forderung, dass Özil und Gündoğan nicht mehr länger Teil der Gesellschaft sein sollen. Gorris fügt an, dass zumindest Özil ohnehin nie ein gutes Beispiel von gelungener Integration gewesen sei, da er „zwar einen deutschen Pass besitzt, das Land aber längst verlassen hat“ (ebd.) und die meiste Zeit in England und auf Yachten im Mittelmeer verbringe.

Wie sehr die Vorstellung von Mehrfachzugehörigkeiten irritiert, wird an der Auffassung ersichtlich, dass diese Aktion exemplarisch die Schwierigkeiten vor Augen führe, die Mehrfachzugehörigkeiten mit sich bringen. Auch wenn ein Fussballer gleichzeitig bei zwei regionalen Fussballvereinen zugleich spielt, würde seine Loyalität zu den jeweiligen Vereinen bezweifelt, meint *Welt*-Korrespondent Leubecher und folgt daraus: „Auf der ungleich bedeutsameren Ebene des Staats sollen deshalb doppelte Zugehörigkeiten begrenzt bleiben. Zum deutschen Staatsangehörigkeitsrecht gehört der Grundgedanke, das Entstehen von Mehrstaatigkeit zu vermeiden“ (LEUBECHER 2018a: 5). Ansonsten gerieten Doppelstaatler in Loyalitätskonflikte. Ein vergleichbares Statement hat Schweizer Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in der Debatte zur Doppeladler-Geste abgegeben. Ähnlich wie sie als Walliserin in Genf Politik gemacht habe, hätten Xhaka und Shaqiri für die Schweiz Tore geschossen, obwohl sie aus einem anderen Land stammen (MARTI 2018: 4). Das zeigt, wie unterschiedlich Doppelzugehörigkeiten bewertet werden. Was in der Schweiz auf der politischen Ebene keine Umstände bereitet und folglich im Fussball keine Rolle spielen sollte, wird in Deutschland auf Fussballebene – zumindest in der veröffentlichten Meinung – als problematisch betrachtet und sollte erst recht nicht im politischen System durchgesetzt werden. In beiden Fällen ist aber interessant, dass von einem Sachverhalt Rückschlüsse auf andere Tatbestände gezogen und dass die beiden Bereiche Politik und Sport in ein enges Wechselverhältnis gesetzt werden.

Nicht wenige Politikerinnen und Politiker vom konservativen bis hin zum liberalen Spektrum fordern ein „klares Bekenntnis zu Deutschland“ (STRATEN 2018: 12). Bei Vertretern der populistischen Partei AFD (Alternativen für Deutschland) löst das Foto mit Erdoğan besonders viel Unverständnis aus. Gündoğan und Özil wird der Nationalstolz abgesprochen und sie werden zum Rücktritt aus der deutschen Mannschaft aufgefordert. Hier muss angefügt werden, dass das Trikot, das die beiden dem türkischen Präsidenten geschenkt hatten, nicht das der deutschen Nationalmannschaft war, sondern das ihrer *englischen* Vereine Manchester City bzw. FC Arsenal. Trotzdem wurden sie dabei als Spieler und Vertreter der *deutschen* Nationalmannschaft wahrgenommen.

Stein des Anstosses war in der Debatte vor allem der Umstand, dass der türkische Präsident Erdoğan, wie die Wahrnehmung vieler Artikel bezeugt, eindeutig als Autokrat gilt. „Erdoğan ist

ein Autokrat, er baut einen autoritären Staat auf“, heisst es beispielsweise in der ZEIT (SPILLER 2018b). An weiteren Stellen ist über Erdoğan etwa zu lesen, er sei ein „Undemokrat von Staatshof“ (HILDEBRANDT 2018c: 10), „der Böse vom Bosphorus“⁴³, ein „Igitt-Politiker“ (VÖLKER 2018: 19) und „Feind“ (GORRIS 2018: 38). Erdoğan verkörpert quasi eine Antithese zu Deutschland und wird ausnahmslos als *Persona non grata* hingestellt.

Zudem besteht ein starker Konsens über die deutschen Werte und Normen, die Gündoğan und Özil durch ihre Aktion missachtet oder zumindest in Frage gestellt zu haben scheinen. In der Debatte wurde der Code *starker Konsens über Werte und Tradition* insgesamt 24-mal vergeben; demnach nicht ganz so häufig wie die Kategorie *Loyalität zur Nation*, doch bildet er innerhalb der kommunitaristischen Codierung einen wichtigen Bestandteil (vgl. Tab. 2). Dieser Konsens über die deutschen Werte und Leitprinzipien bildet die Basis der deutschen Gesellschaft (vgl. HILL 2018c: 23; UNFRIED 2018: 2). Am häufigsten werden Medien- und Meinungsfreiheit als Werte aufgeführt, die Erdoğan, der „deutsche und türkische Journalisten ohne Anklage ins Gefängnis geworfen hat, weil sie Kritik an ihm übten“, mit seiner Politik in der Türkei „nahezu ausgelöscht“ (REICHELT u. a. 2018a: 2) habe.⁴⁴ Weiter werden Werte wie Rechtsstaatlichkeit, die Achtung des deutschen Grundgesetzes und Menschenrechte, Freiheit und Toleranz genannt. Das sind alles Werte, die sich stark am Liberalismus und seinen Freiheits- und Gleichheitsprinzipien orientieren. Erdoğan hingegen hebt die Gewaltenteilung aus und regiert die Türkei autoritär (vgl. SCHNEIDER 2018: 7; FISCHER 2018: 13; HILL 2018c: 23).

Der Vorwurf, dass sich Özil und Gündoğan vom türkischen Präsidenten für dessen Wahlkampf missbrauchen liessen, taucht in der Debatte ebenfalls oft auf. Dabei handelt es sich ebenfalls um ein kommunitaristisches Argumentationsmuster, da sie dadurch implizit verdächtigt werden, für Erdoğan Partei ergriffen zu haben. Dass sich Özil und Gündoğan politisch instrumentalisieren liessen, scheint weit schwerer zu wiegen, als dass sie die Nationalhymne vor den Spielen anscheinend nicht mitsingen (vgl. MÜLLER & WALLRODT 2018: 18). Der Gewinner dieser Fotoaktion in London ist gemäss den meisten Artikeln Erdoğan: „Die Fotos mit Özil und Gündoğan sind in Erdogans Kampf für den Umbau der Türkei zu einem Präsidialsystem willkommen“ (SPOERR 2018a: 19). Aber nicht nur der türkische Präsident wird laut den Artikeln die hitzige Debatte für sich ausnutzen. Es wird auch befürchtet, dass die populistische Partei AFD daraus Kapital schlagen wird, da – wie bereits Jörn König – deren Vorsitzende Alice Weidel Özil und Gündoğan dazu angehalten hat, für die Türkei zu spielen (FRITSCH 2018c). Die junge Partei könnte versuchen, sich

⁴³ Die Bezeichnung „der Böse vom Bosphorus“ ist nicht ganz ernst gemeint. Die Ironie der Formulierung wird allerdings erst aus dem gesamten Kontext des in der taz erschienenen Artikels ersichtlich (VÖLKER 2018: 19).

⁴⁴ Es überrascht wohl kaum, dass ausgerechnet Journalistinnen und Journalisten die Meinungs- und Pressefreiheit besonders oft in der Debatte erwähnen und dies als zentralen Leitsatz der deutschen Demokratie herausstreichen.

mit solchen Aussagen zu profilieren, wie Fritsch zu bedenken gibt (ebd.). Ein solche drastische Aufforderung von Seiten der Politik findet sich in der Schweizer Debatten nicht.

Auch der Präsident des deutschen Fussballverbundes DFB liess verlauten, dass man die besondere Situation der Spieler mit Migrationshintergrund zwar respektiere, der Verband aber für Werte stehe, die von „Herrn Erdogan nicht hinreichend beachtet werden“ (ebd.). Folglich hätten Özil und Gündoğan durch ihre Aktion mit dem türkischen Präsidenten nicht nur nationale Werte missachtet, sondern auch diejenigen, für die der Verband stehe, und hätten dadurch einen Imageschaden verursacht. Das wurde missbilligt, weil sich der deutsche Fussballverband zeitgleich zur Weltmeisterschaft für die Austragung der Europameisterschaft 2024 bewarb, wobei sein türkisches Pendant *Türkiye Futbol Federasyonu* dabei einen Konkurrenten darstellte.⁴⁵ Präsident Grindel forderte von Özil und Gündoğan daher eine Entschuldigung (ASHELM 2018a). Dagegen nahm Bierhoff, Teammanager der deutschen Fussballmannschaft, Özil und Gündoğan in Schutz, indem er meinte, dass sich die beiden der Symbolik und Bedeutung des Fotos nicht bewusst gewesen seien. Trotz des Fotos würden sie an der Weltmeisterschaft im deutschen Nationalteam auflaufen. An ihrem Bekenntnis, für die deutsche Nationalmannschaft spielen zu wollen und sich mit den deutschen Werten identifizieren, habe er keinen Zweifel (Kistner 2018a: 19). Eine öffentliche Entschuldigung erübrigte sich für Bierhoff. Diese beiden unterschiedlichen Aussagen der Verbandsspitze lassen vermuten, dass sich der DFB nicht darüber einig war, wie man auf die Fotos reagieren sollte.

Gündoğan bezog am Folgetag sogleich in einer Pressemitteilung Stellung und liess verlauten, dass er aus „Rücksicht vor den derzeit schwierigen Beziehungen unserer beiden Länder“ das Bild nur in den sozialen Medien veröffentlicht habe und dass er und Özil aus Respekt gegenüber dem Amt des Präsidenten und ihren türkischen Wurzeln sich „für die Geste der Höflichkeit entschieden haben“ (ASHELM 2018b). Dies zeigt, dass zumindest Gündoğan sich der aussenpolitischen Verhältnisse zwischen der Türkei und Deutschland und den Konsequenzen eines solchen Fotos teilweise bewusst war. Tatsächlich weist die Debatte über den innenpolitischen Rahmen hinaus. Infolge der Inhaftierung deutsch-türkischer Journalistinnen und Journalisten sowie Kulturschaffender in der Türkei sind die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei seit Jahren angespannt. Mit wachsender Sorge werden in Deutschland die zunehmend autoritären Züge der türkischen Politik betrachtet. Andererseits ist das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei von 2016 ein wichtiger Garant dafür, die Fluchtbewegungen aus Syrien nach Europa zu kontrollieren, woran Deutschland neben der Europäischen Union besonders interessiert ist. Die Türkei stellt für

⁴⁵ Im September – nach der Debatte um die Causa Özil – entschied sich die UEFA für Deutschland als Gastgeber der Europameisterschaft 2024 (CÖLN 2018a).

Deutschland zurzeit einen wichtigen Handelspartner dar (AUSWÄRTIGES AMT DEUTSCHLAND 2018).⁴⁶ Obwohl Gündoğan das Bild nicht als politischen Akt verstanden wissen wollte, wird aus vielen Artikel ersichtlich, dass es aber genau so aufgefasst wurde. Man zeigte wenig Verständnis dafür; und angesichts der Tatsache, dass sich Präsident Erdoğan auf Wahlkampfturnee in Europa befand, erachteten viele das Foto als Beleg für eine Parteinahme für Erdoğan. Beim letzten Testspiel vor der Weltmeisterschaft gegen Saudi-Arabien vom 7. Juni wurde Gündoğan wegen dieses Statements und des Bilds mit Erdoğan von den deutschen Fans ausgepöbeln (FRITSCH 2018b).

Ein weiteres typisches kommunitaristisches Prinzip, welches in der Debatte um die Causa Özil oft vorkommt, ist die enge Interdependenz von Politik und anderen Gesellschaftsbereichen. Der Code *starke Interdependenz von Politik und Gesellschaft* wurde für diese Debatte 29-mal zu passenden Textstellen zugeteilt. Dass Sport und Politik in einem engen Wechselverhältnis stehen, wird in der deutschen Fussballdebatte im Gegensatz zur Schweizer Debatte um den Doppeladler kaum in Frage gestellt; und wenn es doch getan wird, dann wird dies mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. So schreibt die taz in einem ihrer Artikel:

„Es ist schon verblüffend, mit welcher Hartnäckigkeit sich dieses Vorurteil hält: Der Sport sei unpolitisch, ja, Sport und Politik verhielten sich wie Wasser und Öl. [...] Aber damit verbreiten sie natürlich den allergrössten Unsinn. Sport und Politik, das sind die siamesischen Zwillinge der Populärkultur. [...] [D]er unpolitische Nationalspieler ist natürlich nur ein Konstrukt.“
(VÖLKER 2018: 19).

Insofern zeigt der Artikel ein gewisses Verständnis für Özil und Gündoğan und betrachtet es als selbstredend, dass Fussballer sich politisch äussern, obwohl die taz das Foto mit dem türkischen Präsidenten aufgrund der autoritären Züge der türkischen Politik ebenfalls verurteilt (ebd.). Weiter wird die deutsche Nationalmannschaft zum Abbild der deutschen Gesellschaft stilisiert und dient so als Projektionsfläche, anhand derer gesellschaftliche Konflikte diskutiert werden. So steht in einem Artikel geschrieben, dass die Nationalmannschaft den „Zustand der Gesellschaft“ (KÄMMERLINGS 2018: 18), ihren Fortschritt, aber auch die gesellschaftliche Stagnation und Rückschritt widerspiegeln.

Zudem lassen viele Artikel vermuten, dass dem Fussball in Deutschland eine hohe gesellschaftspolitische Relevanz zugewiesen wird. Fussball hat eine gesellschaftliche Funktion, weil in diesem Sport Menschen „über alle Unterschiede hinweg“ zusammengebraucht werden, und so der

⁴⁶ Für eine detailliertere Beschreibung der deutschen Aussenbeziehungen zur Türkei, siehe Webseite des europäischen Parlaments über das Abkommen mit der Türkei (CORRADO 2018).

„gesellschaftliche[] Zusammenhalt“ (JAEGER 2018) gestärkt wird. Fussball folge überall den gleichen Regeln, fördere die Begegnung, schaffe Verständigung und baue „wechselseitige Vorurteile im gemeinsamen Erleben ab“ (ebd.). Dem Fussball wird zusätzlich eine gesellschaftlich-integrative Kraft zugeschrieben. Dies ist zwar auch in der Schweizer Debatte der Fall (vgl. BINGESSER 2018c: 11), allerdings wird dies dort seltener als in der deutschen Fussballdebatte hervorgehoben. Zur Untermauerung dieses Zusammenhangs werden in den Artikeln der deutschen Tageszeitungen oft Forschende und Expertinnen und Experten zitiert. So beruft sich ein Artikel der *Welt* auf die Aussage des Sportwissenschaftlers Silvester Stahl, dem zufolge die Art und Weise, wie man über die Integration von Minderheiten in Deutschland spricht, wesentlich vom Erfolg der deutschen Nationalmannschaft abhängt (JAEGER 2018). Ferner scheinen auch parteiliche Machtkämpfe vom Erfolg der Nationalmannschaft abhängig zu sein. ZEIT-Korrespondent Fritsch schreibt noch vor dem Beginn der Weltmeisterschaften, dass die deutsche Nationalmannschaft um „die Akzeptanz des multiethnischen Deutschlands“ (FRITSCH 2018c) spiele. Es gehe darum, dass die Partei der AFD aus einer möglichen Niederlage der Mannschaft Kapital schlagen und „ihre Themen durchzusetzen und ihre Haltung mehrheitsfähig“ machen würde. „Viel wird in dieser Frage vom sportlichen Erfolg abhängen“, meint Fritsch weiter (ebd.). Dahinter steckt die Befürchtung, dass nationalistische Kräfte an Zulauf gewinnen und der Zusammenhalt des Landes gefährdet sei. Ein Artikel im *Spiegel* warnt davor, die Bedeutsamkeit von Fussball zu unterschätzen, „erst recht nicht, wenn es das einzige nationale Heiligtum zu sein scheint, das in diesen wilden, unruhigen Zeiten übrig geblieben ist und auf das sich alle einigen können, voller Stolz und Hingabe“ (GORRIS 2018: 38). Dem Fussball wird auch hier eine gesellschaftseinigende, sozial-integrative Funktion attestiert, welche durch das Foto von Gündoğan und Özil mit dem türkischen Präsidenten in Frage gestellt wurde.

Der Subcode *Fussballspieler sind Botschafter der Nation* kommt in der ganzen Debatte insgesamt 16-mal vor. Dementsprechend ist die kommunitaristische Vorstellung, dass Nationalfussballspieler eine Art Diplomatenstatus innehaben und das Land und seine Werte auf der internationalen Fussballbühne vertreten, ähnlich wie in der Schweiz auch in Deutschland ein gängiges Konstrukt. „In der Nationalelf repräsentiert jeder Spieler nicht nur seine Person, sondern zugleich die Werte unserer Nation“ (WOLFFSOHN 2018), schreibt beispielsweise die Bild-Zeitung. Hingegen weniger Thema in der Schweizer Debatte ist die Vorstellung, dass Fussballer nicht nur gegen ausen Botschafter einer Nation sind, sondern auch gegenüber der inneren Gemeinschaft eine repräsentative Rolle übernehmen. Gündoğan und Özil stehen stellvertretend für eine gelungene Integration von Minderheiten innerhalb Deutschlands bzw. symbolisch für die erfolgreiche Migrationspolitik des deutschen Staates. Zu erkennen ist das an Bemerkungen wie etwa derjenigen aus einem

Artikel der *Welt*, dem zufolge die beiden Spieler „bislang wie Blaupausen für erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund“ gestanden haben (MÜLLER & WALLRODT 2018: 18). Zudem zeichne die Mannschaft durch ihre Mitspieler mit Migrationshintergrund ein „Bild von einem bunten, weltoffenen Deutschland“ (HERMANN 2018b: 3). Andererseits gelten die beiden als Vorbilder für die nächste Generation, wie etwa folgende Passage zeigt: „Nationalspieler sind Vorbilder, gerade auch für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ (POSCHARDT 2018: 1). Özil scheint zudem für viele eine besonders starke Identifikationsfigur gewesen zu sein; auch für solche, die keinen Migrationshintergrund haben, wie folgender Textausschnitt zeigt: „Özil hat es auf seine Art und Weise geschafft, dass auch biodeutsche⁴⁷ Kinder und Erwachsene Trikots mit seinem türkischen Namen tragen“ (GÖKKAYA 2018). Teilweise wird diese Botschafterrolle von Fußballspielern aber auch kritisch hinterfragt. Die Gefahr einer politischen Instrumentalisierung liegt laut ZEIT-Korrespondent Soboczynski dann vor, wenn Fußballspieler „zum Zwecke der Weltoffenheit und Toleranz“ (SOBOCZYNSKI 2018: 3) ausgenutzt werden. Das widerfährt seiner Meinung nach vor allem Fußballern mit Migrationshintergrund, die „besonders wertvolle Botschafter eines heiteren Deutschlands“ sein müssten (ebd.). Zuwanderungskinder werden demnach absichtlich auserwählt, „um das historisch belastete Selbstbild der Nation für die Einheimischen aufzuhellen“ (ebd.). Damit nimmt er Bezug auf eine Begebenheit aus dem Jahr 2010, als Bundeskanzlerin Merkel während der Weltmeisterschaft in Südafrika die deutsche Fußballmannschaft in der Umkleidekabine besuchte und Özil zum Sieg gegen Argentinien gratulierte. Viele Beobachter kritisierten die Szene dahingehend, dass Merkel Özil als Integrationsvorbild nutze, um ein vorteilhaftes Licht auf ihre Politik zu werfen. Kurz darauf erhielt Özil den deutschen Medienpreis für Integration (vgl. ebd.; VOSS 2018: 30). Zudem wird kritisiert, dass den Fußballern oft nicht die Wahl gelassen werde, diese Botschafterrolle anzunehmen oder nicht, selbst wenn sie mit Politik nichts zu tun haben wollen (BABAYIĞIT 2018: 4).

Wie bereits erwähnt, hat sich Gündoğan zum Foto mit dem türkischen Präsidenten noch am Tag seiner Entstehung geäußert. Özil hingegen bezog keine Stellungnahme, was viele als irritierend empfanden. Sein „stures Schweigen“ wurde dahingehend interpretiert, dass er sich an der demokratischen Debatte nicht beteiligen wolle oder zur kritischen Reflexion seines Verhaltens nicht fähig sei (vgl. WARMBRUNN 2018: 20; HILDEBRANDT 2018a: 4). Am 19. Mai, fünf Tage nach der Begegnung mit Präsident Erdoğan, trafen Özil und Gündoğan auf eigenen Wunsch den deutschen Bundespräsidenten Steinmeier zu einem klärenden Gespräch. Die Öffentlichkeit hatte im

⁴⁷ Laut Duden bezeichnet der Ausdruck „biodeutsch“ einen Menschen deutscher Abstammung, der in Deutschland lebt. Das Wort wird meist ironisch verwendet (vgl. DUDEN 2018; FETSCHER 2015).

Vorfeld nichts über diese Zusammenkunft erfahren, allerdings interviewte die ZEIT rund drei Wochen später den Bundespräsidenten diesbezüglich. Dabei liess dieser seine Überzeugung verlauten, dass Gündoğan und Özil erkannt hätten, dass es gut für sie sei, „sich zu diesem deutschen Staat und ihrem loyalen Verhältnis zu ihm zu bekennen und das entstandene Bild zu korrigieren“ (HILDEBRANDT 2018a: 4). Auf den kritischen Einwand der ZEIT-Korrespondentin, dass dies nicht wirklich gelungen sei, da sich Özil bislang nicht geäußert habe, erwiderte Steinmeier, dass Menschen oft an ihren Feindbilder festhängen und dies den Alltag übersichtlicher mache (ebd.). Er wich der Frage also aus. Auf seiner Facebook-Seite äusserte der Bundespräsident die Erkenntnis, dass es Heimat auch im Plural geben könne und bezog sich auf das Gespräch mit der ZEIT. Folglich könne ein Mensch in mehreren Ländern beheimatet sein. Der Bundespräsident äusserte sich also verständnisvoll hinsichtlich der beiden, doch für viele Politikerinnen und Politiker blieb das Foto mit Erdoğan weiterhin problematisch (HILDEBRANDT 2018b).

Anfang Juni wurde bekannt, dass weder Gündoğan noch Özil einen türkischen Pass besitzen, sondern nur die deutsche Staatsbürgerschaft. Hier ist eine Parallele zur Schweizer Debatte ersichtlich, insofern auch Xhaka kein Doppelbürger ist und nur einen Schweizer Pass hat. Ähnlich wie in der Schweizer Debatte scheint dieser Umstand auch in der deutschen für zusätzliche Verwirrung gesorgt zu haben. „So erscheint die Trikot-Werbung für den Autokraten Erdoğan umso widersprüchlicher – und bleibt heikel“, schrieb beispielsweise die Bild-Zeitung (REICHELDT 2018b). Anstatt es für möglich zu halten, dass Zugehörigkeiten nicht alleine durch formelle Staatsmitgliedschaft definiert werden bzw. Menschen mit Migrationshintergrund sich zu mehreren Ländern zugehörig fühlen können, wird dies gar als Anlass genommen, umso mehr an der Loyalität von Özil und Gündoğan zu zweifeln (vgl. HORENI 2018b).

An der letzten Pressekonferenz vor dem ersten Spiel an der Weltmeisterschaft gegen Mexiko äusserte sich Gündoğan nochmals zum Foto mit dem türkischen Präsidenten: Er sei von den heftigen Reaktionen und Beleidigungen sehr getroffen gewesen, gab sich offen für Kritik, forderte aber aufgrund ihres Migrationshintergrundes auch Verständnis für ihn und Özil ein:

„Genau dafür fühle ich mich privilegiert, in Deutschland geboren und aufgewachsen zu sein. Aber beleidigen lassen will ich mich auch nicht. [...] Wir haben aufgrund unserer türkischen Wurzeln noch einen sehr starken Bezug zur Türkei. Das heißt aber nicht, dass wir jemals behauptet hätten, Herr Steinmeier sei nicht unser Bundespräsident oder Frau Merkel nicht unsere Bundeskanzlerin.“ (WALLRODT 2018a).

Özil und er hätten niemals ein politisches Statement setzen wollen. Im Gespräch mit dem deutschen Bundespräsidenten Steinmeier hätten die beiden erklärt, dass sie voll hinter den Werten stehen, die in Deutschland gelebt werden. Von nun an möchte er möglichst rasch zur Normalität

zurückkehren und sich auf das Fussballspielen konzentrieren (ebd.) Özil wiederum erschien nicht an der Pressekonferenz und verweigerte die Stellungnahme trotz mehrfacher Aufforderung. Dies fiel erneut negativ auf und wurde beispielsweise von der Bild als egoistisches Verhalten wahrgenommen: „Dass Mesut Özil mit seinem beharrlichen Schweigen partout nicht bereit ist, daran etwas zu ändern, zeigt allzu offensichtlich, dass er letztlich nur an sich denkt“ (DRAXLER 2018). Teammanager Bierhoff wie auch der Trainer der Mannschaft Joachim Löw versuchten derweil die Debatte für beendet zu erklären. Es war klar, dass sie sich von nun auf die Weltmeisterschaft konzentrieren wollten (ASHELM 2018b). Allerdings gelang dies nicht wirklich, da sich die Kritik nun nicht mehr nur auf Özil und Gündoğan beschränkte, sondern sich auch auf das Handeln des Deutschen Fussballverbands DFB ausdehnte. So wurde der Verbandsspitze vorgeworfen, es versäumt zu haben, Özil zu einer Stellungnahme zu zwingen (ebd.). Bemängelt wurde aber auch, dass die DFB-Leitung der Kritik gegen Özil und Gündoğan keine Grenzen aufgezeigt hätte, vor allem nach dem Testspiel gegen Mexiko, in dem Gündoğan ausgepfiffen worden war (RAAB 2018: 11). Da die Angriffe auf Özil und Gündoğan wie auch auf den DFB nicht abnahmen, versprach Teammanager Bierhoff, die Debatte rund um die Fotos mit dem türkischen Präsidenten auf einen Zeitpunkt nach der WM zu verschieben (MÜLLER & WALLRODT 2018: 18).

Am 17. Juni schliesslich fand das Auftaktspiel der deutschen Mannschaft an der Weltmeisterschaft in Russland statt. Nebst dem, dass die deutsche Mannschaft Titelverteidiger war, galten sie dank ihres langjährigen Trainers Löw als äusserst erfolgreiche Mannschaft. Entsprechend waren die Erwartungen hoch. Gündoğan nahm zum ersten Mal im Team der deutschen Mannschaft an einer Weltmeisterschaft teil; Özil schon zum zweiten Mal (FRITSCH 2018a). Am frühen Nachmittag des 17. Juni trat das deutsche Team gegen Mexiko an, verlor jedoch unerwartet mit 0:1. Im nächsten Spiel gegen Schweden am 23. Juni errangen sie mit Mühe und Not einen 2:1-Sieg. Im Spiel gegen Südkorea unterlag Deutschland mit 0:2 und ist so zum ersten Mal in der Geschichte bereits in der Vorrunde ausgeschieden.

Die Enttäuschung über dieses frühe Aus war gross. „Unfassbar“, kommentierte beispielsweise die Bild-Zeitung. Viele Artikel schrieben, dass der Mannschaft die Leidenschaft und der „unbedingte Wille zum Sieg“ (MAKUS u. a. 2018: 2) gefehlt habe. Der Vorwurf, dass die Mannschaft nicht zusammengehalten und jeder Spieler seine Eigeninteressen verfolgt habe, tauchte nach dem Scheitern am meisten auf. „Zu viel Ich, zu wenig Wir. [...] Einige kicken nur noch für sich“ (FRITSCH 2018a), analysierte der Sportredakteur der ZEIT. Die Vorstellung, dass jeder nur nach seinen eigenen Interessen und Bedürfnissen schaut und das grosse Ganze – bzw. seine Mannschaftskollegen – aus den Augen verliert, lässt sich in die kommunitaristische Kritik am liberalen Bürgerschaftsmodell einbetten. Die Krise der Moderne besteht laut Kommunitaristen darin, dass

der Liberalismus den Individualismus fördert. Gemäss liberalen Vorstellungen besteht die Gesellschaft aus isolierten, nur ihre Eigeninteressen verfolgenden Individuen. Laut kommunitaristischen Überzeugungen wird dadurch die Rolle der Bürgerin bzw. des Bürgers für die Öffentlichkeit negiert (vgl. DELANTY 2008). Insgesamt wurde der dazugehörige Subcode *Verfolgung von Eigeninteressen* achtmal an entsprechenden Textstellen vergeben und bildet somit ein weiteres zentrales kommunitaristisches Element des deutschen Vorstellung idealer politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft. Am 6. Juli gab Teamleiter Bierhoff gegenüber der *Welt* ein umstrittenes Interview, in dem auch er zunächst sagte, dass „zu viele Spieler mehr mit sich selber beschäftigt gewesen“ (GARTENSCHLÄGER 2018: 25) seien. Obwohl Bierhoff mehrfach betonte, dass die Affäre rund um die Fotos mit Erdoğan keine Auswirkungen auf die Mannschaft gehabt hätte, wird aus den Interviewfragen klar, dass genau dies der Grund für den fehlenden Teamgeist zu sein schien. Auf die Frage, warum der DFB zulies, dass Özil am Medientag vor dem WM-Spiel keine Stellung bezogen hatte, antwortete Bierhoff:

„Wir haben Spieler bei der deutschen Nationalmannschaft bislang noch nie zu etwas gezwungen, sondern immer versucht, sie für eine Sache zu überzeugen. Das ist uns bei Mesut [Özil, Anm. d. Verf.] nicht gelungen. Und insofern hätte man überlegen müssen, ob man sportlich auf ihn verzichtet. Aber man muss eben auch mal festhalten, dass Mesut das, was von ihm erwartet wurde, aus bestimmten und offensichtlichen Gründen so hätte nicht sagen können.“

(GARTENSCHLÄGER 2018: 25)

Bierhoffs Antwort ist ambivalent. Zum einen, weil er es rückblickend für besser befindet, wenn man Özil von der Weltmeisterschaft ausgeschlossen hätte, da dieser keine Stellung zu den Fotos mit Erdoğan bezogen hatte. Zum anderen äusserte Bierhoff aber auch Verständnis für das Ausbleiben einer Stellungnahme, indem er betonte, dass eine Entschuldigung und ein Bekenntnis zu Deutschland, wie es die Medien verlangten, für Özil nicht einfach gewesen wäre, da sich dieser zu Deutschland wie auch zur Türkei zugehörig fühle. Er verweist auf Gündoğan, der sich der Presse gestellt hat und an dessen Loyalität zu Deutschland man trotzdem weiterhin zweifelte. Bierhoffs Statement wurde jedoch von vielen dahingegen aufgefasst, dass der Verband die Verantwortung von sich wegschieben möchte. Sportjournalist Horeni schrieb in der FAZ, dass Manager Bierhoff und Trainer Löw die Verantwortung nur bei Özil abladen wollten, was „erschreckend billig und populistisch“ (HORENI 2018a: 40) wirke. Das ausgerechnet Özil, der schon für das Foto mit Erdoğan hart kritisiert wurde, nun auch noch für das Scheitern der Mannschaft verantwortlich gewesen sein soll, heizte die Debatte noch zusätzlich an. Horeni vermutete weiter, dass Özil nach diesen Worten aus der Nationalmannschaft zurücktreten würde (ebd.). Wie recht er damit hatte, sollte sich einige Tage später zeigen. Derweilen versuchte sich Bierhoff bei einer Sendung des

Zweiten Deutschen Fernsehen ZDF für die Interviewaussagen zu entschuldigen, was jedoch umso mehr den Eindruck erweckte, dass der DFB „überfordert“ und „planlos“ (MAKUS u. a. 2018: 3) agierte. Bierhoff erhielt zwei Tage später Unterstützung durch den DFB-Präsidenten Reinhard Grindel. Bierhoff habe klar gemacht, dass er seine Aussage missverstanden fühlte und es nicht seine Absicht gewesen sei, Özil für das Scheitern an der Weltmeisterschaft verantwortlich zu machen (Selldorf 2018b).

Auf den ersten Blick scheinen sich von den Interviews mit Grindel und Bierhoff wenig Parallelen zu Mieschers Interview im Kontext der Schweizer Debatte ziehen zu lassen. Doch auch in der deutschen Debatte machten Fussballfunktionäre die politisch auffällig gewordenen Spieler mit Migrationshintergrund zumindest implizit dafür mitschuldig, dass es im Team an Leidenschaft oder an Zusammenhalt gefehlt habe, dieses die Spiele deshalb verloren habe und so ausgeschieden ist. Die Interviews mit Grindel und Bierhoff stellen aber im Vergleich zur Schweizer Fussballdebatte keinen Wendepunkt in der Debatte dar. Vielmehr schien sich die eingeschlagene Argumentationsrichtung – dass man wenig Verständnis für Özil aufbrachte – zu verfestigen. Da Özil bis anhin keine Erklärung für die Aktion mit Erdoğan abgegeben hatte, wurde es immer schwieriger, aus der Situation glimpflich herauszufinden. Die so oft von ihm geforderte Stellungnahme schien sich mehr und mehr zu einem eingeforderten Schuldeingeständnis zu entwickeln. Özil blieb nichts anderes übrig, als sich entweder zu entschuldigen und sich zu Deutschland und den deutschen Werten zu bekennen oder aber weiterhin zu schweigen, was seine Entlassung aus der deutschen Nationalmannschaft hätte bedeuten können. Eine Stellungnahme ähnlich wie die von Gündoğan, in der er erklären würde, aufgrund seiner Biografie und Familie Zugehörigkeit zur Türkei zu empfinden, schien wenig aussichtsreich, da die Debatte schon weit fortgeschritten und selbst Gündoğan für eine ähnliche Erklärung gerügt worden war (vgl. DRAXLER 2018; MÜLLER & WALLRODT 2018: 18). Jedenfalls bat Grindel Özil erneut um eine Stellungnahme, da viele Fans enttäuscht gewesen seien und zu Recht Fragen an ihn gehabt hätten.

Diese Forderung nach einer Erklärung taucht über die ganze Debatte hinweg sehr häufig auf. Es scheint geradezu einen Konsens zu geben, dass der Dialog und die Deliberation von elementarer Bedeutung für die deutsche Demokratie sind. Die Unterkategorie *Dialog, Deliberation* taucht während der ganze Debatte insgesamt 26-mal auf und gehört somit zu den multikulturalistischen Codes, die am meisten vergeben wurden. Die Fähigkeit zum Austausch und zur Deliberation ist nach multikulturalistischem Bürgerschaftsverständnis eine wichtige Eigenschaft. Dialog und Austausch zwischen den Bürgern sollen helfen, sich gegenseitig besser zu verstehen. Ein Staat kann nach multikulturalistischer Auffassung nur dann längerfristig Stabilität erlangen, wenn die Bürge-

rinnen und Bürger sich über die Kultur- und Sprachgrenzen hinweg austauschen, den Dialog miteinander suchen, sodass es zu gegenseitigem Lernen und Verstehen kommt (vgl. KYMLICKA 2003: 156f.). In einem Land, in deren Zeitungen man Sätze findet wie „Streitkultur ist die beste Leitkultur“ (BECKER 2018: 105) oder „Demokratie verlangt Kritik und braucht Opposition“ (HILDEBRANDT 2018a: 4), mag Özils Schweigen daher irritieren. Sein Verhalten bzw. seine Weigerung, sich der Öffentlichkeit zu stellen und sein Handeln zu erklären, passt nicht zu dem, was von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland erwartet wird. Die Chance, sich über die kulturellen Grenzen hinweg besser zu verstehen, wurde so vertan. So ist beispielsweise in einem Artikel der *Welt* zu lesen: „Die Folgen sind klar: Ein offener Austausch wird verhindert und damit die Chance, sich gegenseitig besser zu verstehen“ (CÖLN 2018b: 3). Wie wichtig der Dialog und Austausch für die deutsche Auffassung von politischer Gemeinschaft ist, wird auch daran ersichtlich, dass die Tatsache, dass es überhaupt eine Debatte gibt, durchwegs positiv gewertet wird. „Endlich haben wir wieder eine Debatte“ (HANFELD 2018: 13), schreibt beispielsweise die FAZ. Hingegen wurde in der Schweiz die Debatte über den Doppeladler vereinzelt als „unnötig“ oder als „Dauerpalaver“ (vgl. KESSLER 2018: 20) abgetan.

Inzwischen spitzte sich die Lage für Özil weiter zu. Mitte Juli kündete Vodafone den Werbevertrag mit Özil mit der Begründung, dass dieser als Werbemodell nicht länger haltbar sei (BECKER 2018: 20). Am 22. Juli schliesslich brach Özil sein Schweigen und gab seinen Rücktritt bekannt. In einer dreiteiligen Botschaft auf Twitter, die aufgrund ihrer Länge hier nicht vollständig wiedergegeben werden kann, verteidigte er die Fotos mit Erdoğan und griff gleichzeitig den Deutschen Fussballverband an:⁴⁸ „Mit schwerem Herzen und nach langer Überlegung werde ich wegen der jüngsten Ereignisse nicht mehr für Deutschland auf internationaler Ebene spielen, so lange ich dieses Gefühl von Rassismus und Respektlosigkeit verspüre“ (REICHELT u. a. 2018a: 2). Sein Rücktritt und vor allem seine Rassismuskritik gegen den Deutschen Fussballbund wogen schwer. Die Schlagzeilen fielen fast durchweg negativ aus und griffen Özil bisweilen persönlich an. In der Bild-Zeitung etwa, die ihre Analyse von Özils Twitterbotschaft mit „Der Jammer-Rücktritt von Mesut Özil“ übertitelte, ist zu lesen, dass Özil es sich in seiner Opferrolle bequem mache, nur an sich denke und mit diesem Weltbild „gefährlich nah an Erdogan und anderen Despoten“ sei (ebd.). Andere Artikel kritisierten vornehmlich, dass er sich in seiner Botschaft noch immer nicht von den Fotos mit Erdoğan distanziert habe. Tatsächlich schrieb Özil in seiner Mitteilung, dass es darum ginge, das „höchste Amt meiner Familie zu respektieren“ (EPPELSHEIM & NEFZGER 2018),

⁴⁸ Seine Mitteilung hat Özil auf Englisch verfasst. Nachzulesen ist sie auf seinen Twitterkanal oder in verschiedenen Zeitschriften, welche die Rücktrittserklärung von der Deutschen Presseagentur dpa im Wortlaut übersetzt und veröffentlicht haben (vgl. SCHMIDT 2018; <https://twitter.com/mesutozil1088>).

und dass dies der Grund sei, warum er die Fotos mit dem türkischen Präsidenten gemacht hat. Ihm sei es um den Respekt für das Präsidentenamt gegangen und nicht um die Person Erdoğan, was viele Artikel als unglaubwürdig abtaten (ebd.). Wiederum äusserten sich viele Politikerinnen und Politiker zur Debatte, die inzwischen zur Staatsaffäre avanciert war. Der deutsche Aussenminister Heiko Maas wollte nicht glauben, dass „der Fall eines in England lebenden und arbeitenden Multimillionärs Auskunft gibt über die Integrationsfähigkeit in Deutschland“ (STRATEN 2018: 12). Maas setzte somit Özils Glaubwürdigkeit herab. Wenig überraschend liess auch Erdoğan verkünden, dass er „Özils Augen küsse“ – ihm also dankbar sei – weil er national und patriotisch gehandelt habe (HERMANN 2018a: 2). Genau wie bereits vor Özils Rücktritt bezeichneten viele Artikel Erdoğan als Gewinner der Debatte. Die Affäre um Özil spielte ihm in die Hände. Es stelle sich hier die Frage, ob Erdoğan es geschafft hat, für eine Gruppe von türkischstämmigen Deutschen die Türkei als ewiges Heimat- und Rückkehrland zu verklären, ohne dass diese wirklich zurück müssen, schreibt die FAZ (vgl. EPPELSHEIM & NEFZGER 2018). So hätten türkischstämmige Menschen in Deutschland keine Anreize, sich in die deutsche Gemeinschaft zu integrieren. Tatsächlich stellt sich hier die Frage, welche Interessen Erdoğan daran haben könnte, die Verbindung mit türkischen Emigrierenden in allen Ländern aufrechtzuerhalten. Nebst dem, dass türkische Staatsangehörige, die in Deutschland leben, berechtigt sind, an den türkischen Präsidentschaftswahlen teilzunehmen, sind die in Deutschland lebenden Tüorkinnen und Tüorken für Erdoğan vielleicht auch insofern interessant, als dass sich die Türkei aus diesen Verbindungen ökonomische Vorteile erhofft (vgl. BLATTER 2011: 782).

Der Rücktritt Özils stellt in der Debatte eine Art Zäsur dar. Obwohl dieser nicht wirklich überraschend kam, sprachen doch viele Stimmen von einem „Schock“ und der „Niederlage des Sommers 2018“ (SELLDORF 2018a: 5). Gemäss zahlreichen Artikeln zeigt er auf, wie problematisch Mehrfachzugehörigkeiten sein können. So wurde der Satz aus Özils Mitteilung „Ich habe zwei Herzen, ein deutsches und ein türkisches“ oft negativ gedeutet. Als „Wanderer zwischen den Welten“ (POSCHARDT 2018: 1) finde Özil keine Heimat. Der „binationale Zwischenbereich“ (ebd.), in dem er sich befinde, wurde als persönliche ZerreiBprobe gedeutet. Vor diesem Hintergrund schien die Forderung, wieder nur eine einzige Staatsangehörigkeit für Bürgerinnen und Bürger zuzulassen, umso nachvollziehbarer. Die kommunitaristische Vorstellung, dass Bürgerinnen und Bürger sich nur zu einem einzigen Land zugehörig fühlen und loyal sein können, schien nach Özils Rücktritt wieder häufiger aufzutauchen. Deutschland müsse seine Erwartungen klar formulieren und jeder zwischen den Kulturen wandelnde Sportler müsse sich entscheiden, ob er das leisten kann oder will, schrieb Poschardt in der *Welt* weiter (ebd.). Poschardt meint weiter, dass

Deutschland einladen und fordern müsse. „Wer den deutschen Pass annimmt und das Nationaltrikot überzieht, muss wissen, was das für ihn bedeutet“ (ebd.). Andererseits gibt es einige Artikel, welche die Einführung einer erneuten Entscheidungspflicht⁴⁹ auch kritisch betrachteten und anmerkten, dass „Deuschtürken“⁵⁰ generell, selbst wenn sie gut integriert und assimiliert seien, ständig als Türken und nicht Deutsche wahrgenommen würden, was somit auf eine tieferliegende Problematik in der deutschen Mehrheitsgesellschaft hinweise (vgl. THURM 2018). In der deutschen Debatte nimmt der Aspekt der *Loyalität gegenüber der Nation* mit 12,6 % einen leicht grösseren Stellenwert in der Debatte als in der Doppeladler-Affäre ein, wo sie 11,1 % ausmacht (vgl. Tab. 1 und 2). Die ideale Bürgerin bzw. der ideale Bürger zeichnet sich im Kommunitarismus aber nicht nur durch Loyalität zur Nation, sondern auch durch Solidarität mit seinen Mitbürgern aus. Im Gegensatz zur deutschen Debatte ist die Solidarität in der Schweizer Debatte mit 9,1 % ebenfalls ein wichtiger Bestandteil des Schweizer Bürgerverständnis, während dieser Aspekt mit 2,9 % in der deutschen Debatte kaum eine Rolle spielt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich Captain Lichtsteiner für Xhaka und Shaqiri eingesetzt hatte und dies von vielen Artikeln positiv aufgenommen wurde, während in der deutschen Fussballmannschaft eine solche Solidaritätsbekundung gänzlich ausblieb. Vereinzelt wurden zwar die Abschiedsworte von Özils Mitspielern Jérôme Boateng, Julian Draxler und Antonio Rüdiger auf den sozialen Medien kommentiert (vgl. HANFELD 2018: 13; UCTA u. a. 2018: 2), zu einer breiten Solidarisierungswelle für Özil ist es jedoch nicht gekommen. Nur zwei Artikel deuteten an, dass eine Solidaritätsaktion der Mannschaft, ähnlich wie es – in anderem Zusammenhang – das schwedische Nationalteam während der Weltmeisterschaft gemacht hat,⁵¹ erwünscht gewesen und Özil dann vielleicht nicht zurückgetreten wäre (vgl. FRITSCH 2018a; SPILLER 2018a).

⁴⁹ Bis vor 2014 mussten sich in Deutschland Geborene, deren Eltern aber aus einem anderen Land stammten und die somit Doppelbürger waren, bis zu ihrem 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern oder die deutsche Staatsbürgerschaft behalten wollen (vgl. Kap. 3.2).

⁵⁰ Tatsächlich wirft die weit verbreitete Bezeichnung „Deuschtürken“ für Menschen, die aus der Türkei stammen, aber in Deutschland wohnhaft sind, einige Fragen auf, suggeriert sie doch, dass diese Menschen nicht wirklich zur deutschen Gesellschaft gehören. Diese Problematik spricht auch Özil in seiner Rücktrittserklärung an: „Gibt es Kriterien, ein vollwertiger Deutscher zu sein, die ich nicht erfülle? Meine Freunde Lukas Podolski und Miroslav Klose werden nie als Deutsch-Polen bezeichnet, also warum bin ich Deutsch-Türke? Ist es so, weil es die Türkei ist? Ist es so, weil ich ein Muslim bin? Ich denke, hier handelt es sich um eine wichtige Sache. Indem man als Deutsch-Türke bezeichnet wird, werden Menschen bereits unterschieden, die Familie in mehr als einem Land besitzen. Ich wurde in Deutschland geboren und ausgebildet, also warum akzeptieren die Leute nicht, dass ich Deutscher bin?“ (SCHMIDT 2018).

⁵¹ Aufgrund rassistischer Anfeindungen gegenüber dem Spieler Jimmy Durmaz, der neben dem schwedischen auch den türkischen Pass besitzt, entschied sich die schwedische Mannschaft ein Video in den sozialen Medien zu veröffentlichen, in dem sie sich geeint gegen jegliche Formen von Diskriminierung und Rassismus ausspricht (BECKENKAMP 2018).

Liberalistische Vorstellungen kommen in der ganzen Debatte überraschend wenig vor (vgl. Tab. 1). Nur gerade 15,5 % aller codierten Textstellen wurden dem Liberalismus zugeordnet. Auffällig ist, dass der Subcode *minimale Verantwortungsübernahme* am häufigsten auftaucht. Das liegt darin begründet, dass nach Özils Rücktritt Stimmen laut wurden, die den Deutschen Fußballbund in die Pflicht riefen und von dessen Leitung forderten, Verantwortung für das „Debakel“ zu übernehmen (vgl. EDER & REINSCH 2018: 24; REINSCH 2018b: 28; CATUOGNO 2018: 4). Auch von Özil und anderen Fußballspielern wurde erwartet, dass sie sich ihrer Handlungen bewusst sind und Verantwortung dafür übernehmen (vgl. KELNBERGER 2018: 41; HILDEBRAND 2018: 6; FISCHER 2018: 13). Andere liberale Prinzipien wie etwa die Freiheit kommen mit 3,2 % etwa gleich oft vor wie in der Schweizer Debatte, es wird sogar ähnlich argumentiert. Özil und anderen Fußballspielern könne man nicht vorschreiben, wie, wo und mit wem sie sich fotografieren lassen dürfen: „Da sind ihre Freiheiten beschränkt“ (REINSCH 2018a: 27). Zudem wurden auch türkischstämmige Autorinnen und Autoren sowie Bloggerinnen und Blogger in den Zeitungen interviewt, welche als Vertreter der türkischen Minderheiten ihre Sichtweise auf die Causa Özil schildern sollen. Sie betonten, dass die jüngste Generation sich schwer damit tue, sich ihre Freiheiten herauszunehmen; dass diese beispielsweise elterliche Autorität nur selten in Frage stelle und sich nicht traue, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Solche Aussagen dienen dann gewissermassen als Erklärung dafür, warum Özil die Bindung zu seiner Familie und zur Türkei so stark betont (vgl. FISCHER 2018: 13). Andere liberale Freiheiten wie etwa die Meinungsfreiheit treten in engem Zusammenhang mit der Pressefreiheit auf, von der viele Artikel berichten, dass sie in der zunehmend autoritär regierten Türkei inzwischen nahezu abgeschafft sei (vgl. REICHELT u. a. 2018a: 2).

In der Verteilung des Codes *Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten*, der insgesamt 11-mal aufgetreten ist, ist zu erkennen, dass über die ganze Debatte hinweg für mehr Verständnis für Menschen mit Migrationshintergrund plädiert wurde, da diese „Fragen von Heimat und Zugehörigkeit viel ambivalenter beantworten, als es Thomas Müller tun würde“ (SPILLER 2018b). Thomas Müller ist ein deutscher Mitspieler der Mannschaft, für den dem Zitat zufolge die Frage nach der Heimat, einfacher zu beantworten wäre.

Welche Auswirkungen Özils Rücktritt sonst noch hatte, zeigte etwa ein Hashtag auf Twitter, der auch in zahlreichen Zeitungsartikeln diskutiert wurde. Dieser ist infolge von Özils Twitterbotschaft entstanden, in der er unter anderem auch schrieb: „In den Augen Grindels bin ich Deutscher, wenn wir gewinnen, aber ein Einwanderer, wenn wir verlieren“ (FRITSCH 2018c).⁵² Auch dieser

⁵² Ein ähnlicher Satz wurde 2014 auch schon von Verteidiger Jérôme Boateng, der ghanaische Wurzeln hat, geäußert: „Wenn es gut läuft, sind wir Deutsche. Wenn es schlecht läuft, sind wir Ausländer“ (FRITSCH 2018c).

Vorwurf gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Fussballbundes wiegt schwer. Durch diesen Satz und die Debatte um Özil überhaupt angestoßen, richtete Ali Can, deutscher Journalist und Aktivist mit türkischen Wurzeln, in Anlehnung an den Hashtag der Frauenbewegung „#MeToo“ denjenigen von „#MeTwo“ ein. Das „Two“ stehe für die beiden verschmelzenden Seiten der kulturellen Identität von Menschen mit Migrationshintergrund. Deutscher und Türke zugleich zu sein, ist für Can kein Widerspruch (NEFZGER 2018). Mit dem Hashtag wollte er die um den Fall Özil entstandene Debatte über Zugehörigkeit und Identität fortführen. Über „#MeTwo“ tauschten die Nutzer ihre Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus im Alltag aus (ebd.) und ihre Aussagen fanden auch Eingang in die Zeitungsartikel. Die meisten der in der Debatte aufgetauchten multikulturalistischen Codierungen gehen auf diesen Hashtag zurück. Allen multikulturalistischen Codierungen voran steht die Subkategorie *Anti-Diskriminierung*, die insgesamt 24-mal verteilt wurde (s. Tab. 2). Grundsätzlich wird es begrüsst, dass es der Hashtag ermöglicht, „über Alltagsrassismus in Deutschland“ (UNFRIED 2018: 2) zu sprechen. Man ist sich prinzipiell einig, dass Diskriminierung aufgrund der Herkunft nicht tragbar ist (vgl. CÖLN 2018a: 3). Zugleich wird aber auch betont, dass gerade die sogenannten Deutschtürkinnen und Deutschtürken teilweise „unbestreitbare Integrationsschwierigkeiten“ (EPPELSHEIM & NEFZGER 2018) hätten und zudem nicht „jede gefühlte Diskriminierung gleich eine tatsächliche Diskriminierung“ (ebd.) sei. Man scheint sich nicht darüber einig sein, ab wann jemand diskriminiert wird und wer die Deutungshoheit darüber hat, ob eine bestimmte Person diskriminiert worden sei oder nicht. Weitere multikulturalistische Kategorien, die in diesem Zusammenhang auftreten, sind *Anerkennung von Minderheiten* und die *Gleichheit aller ethnokulturellen Gruppen*. Sie spielen in der deutschen Debatte mit jeweils 4,0 % und 3,4 % im Vergleich zur Schweizer Debatte, wo diese jeweils zu 0,5 % vorzufinden sind, eine grössere Rolle (vgl. Tab. 1 und 2). Dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit ihren „unterschiedlichen familiären Wurzeln, Religionen und Kulturen“ (HILL 2018c: 23) miteinander leben, wird positiv und als „Integrationsfortschritt“ (vgl. THURM 2018) gewertet. Zudem wird auch Kritik an wiedererstarkenden Nationalisierungsprozessen laut, wie die 14-malige Verteilung des Codes *Kritik an Nationalisierungsprozessen: Dominanz der Mehrheitskultur* aufzeigt. Das „Kleinlich-Nationale“ (SPOERR 2018b: 5), das man längst überwunden glaubte, scheint wieder aufzukommen. Dabei unverkennbar ist die Angst vor einer neuen rechtsextremen Bewegung, wie sie auch hier teilweise mitschwingt (vgl. GÖKKAYA 2018; SPILLER 2018a). Die zentrale multikulturalistische Forderung nach der gleichberechtigten Anerkennung aller ethnokulturellen Gruppen scheint in der Debatte also nicht so sehr im Fokus zu stehen. Denn laut einem Artikel der taz ist ein „grosser Teil der Mehrheitsgesellschaft“ nicht bereit, „sich mit dem Thema Rassismus und den eigenen Privilegien auseinanderzusetzen“ (SCHWARZ 2018: 18).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass, wie erwartet, kommunitaristische Argumente mit 51,1 % die deutsche Debatte um die Causa Özil massgeblich kennzeichnen, dass aber im Multikulturalismus verortete Codierungen mit 33,4% ebenfalls einen wichtigen Bestandteil der Debatte bilden. Folglich zeichnet sich das deutsche Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft etwa zur Hälfte durch kommunitaristische Vorstellungen – vor allem durch eine hohe Loyalitätserwartung seitens der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat – und zu einem guten Drittel durch den Multikulturalismus aus, wobei dort vor allem die Fähigkeit zum interkulturellen Dialog als Bürgertugend hervorsteicht. Die Zeitungsdebatte über Özil ist von Anfang an polemisch geführt worden. Man gewinnt den Eindruck, dass die Gesellschaft gespalten ist und die Angst vor dem Aufschwung populistischer Parteien die Debatte wesentlich mitbestimmt. Gleichzeitig fordern gesellschaftliche Minderheiten wie die türkischstämmigen Deutschen vermehrt echte Teilhabe an der Gesellschaft ein. Das bisherige Selbstverständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft wird neu verhandelt. Die Debatte kulminiert schliesslich in Özils Rücktrittserklärung auf Twitter, mit der er in diesen Neuverhandlungen über Zugehörigkeit und Identität offenbar einen empfindlichen Nerv getroffen hat. Özils Rücktritt wird als eine Zäsur, „als Einschnitt wie [...] die Sarrazin-Debatte“⁵³ (BECKER 2018: 105) betrachtet. Als unbestritten gilt auch, dass der türkische Präsident Erdoğan von der Debatte profitierte und es schaffte, die in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken an sich zu binden, was gemäss den Artikeln die Spaltung der deutschen Gesellschaft umso mehr vorantreibt. Özil selbst spielte nach seinem Rücktritt weiterhin beim FC Arsenal, wobei er sich bis anhin weder zu den Fotos mit Erdoğan noch zu seinem Rücktritt geäussert hat. Seine sportliche Zukunft bleibt bis heute ungewiss. Im Gegensatz zum Schweizer Fussballverband SFV, dessen Generalsekretär, Miescher, sein Amt niedergelegt hat, sind weder Präsident Grindel noch Teammanager Bierhoff Grindel von ihren Positionen im Deutschen Fussballbund zurückgetreten (vgl. SCHMIDT & BOSSMANN 2018: 3).

⁵³ Thilo Sarrazin veröffentlichte 2010 ein Buch mit dem Titel „Deutschland schafft sich ab“. Er beschreibt darin die Konsequenzen für Deutschland, die sich seiner Ansicht nach aus niedrigen Geburtenraten und der Zuwanderung aus meist islamisch geprägten Ländern ergeben. Dieses und auch sein 2018 erschienenes Buch „Feindliche Übernahme. Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“ sorgten deutschlandweit für heftige Kontroversen (SCHWARTZ 2018).

7. FREQUENZANALYSE

Im Folgenden werden nun die Ergebnisse der Frequenzanalyse vorgestellt, die die Häufigkeiten der jeweiligen Codierungen aufzeigt. Einerseits lassen sich dadurch die obigen Erörterungen aus den Kapiteln 5 und 6 quantitativ verdeutlichen, andererseits ermöglicht die Frequenzanalyse eine erneute Gegenüberstellung der beiden Debatten (vgl. MAYRING 2008: 13ff.). Da jedoch unterschiedlich viele Artikel codiert und analysiert wurden – für die Schweizer Debatte waren es insgesamt 42 Artikel, für die deutsche 64⁵⁴ –, ist der quantitative Vergleich zwischen den Debatten mit Vorsicht zu genießen. Dennoch ergeben sich aus der Frequenzanalyse einige interessante und aufschlussreiche Befunde.

Wie bereits in Kapitel 5 dargelegt, lässt sich die Vermutung, dass sich für die Schweiz eine stark kommunitaristische Auffassung von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft ergeben werde, bestätigen. Insgesamt 117 von 198 Codes und Subcodes wurden den kommunitaristischen Prinzipien zugeordnet, was 59,1 % aller Codierungen entspricht (s. Tab. 1). Die Tabelle zeigt weiter auf, dass liberale und multikulturalistische Argumentationsmuster nahezu gleich häufig auftreten. Die 20,7 % liberalen und 20,2 % multikulturalistischen Codierungen wiegen sich fast auf. Auch für die in Deutschland geführte Debatte über den Fall Özil lässt sich die eingangs erwähnte These bestätigen. Wie vermutet, wird in der Frequenzanalyse eine Mischung aus sowohl kommunitaristischen als auch multikulturalistischen Argumenten deutlich, wobei, wie ebenfalls erwartet, die kommunitaristischen Codierungen mit 51,1 % überwiegen. Mit 33,4 % tritt im Vergleich zur Schweizer Debatte ein deutlicheres multikulturalistisches Verständnis von Gemeinschaft und Bürgerschaft hervor. Dagegen spielt der Liberalismus eine unbedeutendere Rolle als in der Schweizer Debatte (s. Tab. 2). Demzufolge haben sowohl die Schweiz als auch Deutschland eine überwiegend kommunitaristische Auffassung von der idealen politischen Gemeinschaft und Bürgerschaft. Es ist eine Gemeinschaft, die ihre Stärke ausserhalb des politischen Bereichs aus der Kultur und aus Traditionen bezieht und das Rückgrat der Demokratie bildet. Eine gemeinsame Geschichte und ein geteiltes Wertesystem bilden für beide Länder die Basis für den Zusammenhalt der Gemeinschaft und Solidarität unter den Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Die Identifizierung mit dieser Gemeinschaft und der Nation als solcher bietet dem Individuum Orientierung. Eine konzeptionelle Trennung von Politik und anderen Gesellschaftsbereichen wie etwa dem Sport ist in beiden

⁵⁴ Der Grund dafür liegt in den unterschiedlichen Zeiträumen der Untersuchung. Die Debatte in Deutschland war um einiges länger, da sie bereits vor der WM ihren Anfang genommen hatte und da die Berichterstattung über Özils Rücktritt weit über den Monat August hinausging.

Ländern nicht wirklich vorhanden, was ebenfalls für eine kommunitaristische Auffassung von Gesellschaft spricht (vgl. BLATTER 2011: 779ff.). Die beiden Tabellen sind zur Einsicht hier nochmals dargestellt:

Politische Theorie	Codesystem	SUBCODE	SUBCODE IN %	CODE	CODE IN %	CODES GESAMT	CODES GESAMT IN %
Liberalismus	Gleichheit					41	20.7%
	Gleichheit für Inklusion (Kongruenz Bev. & Stimmberechtigten)	1	0.5%	5	2.5%		
	Gleichbehandlung	4	2.0%				
	Freiheit						
	pos. Freiheit: z.B. Meinungsfreiheit	3	1.5%	6	3%		
	neg. Freiheit: Abwesenheit v. Herrschaft, indiv. Freiheit	3	1.5%				
	Gerechtigkeit						
	starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	14	7.0%	14	7.0%		
	Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten	7	3.6%	7	3.6%		
	liberale Bürgerschaft						
Gesetze achten	0						
Steuern zahlen	0		9	4.5%			
Vernunft	8	4.0%					
minimale Verantwortungsübernahme	1	0.5%					
Kommunitarismus	kommunitaristische Kritik am Liberalismus					117	59.1%
	fehlende Zivilkultur --> zerstört der Demokratie, pol Apathie	0	1.0%	2	1.0%		
	Verfolgung von Eigeninteresse	2					
	Mensch als autonomes Subjekt	0					
	Gemeinschaft						
	starke Interdependenz von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	15	7.6%				
	Fussballspieler sind Botschafter einer Nation	10	5.1%				
	Identität mit Gemeinschaft/Nation	13	6.6%				
	Individuum erwirbt seine Identität über die Gemeinschaft	2	1.0%	74	37.4%		
	Zugehörigkeit	7	3.6%				
	starker Konsens über Werte und Traditionen	12	6.1%				
	Einheit der Gemeinschaft	12	6.1%				
	Migranten schulden der Gemeinschaft Dankbarkeit	3	1.5%				
	Partizipation						
	Selbstregierung und Selbstverwaltung	0		1	0.5%		
Bürger: starkes Engagement in Politik und Zivilgesellschaft	1	0.5%					
kommunitaristische Bürgerschaft							
Solidarität ("Bürgersinn")	18	9.1%					
Loyalität gegenüber der Nation	22	11.1%	40	20.2%			
Kooperation	0						
Multikulturalismus	multikulturalistische Kritik					40	20.2%
	am Liberalismus: Universalismus "Differenzblindheit"	0		8	4.0%		
	an Nationalisierungsprozessen: Dominanz der Mehrheitskultur	8	4.0%				
	multikultureller Staat						
	Diversität bedeutet Bereicherung	1	0.5%				
	Anti-Diskriminierung	10	5.1%				
	Gleichheit aller ethnokulturellen Gruppen	2	1.0%	18	9.1%		
	Repräsentation von Minderheiten in Politik und Staat	1	0.5%				
	starke Machtteilung: Föderalismus, Konkordanz	2	1.0%				
	Anerkennung von ethnokulturellen Gruppen, Minderheiten						
	hohe Selbstverwaltung von Minderheiten	0					
	Anerkennung von Minderheiten	1	0.5%	1	0.5%		
	Recht auf staatliche Fördermassnahmen: Bildung, Medien, Arbeit	0					
	multikulturelle Bürgerschaft "interkulturelle Bürger"						
	Offenheit, neugierig auf andere Menschen und Kulturen	0					
positive Haltung gegenüber Diversität	2	1.0%					
Dialog, Deliberation	3	1.5%	13	6.6%			
interkultureller Austausch	8	4.0%					
interkultureller Austausch	0						
SUMME		198	100%	198	100%	198	100%

Tabelle 1: Verteilung der Ober- und Unterkategorien für die Schweizer Debatte über die Doppeladler-Geste (Artikel gesamt: 42)

Politische Theorie	Codesystem	SUBCODE	SUBCODE IN %	CODE	CODE IN %	CODES GESAMT	CODES GESAMT IN %
Liberalismus	Gleichheit					54	15.5%
	Gleichheit für Inklusion (Kongruenz Bev. & Stimmberechtigten)	0					
	Gleichbehandlung	0					
	Freiheit						
	pos. Freiheit: Gemeins Meinungsfreiheit Selbstregierung Besitz	5	1.4%	11	3.2%		
	neg. Freiheit: Abwesenheit v. Herrschaft	6	1.4%				
	Gerechtigkeit						
	starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	2	0.6%	2	0.6%		
	Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten	8	2.3%	8	2.3%		
	liberale Bürgerschaft						
Gesetze achten	11	3.2%	11	3.2%			
Steuern zahlen	1	0.3%					
Vernunft	2	0.6%	22	6.3%			
minimale Verantwortungsübernahme	4	1.2%					
		15	4.3%				
Kommunitarismus	kommunitaristische Kritik am Liberalismus					178	51.1%
	fehlende Zivilkultur --> zerstört der Demokratie, pol Apathie	1	0.3%	9	2.6%		
	Verfolgung von Eigeninteresse	8	2.3%				
	Mensch als autonomes Subjekt	0					
	Gemeinschaft						
	starke Interdependenz von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	29	8.3%				
	Fussballspieler sind Botschafter einer Nation	16	4.6%				
	Identität mit Gemeinschaft/Nation	5	1.4%				
	Individuum erwirbt seine Identität über die Gemeinschaft	2	0.6%	110	31.6%		
	Zugehörigkeit	17	4.9%				
	starker Konsens über Werte und Traditionen	24	6.9%				
	Einheit der Gemeinschaft	13	3.7%				
	Migranten schuldender Gemeinschaft Dankbarkeit	4	1.1%				
	Partizipation						
	Selbstregierung und Selbstverwaltung	0	1.1%	4	1.1%		
Bürger: starkes Engagement in Politik und Zivilgesellschaft	4						
kommunitaristische Bürgerschaft							
Solidarität ("Bürgersinn")	10	2.9%	55	15.8%			
Loyalität gegenüber der Nation	44	12.6%					
Kooperation	1	0.3%					
Multikulturalismus	multikulturalistische Kritik					116	33.4%
	am Liberalismus: Universalismus "Differenzblindheit"	1	0.3%	15	4.3%		
	an Nationalisierungsprozessen: Dominanz der Mehrheitskultur	14	4.0%				
	multikultureller Staat						
	Diversität bedeutet Bereicherung	13	4.9%				
	Anti-Diskriminierung	24	6.9%	53	15.2%		
	Gleichheit aller ethnokulturellen Gruppen	12	3.4%				
	Repräsentation von Minderheiten in staatlichen Institutionen	4	1.1%				
	starke Machtteilung: Föderalismus, Konkordanz	0					
	Annerkennung von ethnokulturellen Gruppen						
	hohe Selbstverwaltung von Minderheiten	0		15	4.3%		
	Anerkennung von Minderheiten	14	4.0%				
	Recht auf staatliche Fördermassnahmen: Bildung, Medien, Arbeit	1	0.3%				
	multikulturelle Bürgerschaft "interkulturelle Bürger"						
	Offenheit, neugierig auf andere Menschen und Kulturen	3	0.9%				
positive Haltung gegenüber Diversität	4	0.6%	33	9.5%			
Dialog, Deliberation	26	7.5%					
interkultureller Austausch	0						
SUMME		348	100%	348	100%	348	100%

Tabelle 2: Verteilung der Ober- und Unterkategorien bzw. Codes für die deutsche Debatte über die Causa Özil (Artikel gesamt: 64)

Interessanterweise lässt sich auch bei der kommunitaristischen Subcodierung feststellen, dass sich die „Doppeladler-Debatte“ und die „Causa-Özil-Debatte“ nicht wesentlich voneinander unterscheiden. Obwohl auf den ersten Blick erkennbar ist, dass sich die Häufigkeiten der Subcodes unterscheiden, lässt sich durch die quantitativen Prozentangaben verdeutlichen, dass die Subcodierungen jeweils fast gleich sind. Auffassungen einer starken Interdependenz von Politik und Sport treten mit 7,6 % für die „Doppeladler-Debatte“ und mit 8,3 % für die „Causa-Özil-Debatte“ fast gleich häufig aus (s. Tab. 1 und 2). Allerdings wird in den Schweizer Medien auch die Trennung der beiden gesellschaftlichen Sphären – eine typisch liberale Auffassung – mit 7 % öfters eingefordert als in den deutschen Artikeln, wo sie bloss 2,3 % ausmacht. Weiter wiegt die Beto-

nung des Wertekonsenses mit 6,1 % in den Schweizer und mit 6,9 % in den deutschen Zeitungsartikeln beinahe wieder gleich auf. Die Forderung, dass sich das Individuum mit der Nation identifiziere, hat in der „Doppeladler-Debatte“ mit 6,6 % einen leicht höheren Stellenwert als in den deutschen Medien. Dafür ist in der deutschen Debatte die kommunitaristische Vorstellung, dass die Zugehörigkeit zu einer einzigen Gemeinschaft für das Individuum konstitutiv sei, mit 4,9 % öfters vertreten als in der Doppeladler-Affäre. Die ideale Bürgerin bzw. der ideale Bürger zeichnet sich in beiden Ländern durch eine hohe Loyalität gegenüber der Nation aus. Diese kommunitaristische Bürgertugend tritt in der Causa Özil mit 12,6 % relativ häufig auf. Auch für das Schweizer Bürgerschaftsverständnis spielt sie mit 11,1 % eine wichtige Rolle. Man stellt fest, dass die Unterschiede zwischen den beiden Debatten, was die kommunitaristischen Subcodierungen anbelangt, überraschend marginal sind. Einzig die Solidarität als kommunitaristische Bürgertugend wird in der „Doppeladler-Debatte“ viel häufiger betont als in Debatte um den Fall Özil. Mit 9,1 % scheint die Solidarität mit den Anliegen der Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine ähnliche wichtige Rolle zu spielen wie die Loyalität gegenüber der Schweiz. Dass Lichtsteiner ebenfalls den Doppeladler zeigte, wurde als Zeichen der Solidarität und des Teamgeists interpretiert und positiv gewertet. In der deutschen Debatte kommt dem Subcode *Solidarität* („*Bürgersinn*“) mit 2,9 % wenig Bedeutung zu, was sich auch im vorangegangenen Analyseteil bestätigen liess.

Wie bereits erwähnt, ist der Multikulturalismus in der deutschen Debatte mit 33,1 % deutlich stärker vertreten als in der Debatte um den Doppeladler, wo nur 20,2 % aller Codierungen dem Multikulturalismus zugeordnet werden können. Im Hinblick auf die feinere Subcodierung lassen sich bei einem Vergleich der beiden Debatten beim Multikulturalismus markantere Unterschiede als beim Kommunitarismus feststellen. Zum Beispiel stellt die Fähigkeit zur Verhandlung und Deliberation, eine typisch multikulturalistische Bürgertugend, mit 4 % in der Schweizer Debatte kein zentrales Element dar. Auch im Analyseteil zur Schweizer Debatte wurde festgestellt, dass der Dialog und die Debatte an sich eher negativ konnotiert sind. Dennoch wäre die Konkordanzdemokratie der Schweiz ohne ein gewisses Bewusstsein für dialogische Prozesse wohl kaum möglich. In der Debatte um Özil tritt dagegen der Subcode *Dialog, Deliberation* mit 7,5 % am häufigsten innerhalb des Multikulturalismus auf. Wie wichtig der Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern für das deutsche Bürgerverständnis ist, hat sich auch schon in den Ausführungen des Analysekapitels gezeigt. Özils zähes Schweigen verletzt dieses Selbstverständnis fundamental. Der zweitwichtigste multikulturalistische Subcode in der deutschen Debatte ist mit 6,9 % die *Anti-Diskriminierung*. Die häufige Frequenz dieses Subcodes ist vor allem aufgrund des Hashtags „#MeTwo“ entstanden. Özils Rassismusvorwurf lastet schwer auf der Debatte, weshalb Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten – auch aufgrund der Thematisierung des Hashtags in

Zeitungsartikeln – stärker diskutiert werden als in der Schweizer Debatte. Dieser Subcode, der mit der Kritik an Nationalisierungsprozessen und der Dominanz der Mehrheitskultur einhergeht, stellt mit 4 % ebenfalls einen wichtigen Bestandteil des multikulturalistischen Verständnisses Deutschlands dar. Der Multikulturalismus wendet sich gegen die Vorstellung, dass der Staat „im Besitz“⁵⁵ einer dominanten Gruppe sei, welche diesen dazu nutze, ihre Identität, Sprache und Geschichte und Kultur zu definieren und gegenüber anderen Gruppen durchsetzen (vgl. KYMLICKA 2003: 149ff.). Weitere multikulturalistische Subcodes, die in der deutschen im Vergleich zur Schweizer Debatte häufig auftreten, sind die *Anerkennung von Minderheiten* mit 4 % – ein klassisches Merkmal des Multikulturalismus – und die *Gleichheit aller ethnokulturellen Gruppen* innerhalb des Staates mit 3,4 % (vgl. BENHABIB 1999: 733ff.). Die Vorstellung, dass multikulturelle Diversität eine Bereicherung für die Gesellschaft und die Nation bedeute, bildet in beiden Debatten mit 5,1 % für das Schweizer und 4,9 % für das deutsche Selbstverständnis ein wichtiges Element.

Was den Liberalismus betrifft, so finden sich in den deutschen Zeitungsartikeln mit 15,5 % weniger entsprechende Argumentationsmuster als in den Schweizer Medien, wo diese 20,7 % einnehmen (vgl. Tab. 1 und 2). Dies lässt sich damit begründen, dass in den Schweizer Artikeln die Vorstellung vorherrscht, dass die Politik von anderen Gesellschaftsbereichen wie dem Sport zu trennen sei. Andere liberale Subcodierungen lassen hingegen Ähnlichkeiten zwischen den Debatten erkennen. Zum Beispiel ist der Subcode *Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeit* in den deutschen Zeitungen mit 3,2 % fast genau so oft vertreten wie in den Schweizer Medien mit 3,6 %. Es scheint also in beiden Ländern ein gewisses Einverständnis darüber zu geben, dass Menschen sich in mehreren Ländern beheimatet fühlen können, was in der heutigen globalisierten Welt wohl schlichtweg eine Tatsache ist (vgl. BLATTER u. a. 2018). Auch das bekannteste liberale Postulat der Freiheit, gleich ob es sich dabei um die Meinungsfreiheit oder die Abwesenheit jeglicher Formen von Herrschaft handelt, ist zusammengefasst mit 3 % in den Schweizer und mit 3,2 % in den deutschen Medien fast gleich oft vertreten. Die Betonung der Meinungsfreiheit wird in der deutschen Debatte, wie in Kapitel 6 dargelegt, häufig erwähnt. In der Schweizer Debatte liegt der Fokus eher auf der individuellen Freiheit, wonach man dem Individuum nicht vorschreiben könne,

⁵⁵ Es ist fraglich, inwiefern Staaten sich überhaupt „besitzen lassen. Kymlicka beschreibt in seinem Artikel von 2003 den Nationalstaat als ideales Modell, wonach bis vor kurzem alle Staaten gestrebt hätten. Er schreibt: „Until recently, most states around the world have aspired to be ‘nation-states’. In this model, the state was seen as the possession of a dominant national group, which used the state to privilege its identity, language, history, culture, literature, myths, religion and so on, and which defined the state as the expression of its nationhood. (This dominant group was usually the majority group, but sometimes a minority was able to establish dominance [...])“ (KYMLICKA 2003: 149). Nationalstaaten würden demnach von einer dominanten Gruppe dazu benutzt, ihre Identität, Sprache und Kultur innerhalb des nationalstaatlichen Territoriums und gegen die Identitäten, Kulturen und Sprachen von anderen Gruppierungen durchzusetzen.

was es zu tun und zu lassen habe. Dagegen scheint das zweite zentrale Prinzip des Liberalismus, nämlich die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger, in den Debatten kaum eine Rolle zu spielen. Nur weil ein Aspekt in der Codierung nicht so häufig aufkommt oder gar fehlt, bedeutet dies noch nicht, dass dieser im deutschen oder Schweizer Selbstverständnis keine Bedeutung hätte; sondern er erscheint deshalb nicht, weil er für die Fussballdebatte nicht relevant ist. Folglich bieten Fussballdebatten nur einen begrenzten Raum, um bestimmte Aspekte des nationalen Selbstverständnisses zu verhandeln (vgl. BENS u. a. 2014: 9ff.).

In der Frequenzanalyse werden zudem die Veränderungen gut ersichtlich, die das Interview mit Miescher und das Rücktrittstatement von Özil auf Twitter nach sich gezogen haben. Dazu wurden im Nachgang des Codierungsdurchlaufs alle vor dem 6. Juli 2018 erschienenen Artikel der „Doppeladler-Debatte“ zur Gruppe *vor dem Interview mit Miescher* zusammengefasst. Die restlichen Artikel inklusive des Artikels mit dem Interview mit Miescher wurden in die zweite Gruppe *nach dem Interview mit Miescher* eingeteilt.

Politische Theorie	Codesystem	vor dem Interview mit Miescher (23 Art.)		nach dem Interview mit Miescher (19 Art.)	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Liberalismus	Gleichheit	0	17.1%	5	25.3%
	Freiheit	2		4	
	Gerechtigkeit	0		0	
	starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	8		6	
	Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten	3		4	
liberale Bürgerschaft	6	3			
Kommunitarismus	kommunitaristische Kritik am Liberalismus	2	72.1%	0	42.5%
	Gemeinschaft	51		23	
	Partizipation	0		1	
	kommunitaristische Bürgerschaft	27		13	
Multikulturalismus	multikulturalistische Kritik	2	10.8%	6	32.2%
	multikultureller Staat	8		10	
	Annerkennung von ethnokulturellen Gruppen, Minderheiten	0		1	
	multikulturelle Bürgerschaft "interkulturelle Bürger"	2		11	
	SUMME	111	100%	87	100%

Tabelle 3: Verteilung der Oberkategorien vor und nach dem Interview mit dem Generalsekretär des Schweizer Fussballverbandes SFV, welches am 06. Juli 2018 veröffentlicht wurde (Artikel gesamt: 42).

In der Tabelle 3 wird deutlich, dass das Interview mit dem Generalsekretär des Schweizer Fussballverbandes Miescher, welches landesweit in den Zeitungen veröffentlicht wurde, in der Debatte, wie in Kapitel 5 vermutet, einen Wendepunkt darstellt. Ist vor dem Interview noch ein überwiegend kommunitaristisches Bild von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft aufzufinden, verschiebt sich die Debatte danach zu multikulturalistischeren Ansichten. Auch die liberalen Kategorien treten im Nachgang des Interviews häufiger auf. Die Empörung über Mieschers Aussagen scheint somit mit einer Art Rückbesinnung auf andere Schweizer Werte und Traditionen einherzugehen wie etwa auf die Wertschätzung und den Stolz auf eine multikulturelle Schweiz.

Die Artikel der deutschen Mediendebatte wurden auf ähnliche Weise wie bei der „Doppeladler-Debatte“ aufgeteilt. Özils Rücktrittserklärung am 22. Juli 2018 diente als Grundlage für die Unterteilung der Artikel in zwei Gruppen..

Politische Theorie	Codesystem	Vor Özils Rücktritt (26 Art.)		Nach Özils Rücktritt (38 Art.)	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Liberalismus	Gleichheit	0	15.7%	0	15.4%
	Freiheit	4		7	
	Gerechtigkeit	0		2	
	starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	6		2	
	Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten	5		6	
	liberale Bürgerschaft	4		18	
Kommunitarismus	kommunitaristische Kritik am Liberalismus	7	57.0%	2	48.0%
	Gemeinschaft	37		73	
	Partizipation	2		2	
	kommunitaristische Bürgerschaft	23		32	
Multikulturalismus	multikulturalistische Kritik	5	27.3%	10	36.6%
	multikultureller Staat	12		41	
	Annerkennung von ethnokulturellen Gruppen	4		11	
	multikulturelle Bürgerschaft "interkulturelle Bürger"	12		21	
	SUMME	121	100%	227	100%

Tabelle 4: Verteilung der Oberkategorien vor und nach Özils Rücktrittserklärung am 22. Juli 2018 (Artikel gesamt: 64).

Wie aus der Tabelle 4 ersichtlich wird, lässt sich die Rücktrittserklärung von Özil nicht wirklich als Wendepunkt der Debatte bezeichnen, obwohl es auch hier zu Verschiebungen in den Kategorien gekommen ist. Zwar verliert die Debatte mit einem Rückgang von 57,0 % auf 48,0 % auch hier ihre kommunitaristische Argumentationsrichtung, doch fällt diese Verschiebung nicht ganz so drastisch wie in der Doppeladler-Affäre aus. Wie bereits in Kapitel 6 erwähnt, nehmen Zeitungsartikel, die sich mit der Diskriminierung von Minderheiten in Deutschland kritisch auseinandersetzen und sich in multikulturalistische Kategorien einteilen lassen, nach Özils Rücktritt zu. Das sieht man an der Erhöhung der multikulturalistischen Codierungen von 27,3 % auf 36,6 %. Folglich sind die Prozentpunkte, die bei den kommunitaristischen Codierungen verloren gehen, bei den multikulturalistischen Kategorien zu finden. Liberale Prinzipien verharren vor und nach dem Rücktritt Özils auf einem ähnlichen Niveau von rund 15,5 %. In Deutschland scheint die Causa Özil folglich eine neue Diskussion über den Umgang und die Integration ethnokultureller Gruppen in die Mehrheitsgesellschaft angestossen zu haben. Sie kennzeichnet sich stärker durch eine Wertschätzung des interkulturellen Austausches und durch eine Verurteilung jeglicher Formen von Diskriminierung.

Die Frequenzanalyse bietet zusätzlich die Möglichkeit, die Orientierung an den drei politischen Theorien der jeweiligen Zeitungen zu eruieren. Für eine genauere Untersuchung müssten mehr Artikel untersucht werden. Dazu wurde wiederum in ähnlicher Weise vorgegangen wie bereits weiter oben geschildert. Die Artikel wurden jeweils nach dem Zeitungsverlag eingeteilt, in dem sie erschienen sind.

Politische Theorie	Codesystem	Neue Zürcher Zeitung (10 Art)	%	Tages Anzeiger (9 Art)	%	Blick- (6 Art)	%	Lucerner Zeitung- (5 Art)	%	Aargauer Zeitung- (7 Art)	%	Wochezeitung- (3 Art)	%	Weltwoche (2 Art)	%	SUMME (42 Art)	%	
Liberalismus	Gleichheit	1		0		0		0		2		1		1		5		
	Freiheit	2		1		1		1		1		0		0		6		
	Gerechtigkeit	0		0		0		0		0		0		0		0		
	starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	3	32.4%	5	25.7%	2	22.7%	0	0	2	5.3%	0	0	0	0	13.6%	0	20.7%
	Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten	3		1		1		0		1		1		0		7		
Kommunitarismus	liberale Bürgerschaft	3		2		1		0		3		0		0		9		
	kommunitaristische Kritik am Liberalismus	2		0		0		0		0		0		0		2		
	Gemeinschaft	13		11		11		12		5		11		11		74		
	Partizipation	0		0		0		0		1		0		0		1		
	kommunitaristische Bürgerschaft	6	56.8%	12	65.7%	3	63.6%	4		6		1		8		40		
Multikulturalismus	multikulturalistische Kritik	0		0		1		0		5		2		0		8		
	multikultureller Staat	3		2		2		0		8		3		0		18		
	Anerkennung von ethnokulturellen Gruppen, Minderheiten	0		0		0		0		1		0		0		1		
	multikulturelle Bürgerschaft "interkulturelle Bürger"	1	10.8%	0	8.6%	0	13.7%	0		1		0		0		1		
	SUMME	37	100%	35	100%	22	100%	19	100%	42	100%	22	100%	21	100%	198	100%	

Tabelle 6: Verteilung der Oberkategorien nach Tages- und Wochenzeitungen in der „Doppeladler-Debatte“ (Artikel gesamt 42).

Politische Theorie	Codesystem	Die Welt (11 Art)	%	Frankfurter Allgemeine Zeitung (10 Art)	%	Die Bild (8 Art)	%	Die Zeit (10 Art)	%	Süddeutsche Zeitung (12 Art)	%	die tageszeitung (7 Art)	%	Der Spiegel (6 Art)	%	SUMME (64 Art)	%
Liberalismus	Gleichheit	0		0		0		0		0		0		0		0	
	Freiheit	3		1		3		0		4		0		1		11	
	Gerechtigkeit	0		0		0		0		0		1		1		2	
	starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	1	12.2%	1	15.4%	2	18.2%	1	18.2%	1	15.9%	1	25%	1	8.6%	8	8.7%
	Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten	1		1		1		4		3		0		1		11	
Kommunitarismus	liberale Bürgerschaft	0		5		0		5		11		1		0		22	
	kommunitaristische Kritik am Liberalismus	0		0		3		4		1		1		0		9	
	Gemeinschaft	18		17		15		11		25		12		12		110	
	Partizipation	0		0		0		2		0		0		2		4	
	kommunitaristische Bürgerschaft	9	65.9%	15	61.5%	6	72.7%	11	44.4%	8	42.5%	1	40%	5	41.3%	55	51.1%
Multikulturalismus	multikulturalistische Kritik	1		1		0		4		1		6		2		15	
	multikultureller Staat	5		6		0		11		13		8		10		53	
	Anerkennung von ethnokulturellen Gruppen	2	21.9%	3	23.1%	0	9.1%	4	33.7%	1	32.5%	0		5	50.0%	15	33.4%
	multikulturelle Bürgerschaft "interkulturelle Bürger"	1		2		3		6		11		4		6		33	
	SUMME	41	100%	52	100%	33	100%	63	100%	79	100%	35	100%	46	100%	348	100%

Tabelle 5: Verteilung der Oberkategorien nach Tages- und Wochenzeitungen in der Debatte „Causa Özil“ (Artikel gesamt 64).

In der Schweiz legen die landesweit erhältlichen Zeitungen NZZ, Tages-Anzeiger und „Blick“ die Doppeladler-Affäre mehrheitlich kommunitaristisch aus, wobei die NZZ wenig überraschend liberale Werte am deutlichsten vertritt. Die regionale Luzerner und Aargauer Zeitung fallen in ihrer Argumentationsweise diametral unterschiedlich aus. Während die Aargauer Zeitung einen Schwerpunkt beim Multikulturalismus aufweist, hat die Luzerner Zeitung den ihrigen eindeutig beim Kommunitarismus. Ebenso unterschiedlich interpretieren die wöchentlich erscheinende WOZ und die Weltwoche die Doppeladlergestik (s. Tab. 5).

In der deutschen Medienlandschaft sind es die *Welt* und die FAZ, die eine ziemlich ähnliche Verteilung aufweisen und mehrheitlich kommunitaristisch argumentieren. Auch bei der Bild-Zeitung überwiegen eindeutig die kommunitaristischen Codierungen. Bei der ZEIT und der SZ ergibt sich durch die vermehrt auftretenden multikulturalistischen und liberalen Argumentationen ein gemäßigtes Bild. Interessanterweise weisen die taz und der *Spiegel* ein ähnliches Argumentationsmuster auf (s. Tab. 6). Es muss hier nochmals betont werden, dass nicht von jeder Zeitung gleich viele Artikel codiert wurden. Somit lässt sich keine eindeutige verallgemeinerbare Aussage über die jeweiligen Medienlandschaften treffen.

8. FAZIT

Die vorliegende Arbeit untersuchte die beiden Fussballdebatten, die im Kontext der Weltmeisterschaft 2018 in der Schweiz und Deutschland geführt wurden. Obwohl die Schweizer „Doppeladler-Debatte“ und die deutsche Debatte um die Causa Özil unterschiedliche Auslöser hatten, wiesen sie schon früh einige Parallelen auf. Beiden Debatten drehten sich nicht um sportliche Aspekte, sondern um die Zugehörigkeit von Fussballnationalspielern mit Migrationshintergrund, um ihre Identifikation mit ihrem zweiten Heimatland und nationale Selbstverständnisse. Internationale Sportanlässe wie eine Fussballweltmeisterschaft sind Schauplätze, an denen über gesellschaftliche Werte- und Normvorstellungen debattiert und verhandelt wird. Gerade Fussballnationalmannschaften werden als Repräsentanten einer Nation mit einheitlicher Kultur und homogenen Strukturen beschworen. Das Denken in nationalen Kategorien findet gerade im Sport durch die Massenmedien eine Bühne für nationale Selbstdarstellungen und Zugehörigkeitsgefühle (vgl. BULGRIN 2006: 10ff.). Die Arbeit ging der Frage nach, welches Verständnis von Bürgerschaft und politischer Gemeinschaft sich aus der Schweizer „Doppeladler-Debatte“ und der deutschen Debatte um die Causa Özil herauslesen lässt.

Zur Beantwortung der Fragestellung wurden insgesamt 106 Zeitungsartikel aus den wichtigsten Tages- und Wochenzeitungen der Schweiz und Deutschlands nach der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring ausgewertet. Die Darstellung der Methode erfolgte in Kapitel 4. Anhand der in Kapitel 2 vorgestellten drei Theorien des Liberalismus, Kommunitarismus und Multikulturalismus wurde ein Kategoriensystem bzw. ein sogenanntes *Codebook* erstellt (s. Kap. 9.1). Dafür wurden die unterschiedlichen Prinzipien über die ideale politische Gemeinschaft und Bürgerschaft des Liberalismus, Kommunitarismus und des Multikulturalismus zu Kategorien bzw. *Codes* zusammengefasst. Das Codesystem diente anschliessend als eine Art Schablone, mithilfe derer die Artikel ausgewertet wurden. Dazu wurden relevante Textpassagen aus den Artikeln den entsprechenden Codes zugeordnet. Ziel der Arbeit war es, herauszufinden, inwiefern das den beiden Fussballdebatten zugrundeliegende Verständnis von politischer Gemeinschaft und Bürgerschaft sich an liberalen, kommunitaristischen oder multikulturalistischen Prinzipien orientiert. Dabei wurden die beiden Debatten jeweils getrennt voneinander analysiert. Das Codesystem wurde nach einem ersten Durchlauf überarbeitet, damit sich die Textausschnitte im Zuge der zweiten Codierung den passenden Codes definitiv zuteilen liessen. Mithilfe der Text- und Analysesoftware MAXQDA konnte die Codierung relativ schnell und einfach durchgeführt werden.

Für die Schweiz wurden 42 Artikel, die zwischen dem 22. Juni und dem 1. August 2018 erschienen sind, mithilfe des Kategoriensystems ausgewertet. Dem Forschungsstand zur aktuellen Einbürgerungspraxis folgend, wurde zunächst davon ausgegangen (s. Kap. 3), dass sich für die Schweizer Fussballdebatte vornehmlich kommunitaristische Codierungen finden lassen würden. Tatsächlich ergab der Codierungsdurchlauf, dass sich in der Debatte, die sich infolge der Doppeladler-Geste der Fussballspieler Xhaka und Shaqiri entspann, 59,1 % aller Codes dem Kommunitarismus zuordnen lassen (vgl. Tab. 1). Somit ist das Schweizer Verständnis von Bürgerschaft und politischer Gemeinschaft zu knapp zwei Dritteln von kommunitaristischen Vorstellungen geprägt. Dies zeigt sich unter anderem an dem oft wiederkehrenden Vorwurf, Xhaka und Shaqiri hätten sich gegenüber der Schweiz illoyal verhalten (vgl. z. B. EBERHARD 2018: 2). Ihre Doppeladler-Geste, mit der sie ihre zwei Tore im zweiten Spiel gegen Serbien bejubelten, wurde als Zeichen der Untreue gegenüber der Schweiz gedeutet. Loyalität gegenüber der Nation ist im Kommunitarismus, der in ihr gewissermassen die Bande zwischen Staat und Bürgern sieht, eine der wichtigsten Bürgertugenden. Ohne sie wäre eine stabile und nachhaltige Gemeinschaft nicht möglich (vgl. SCHLENKER-FISCHER 2009: 120). Weiter wurde in der Debatte kritisiert, dass diese Geste einen der zentralen Werte der politischen Gemeinschaft der Schweiz verletze, nämlich die Neutralität. Sie wurde dahingehend interpretiert, dass sich die beiden Spieler in den Konflikt zwischen Kosovo und Serbien eingemischt bzw. ihn unnötig befeuert hätten. Der Konsens über bestimmte Werte wie hier über die Neutralität, an die sich die Bürgerinnen und Bürger zu halten hätten, ist ebenfalls eine typisch kommunitaristische Vorstellung der idealen politischen Gemeinschaft.

Dem Liberalismus wurden 20,7 % aller Codierungen zugeordnet. Im Sinne der liberalen Bürgertugenden handelt eine Bürgerin bzw. ein Bürger dann vernünftig, wenn sie oder er sich selbst und andere nicht in Gefahr bringt. Vielen Zeitungsartikeln zufolge haben Xhaka und Shaqiri mit ihrem Doppeladlerjubiläum jedoch unvernünftig agiert, zumal sie dadurch sich selbst und das Weiterkommen der Mannschaft in Gefahr gebracht hätten (vgl. z. B. FREITAG 2018: 9). Tatsächlich drohten den beiden Spielsperren. Es blieb dann allerdings bei einer Geldstrafe von jeweils 10'000 Franken. Alex Miescher, der Generalsekretär des Schweizer Fussballverbandes, schlug am 6. Juli in einem Interview gegenüber dem Tages-Anzeiger vor, dass man sich angesichts jener Doppeladler-Geste überlegen müsse, die Doppelbürgerschaft abzuschaffen. Doppelbürgerschaften sorgten nicht nur im Fussball, sondern auch in anderen Bereichen für Probleme; es wäre einfacher, wenn sich Bürgerinnen und Bürgern für ein Land entscheiden müssten. Der impliziten Logik Mieschers zufolge hätte so auch die Doppeladler-Geste verhindert werden können, da sie sich für die Schweizer Staatsbürgerschaft entschieden hätten und keine Gefühle gegenüber ihrem Heimatland

mehr gehabt hätten. Sein Interview sorgte für landesweite Empörung und markierte den Wendepunkt in der Debatte, wie ebenfalls die Frequenzanalyse (Kap. 7) bestätigte. Mieschers Vorschlag, die Doppelbürgerschaft abzuschaffen, wurde mehrheitlich verurteilt. Denn Doppelbürgerinnen und -bürger sowie Menschen mit Mehrfachidentitäten würden die Schweiz bereichern und dank der Doppelbürger sei die Nationalmannschaft und generell die Schweiz so erfolgreich (vgl. z. B. RAMMING 2018: 13). In solchen Argumentationen zeichnen sich die Leitlinien des Multikulturalismus ab, der in der Diversität eine Bereicherung für die politische Gemeinschaft sieht. Multikulturalistische Codierungen sind in der Debatte zu 20,2 % anzutreffen.

Für die deutsche „Causa-Özil-Debatte“ wurden insgesamt 64 Zeitungsartikel, die zwischen dem 14. Mai und 31. Juli 2018 veröffentlicht wurden, codiert und analysiert. Im Vorfeld wurde davon ausgegangen, dass aufgrund der restriktiven Einbürgerungspraxis mehrheitlich kommunitaristische Argumente, aufgrund von mehreren Reformen aber zugleich auch einige multikulturalistische Codes auftauchen würden. Das genaue Verhältnis der beiden liess sich vorab aber nicht einschätzen. Kommunitaristische Codes bestimmten wie in der Schweiz die Mehrheit aller Codierungen mit 51,1 %. Die Debatte entstand infolge eines Fotos, das die deutschen Fussballspieler Gündoğan und Özil mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan zeigt. Allerdings kommen im Vergleich zur „Doppeladler-Debatte“ mit 33,4 % mehr multikulturalistische Codierungen vor (vgl. Tab. 2). Auch den beiden Spielern der deutschen Nationalmannschaft wurde nach dem gemeinsamen Foto mit Erdoğan sehr häufig Illoyalität gegenüber Deutschland und politischer Leichtsinn vorgeworfen. Zudem hätten sie sich von Erdoğan für dessen im Sommer 2018 stattfindenden Wahlkampf manipulieren lassen (vgl. z. B. VOSS 2018: 30). Gleichzeitig gaben viele Artikel zu verstehen, dass es normal sei, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich mehrfach zugehörig fühlten, und warben mit dieser liberalen Einsicht um Verständnis für die beiden Spieler. Liberale Codierungen wie diese und andere traten aber im Gegensatz zur „Doppeladler-Debatte“ mit 15,5 % seltener auf. In konservativ-bürgerlichen Zeitungen wie der *Welt* und der FAZ herrschte dagegen die Meinung vor, dass Mehrfachnationalitäten Probleme bereiteten und dass man sich, gerade als Spieler der Nationalmannschaft, für eine Nation entscheiden müsse (vgl. z. B. HORENI 2018a: 40). Folglich findet man auch hier das typisch kommunitaristische Element, dass Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich nur einer politischen Gemeinschaft angehören könnten und Mehrfachzugehörigkeiten und -identitäten zu verhindern seien, da der nationale Zusammenhalt sonst gefährdet sei. Interessant ist auch, dass das enge Verhältnis von Sport und Politik im Vergleich zur Schweizer Debatte kaum in Frage gestellt wurde. Vielmehr herrschte Einigkeit darüber, dass Sport immer mit Politik zu tun habe, was wiederum einer kommunitaristischen Vorstellung von Gesellschaft und Bürgerschaft entspricht. Weitere kommunitaristische Vorstellungen zeigten sich auch

darin, dass wiederholt ein eindeutiges Bekenntnis von Gündoğan und Özil zu Deutschland und zu den deutschen Verfassungswerten eingefordert wurde (vgl. z. B. WALLRODT 2018b: 18). Gündoğan entschuldigte sich am 5. Juni in einer Pressekonferenz für das Foto und bestritt jedwede politische Implikation des Fotos. Özil hingegen trat nicht vor die Medien und schwieg sich aus, was zahlreichen Artikeln zufolge für Unverständnis sorgte. Über die ganze Debatte hinweg wurde wiederholt eingefordert, dass Özil sich den Fragen zu seinem Foto mit Erdoğan stelle, da nur der Dialog das Vertrauen wiederherstellen könne. Die Fähigkeit zum Dialog und zum interkulturellen Austausch ist im multikulturalistischen Bürgerschaftsverständnis eine wichtige Eigenschaft. Ein Staat könne nämlich nur dann längerfristig Stabilität erlangen, wenn seine Bürgerinnen und Bürger sich über die Kultur- und Sprachgrenzen hinweg austauschen und den Dialog miteinander suchen, sodass es zum gegenseitigem Lernen und Verstehen komme. Im Gegensatz zum negativ konnotierten „Schweizer Dauerpalaver“ (vgl. KESSLER 2018: 20) scheint das Debattieren im deutschen Kontext etwas Positives zu sein, da es die Menschen näher zusammenbringe. Einen Monat, nachdem die deutsche Fußballnationalmannschaft aus der Weltmeisterschaft ausgeschieden war, gab Özil seinen Rücktritt auf Twitter bekannt, wobei er dem deutschen Fußballverband Rassismus und Diskriminierung vorwarf. Infolge dieses Vorfalls und des in diesem Zusammenhang entstandenen Hashtags „#MeTwo“ verurteilten viele Journalistinnen und Journalisten in ihren Artikeln jegliche Form von Diskriminierung. Auch der Multikulturalismus wendet sich strikt gegen die Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten.

Obwohl die beiden Debatten ziemlich unterschiedlichen Ausgangslagen entsprangen, hatten sie doch einige Gemeinsamkeiten. Zum Beispiel kursierte in beiden Ländern die Vorstellung, dass Fußballspieler der Nationalmannschaft gewissermassen Botschafter des Landes seien. Als solche müssten sie sich an den Werten des Landes und der politischen Gemeinschaft orientieren und sich entsprechend verhalten. Im Verlaufe der Debatten wurde zudem aufgedeckt, dass weder Xhaka noch Gündoğan einen zweiten Pass besitzen. Beide sind nicht wie zuvor angenommen Doppelbürger, sondern haben nur die Schweizer bzw. die deutsche Staatsbürgerschaft. Dass sie sich trotzdem immer noch mit dem Kosovo bzw. der Türkei verbunden fühlen und sich dahingehend äusserten, sorgte in den Debatten für zusätzliche Verwirrung. Jedoch zeigt diese Episode vor allem auf, dass Zugehörigkeit zu einem Land und zu einer Identität nicht ausschliesslich von der formalen Mitgliedschaft in einem Staat, also der eigentlichen Staatsbürgerschaft alleine bestimmt werden, sondern dass hierbei auch andere Faktoren eine Rolle spielen können. Weiter wurde das Verhalten der nationalen Fussballverbände in beiden Ländern in vielen Zeitungsartikeln kritisiert. Weder der Schweizer Fussballverband SFV noch der Deutsche Fussballbund DFB haben laut den Artikeln angemessen auf die Krise reagiert, weshalb viele Artikel von den Funktionären die Übernahme

von Verantwortung einforderten. Zumindest Miescher, der Generalsekretär des Schweizer Fussballverbandes, sah sich im August zum Rücktritt gezwungen. In der in Kapitel 7 vorgenommenen Frequenzanalyse wurden die Häufigkeiten, mit der die Codes auftauchten, ausgezählt und untereinander verglichen. Dabei wurde ersichtlich, dass, obwohl beide Länder stark kommunitaristische Auffassungen über die ideale politische Gemeinschaft und Bürgerschaft teilen, dabei jeweils andere Elemente von Bedeutung sind. So spielte die Solidarität als kommunitaristische Bürgertugend in der Schweizer Debatte eine grössere Rolle als in der deutschen. Dagegen wurde in der „Causa-Özil-Debatte“ die Loyalität (gegenüber Deutschland) als wichtiger erachtet. Auch bei den anderen beiden Theorien lassen sich solche Unterschiede festhalten. Die Fähigkeit zum Austausch und Dialog mit Menschen, die nicht aus dem eigenen Kulturkreis stammen, war in der deutschen Debatte von grösserer Bedeutung als in der Schweizer „Doppeladler-Debatte“. Auch die starke Differenzierung von Politik und anderen Gesellschaftsbereichen wie dem Sport, welche ein liberales Element darstellt, wurde in der Doppeladler-Affäre öfters eingefordert als in der deutschen Debatte, in der hingegen die Verantwortung über das eigene Handeln einen grösseren Stellenwert einnahm (vgl. Tab. 1 und 2).

Trotz dieser Unterschiede weisen die Debatten über einen rein sportlichen Rahmen hinaus. Die Frage von gesellschaftlicher Inklusion und Exklusion bzw. diejenige, inwiefern Menschen mit Mehrfachnationalitäten und -identitäten zur Gesellschaft gehören, scheint angesichts zunehmender nationalistischer Tendenzen und Demokratiedefiziten wieder virulent geworden zu sein. Auch der Umstand, dass alle vier involvierten Spieler den muslimischen Glauben haben wirft die Frage auf, ob die Debatten auch dahingehend interpretiert werden könnten, dass es in ihnen auch um eine kulturelle Auseinandersetzung ging. Doch dies lässt sich hier nicht abschliessend beurteilen. Studien, welche der Frage nach der nationalen Selbstauffassung und dem politischen Gemeinschafts- und Bürgerverständnis im Spannungsverhältnis zur global agierenden Wirtschaft und weltumspannenden Migration nachgehen, gibt es einige (vgl. BLATTER u. a. 2018; JOPPKE 2008; JOPPKE 1996; KOOPMANS 2000). Zumeist basieren sie auf Untersuchungen veränderter Migrations- und Integrationspolicies und analysieren hierfür Verfassungs- und Gesetzestexte. Zeitungsdebatten werden dagegen selten berücksichtigt, obwohl die Analyse der öffentlichen Meinung einige interessante Aspekte zur Diskussion um die ideale politische Gemeinschaft und Bürgerschaft beitragen kann. Die vorliegende Arbeit leistete hierzu einen Beitrag.

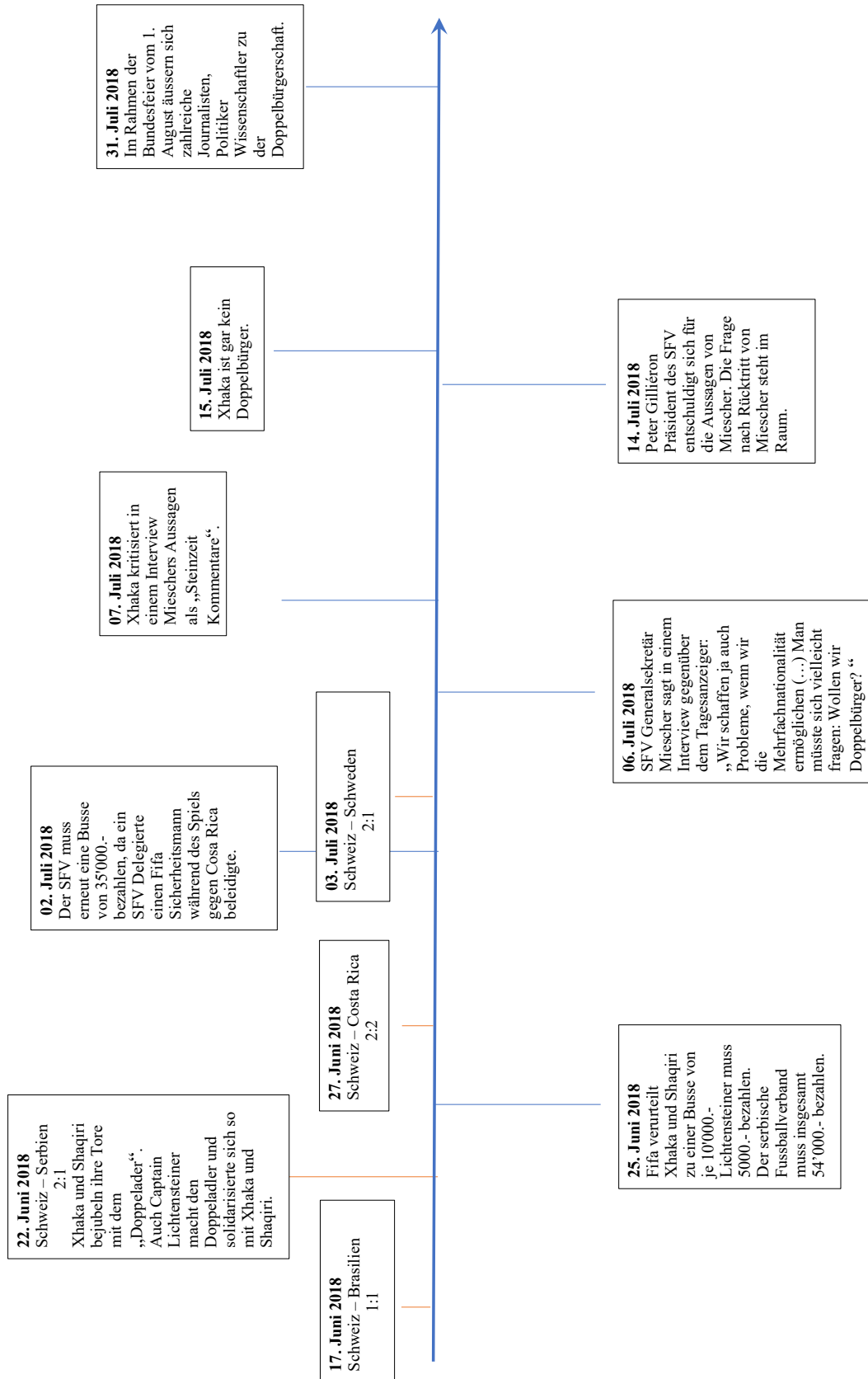
9. ANHANG

9.1 Kategoriensystem

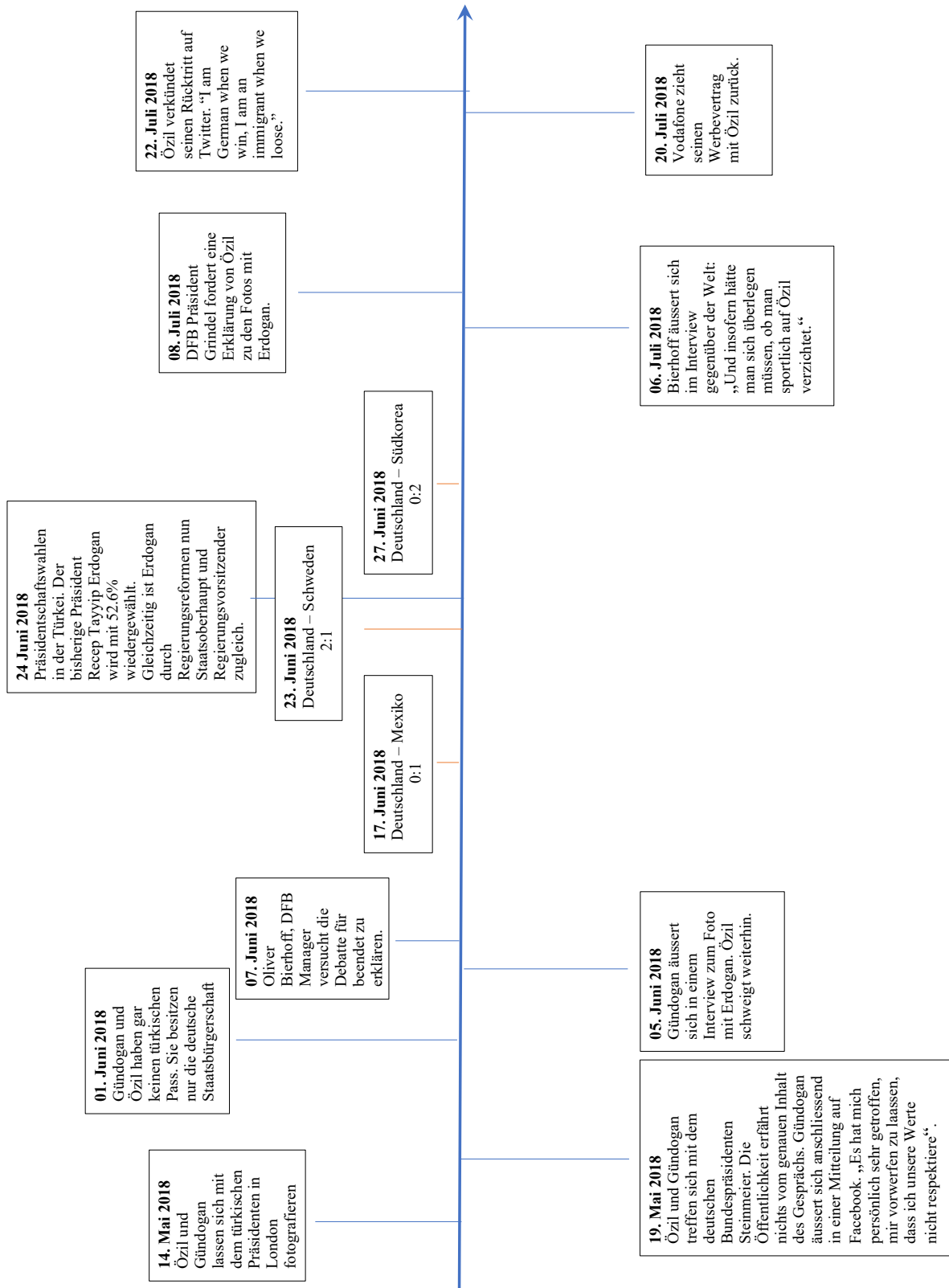
Politische Theorie	Codesystem	Ankersätze
Liberalismus	Gleichheit Gleichheit für Inklusion (Kongruenz Bev. & Stimmberechtigten) Gleichbehandlung	„Die gleiche Mitsprache sollte auch den Ausländern in der Schweiz gegeben werden.“ "Gerade weil sie sich hier zu Hause fühlen, fordern viele Deutschtürken Gleichbehandlung."
	Freiheit pos. Freiheit: Gemeins Meinungsfreiheit Selbstregierung Besitz neg. Freiheit: Abwesenheit v. Herrschaft	"Auch Özil hat ein Recht auf Meinungsfreiheit." "Wer in der Schweiz die teure Ausbildung zum Arzt genießt, dem kann man nicht verbieten, seinen Beruf Ausland zu praktizieren. (...) Das sind liberale Prinzipien, festgeschriebenen der Verfassung."
	Gerechtigkeit starke Differenzierung von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport)	„Die Aufgabe, das Gewirr aus sportlicher Kritik, Unmut zur politischen Parteinahme und unterschwelligen Rassismus im Fall Özils zu entwirren - sie könnte noch einige Zeit in Anspruch nehmen.“
	Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten	"Ein bisschen Verständnis zeige ich, weil ich weiß, dass für Menschen, Spieler, mit Migrationshintergrund, in deren Brust manchmal auch zwei Herzen schlagen, das nicht ganz so einfach unter einen Hut zu bringen ist."
	liberale Bürgerschaft Gesetze achten Steuern zahlen Vernunft	„Shaqiri zog nach dem Spiel das Schweizer Trikot aus - im vollen Bewusstsein, dass er damit gelb kassiert und damit die Team-Chancen im Turnier gefährdet.“
	minimale Verantwortungsübernahme	"Dieser Verantwortung sind Bierhoff und Löw, die es besser hätten wissen müssen, nicht gerecht geworden"
Kommunitarismus	kommunitaristische Kritik am Liberalismus fehlende Zivilkultur --> zerstört der Demokratie, pol Apathie Verfolgung von Eigeninteresse Mensch als autonomes Subjekt	"Zu viel Ich, zu wenig Wir"
	Gemeinschaft starke Interdependenz von Politik und Gesellschaft (bzw. Sport) Fussballspieler sind Botschafter einer Nation Identität mit einer Gemeinschaft/Nation Individuum erwirbt seine Identität über die Gemeinschaft Zugehörigkeit starker Konsens über Werte und Traditionen Einheit der Gemeinschaft	"Die beiden sollten entscheiden, ob sie Schweizer oder Albaner sind." "Wahlkampfwerbung für einen Diktator ist nicht vereinbar mit den Werten des DFB und des Landes." "Der Jubel der Nationalspieler Granit Xhaka, Xherdan Shaqiri und Stephan Lichtsteiner hat die Schweiz gespalten. Auf dem Spiel steht der nationale Zusammenhalt." "(...) Dass zahllose Ausländer, die hierherkommen, vor allem profitieren wollen, aber – und darauf kommt es an – erstaunlich wenig Dankbarkeit zeigen."
	Partizipation Selbstregierung und Selbstverwaltung Bürger: starkes Engagement in Politik und Zivilgesellschaft	
	kommunitaristische Bürgerschaft Solidarität ("Bürgersinn") Loyalität gegenüber der Nation Kooperation	"Wenn du dich nicht für deine Kollegen, Freunde, Lieben einsetzt, auch wenn du dich damit unbeliebt machst, hast du als „Das war ein Zeichen der Illoyalität gegenüber der Schweiz“
Multikulturalismus	multikulturalistische Kritik am Liberalismus: Universalismus "Differenzblindheit" an Nationalisierungsprozessen: Dominanz der Mehrheitskultur	"Die Deutschtürken wollen dazugehören, ohne ihre Wurzeln zu vergessen."
	multikultureller Staat Diversität bedeutet Bereicherung Anti-Diskriminierung	"Die Schweiz kann sich vom Doppeladler provozieren lassen. Oder sie kann ihn als Zeichen dafür deuten, dass dem Land neue Flügel wachsen, die es in eine verheissungsvolle Zukunft bringen." "In Deutschland ist für Fremdenfeindlichkeit keinen Platz."
	Gleichheit aller ethnokulturellen Gruppen Repräsentation von Minderheiten in staatlichen Institutionen starke Machtteilung: Föderalismus, Konkordanz	
	Anerkennung von ethnokulturellen Gruppen hohe Selbstverwaltung von Minderheiten Anerkennung von Minderheiten	"Irre ich mich oder ist es das erste Mal, dass ein Kind von Migranten bundesweit eine Debatte über Rassismus auslöst und somit dieses eine Mal die Deutungshoheit besitzt?"
	Recht auf staatliche Fördermassnahmen: Bildung, Medien, Arbeit	
	multikulturelle Bürgerschaft "interkulturelle Bürger" Offenheit, neugierig auf andere Menschen und Kulturen positive Haltung gegenüber Diversität Dialog, Deliberation interkultureller Austausch	"In meiner Gemeinde konnte man beobachten, wie an jenem Abend junge Schweizerinnen und Schweizer, mit und ohne kosovo-albanischer Herkunft, mit Schweizer und albanischen Fahnen jubelnd und hupend durch die Strassen zogen." "Doppelbürger sind heute ganz normal. Und sie machen uns besser." „Es findet keine wirkliche Diskussion statt, sondern nur eine Diskussion über ihn.“

Tabelle 7: Kategoriensystem

9.2 Zeitstrahl der „Doppeladler-Debatte“ in der Schweiz



9.3 Zeitstrahl der „Causa-Özil-Debatte“ in Deutschland



9.4 Die Doppeladler-Geste



Abbildung 1: Granit Xhaka (l.) und Xherdan Shaqiri (r.) formen in der Partie gegen Serbien am 22. Juli 2018 den Doppeladler, nachdem sie jeweils ein Tor geschossen haben (BURGENER 2018b: 36)



Abbildung 2: Mesut Özil (l.) und Ilkay Gündoğan (r.) posieren am 14. Mai 2018 mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan (PFEFFER u. a. 2018)

10. BIBLIOGRAFIE

10.1 Zeitungsartikel Schweiz

Hinweis: Die mit einem * gekennzeichneten Artikel wurden zwar codiert und analysiert, wurden aber nicht für den vorliegenden Fliesstext der Arbeit verwendet.

Angstmann, Raffaella. 06.12.2018. «Doppeladler» ist das Schweizer Wort des Jahres. In: *Neue Zürcher Zeitung Online*. <https://www.nzz.ch/panorama/doppeladler-ist-das-schweizer-wort-des-jahres-ld.1442153> [Stand 21.01.2019].

Aschwanden, Erich; Surber, Michael. 07.07.2018. Doppeladler gefährdet Doppelbürger. In: *Neue Zürcher Zeitung*: 15.

Baer, Claudia. 27.06.2018. Debatte über den Doppeladler: Die Stunde der Patrioten. In: *Neue Zürcher Zeitung*: 11.

Bingesser, Felix. 07.08.2018a. Xhaka attackiert Miescher! In: *Sonntagsblick*: 8.

Bingesser, Felix. 07.07.2018b. Ein guter Vorschlag! In: *Blick*: 3. *

Bingesser, Felix. 25.06.2018c. Grenzen setzen! In: *Blick*: 11.

Bingesser, Felix. 24.06.2018d. Lieber Granit Xhaka, lieber Xherdan Shaqiri. *Sonntagsblick*: 2.

Bopp, Christoph. 24.07.2018. Eigentlich wollen sie doch einfach nur spielen. In: *Aargauer Zeitung*: 2.

Bornhauser, Thomas. 21.07.2018. Wollen wir diese Intoleranz? In: *Luzerner Zeitung*: 2.

Brägger, Christian. 25.06.2018. Disziplinarverfahren gegen drei Schweizer. In: *Aargauer Zeitung*: 5.

Burgener, Samuel. 14.07.2018a. «Ich konnte nicht mehr intervenieren» In: *Neue Zürcher Zeitung*: 49. *

Burgener, Samuel. 25.06.2018b. Sie gefährden ihren Erfolg. In: *Neue Zürcher Zeitung*: 36.

Bürkler, Philipp. 27.06.2018. Symbol der Unsterblichkeit. In: *Luzerner Zeitung*: 14. *

Clalüna, Flurin. 23.06.2018. Politisch unterentwickelt. In: *Neue Zürcher Zeitung*: 52.

Eberhard, Fabian. 24.06.2018. Die Nation im Griff des Doppeladlers. In: *Sonntagsblick* 2.

Eiholzer, Christian. 26.06.2018. Es geht um Zugehörigkeit und Identifikation. In: *Luzerner Zeitung* 18.

Freitag, Markus. 29.06.2018. Doppeladler und Sololäufe. In: *Neue Zürcher Zeitung*: 9.

Jäggi, Simon. 06.07.2018. Der Adler, das neue Nationaltier? In: *Blick*: 24. *

- Hasler, Etrit. 11.07.2018a. Kommentar zur Doppelbürgerfrage: Die Hüte des Alex Miescher. In: *Die Wochenzeitung Online*. <https://www.woz.ch/-8e82> [Stand 04.11.2018].
- Hasler, Etrit. 27.06.2018b. Doppeladler: Die Nati zeigte den Nazis den Vogel. In: *Die Wochenzeitung Online*. <https://www.woz.ch/-8e0b> [Stand 04.11.2018].
- Hasler, Etrit. 15.10.2015. Fussball und andere Randsportarten. Doppelt geadlert: In: *Die Wochenzeitung Online*. <https://www.woz.ch/-63a4> [Stand 04.11.2018]. *
- Hollenstein, Pascal. 31.07.2018. Doppeladler, Cervelat und Gülle. In: *Aargauer Zeitung*: 16.
- Kern, Max. 05.09. 2018. Nati-Adler sagen Sorry. In: *Blick*: 13.
- Kessler, Thomas. 17.07. 2018. Der Wert des Schweizer Dauerpalavers. In: *Aargauer Zeitung*: 20.
Köppel, Roger: 28.06.2018. Hopp Albanien! In: *Weltwoche*: 5.
- Lüchinger, Silvan. 30.06.2018. Doppeladler-Affäre: Eigentlich ist ein Österreicher schuld. In: *Lu-zerner Zeitung*. <https://www.luzernerzeitung.ch/meinung/eigentlich-ist-ein-osterreicher-schuld-ld.1033456> [Stand 04.11.2018].
- Mappes-Niediek, Norbert. 25.06.2018. Den Adler machen: Was bedeutet diese Geste überhaupt? In: *Aargauer Zeitung*: 4.
- Marti, Simon. 24.06. 2018. «Wie kann man sich loyaler zeigen als durch Tore für die Schweiz?». In: *Sonntagsblick*: 4.
- Mörgeli, Philipp & Gut, Christoph. 12.07.2018. Doppelbürgerrecht, mehr schlecht als recht. In: *Weltwoche*: 14–15.
- Osterhaus, Stefan. 15.07.2018. WM: Frankreich ist ein irritierend makelloser Weltmeister. In: *Neue Zürcher Zeitung Online* . <https://www.nzz.ch/sport/fussball-wm-2018/wm-frankreich-ist-ein-irritierend-makelloser-weltmeister-nzz-ld.1403785> [Stand 05.01.2019].
- Ramming, Stephan. 07.07.2018. Abschaffung der Doppelnationalitäten: Gefährliche Schnapsidee zur Unzeit. In: *Neue Zürcher Zeitung*: 13.
- Raz, Florian. 06.07.2018a. «Wollen wir Doppelbürger?». In: *Tages Anzeiger*: 34.
- Raz, Florian. 23.06.2018b. Und dann kommt der Adler. In: *Tages Anzeiger*: 39.
- Schächter, Tobias. 02.12.2017. Die eine oder andere Wundertüte. In: *Neue Zürcher Zeitung*: 51.
- Schifferle, Thomas; Wiederkehr, David. 16.07.2018a. Verwirrung komplett: Xhaka hat nur einen Pass. In: *Tages Anzeiger*: 25.
- Schifferle, Thomas. 08.07.2018b. Schweigen und siegen. Schweigen und verlieren. In: Schifferle, Thomas. 26.06.2018a. Ein heilsamer Fall. In: *Tages Anzeiger*: 34.
- Schifferle, Thomas 07.07.2018c. Steilpass in die Sackgasse. In: *Tages Anzeiger*: 42.
- Schifferle, Thomas. 01.07.2018d. Wenn ich als Captain nicht solidarisch bin, wer soll es sonst sein?». In: *Sonntagszeitung*: 23.

- Schifferle, Thomas. 22.06.2018e. Nervenspiel bei Kampfvetter. In: *Tages Anzeiger*: 32.
- Schläfli, Hans Peter. 27.06.2018. «Andere bekreuzigen sich – oder beten». Doppeladler-Diskussion Hasan Kuci, ehemaliger Präsident des FC Iliria, verteidigt Shaqiri und Xhaka. In: *Aargauer Zeitung*: 21. *
- Schmid-Bechte, Francois. 15.11.2015. «Balkan-Graben» in der Fussball-Nati: Secondos gegen «Ur-Schweizer». In: *Aargauer Zeitung Online*. <https://www.aargauerzeitung.ch/sport/balkan-graben-in-der-fussball-nati-secondos-gegen-ur-schweizer-129733966> [Stand 04.11.2018].
- Steffen, Christine. 24.06.2018. Shaqiri und Xhaka werden immer zwei Länder lieben. In: *NZZ am Sonntag*: 15.
- Studer, Ruedi. 25.06. 2018. «Die Jungs können ihre Wurzeln nicht verleugnen». In: *Blick*: 2.
- Surber, Michael. 23.07.2018. Der Siegeszug der Doppelbürger. In: *Neue Zürcher Zeitung*: 8. *
- Von Guten, Reto 06.08.2018. Der zensierte Doppeladler. In: *Aargauer Zeitung Online*. <https://www.aargauerzeitung.ch/kommentare-aaz/der-zensierte-doppeladler-132880343> [Stand 26.02.2019].
- Wiederkehr, David; Balmer, Dominik 08.07.2018. So sichert sich der Verband die Talente. In: *Sonntagszeitung*: 2. *
- Wuillemin, Etienne. 10.08.2018a. Rücktritt von Alex Miescher: Eine logische Folge nach Wochen der Irritationen. In: *Aargauer Zeitung Online*. <https://www.aargauerzeitung.ch/sport/ruecktritt-von-alex-miescher-eine-logische-folge-nach-wochen-der-irritationen-132906704> [Stand 14.01.2019].
- Wuillemin, Etienne. 09.07.2018b. Xhaka: Ich bin enttäuscht. In: *Aargauer Zeitung*: 7. *
- Wuillemin, Etienne. 25.06.2018c. Die verborgene Geschichte hinter dem Jubel. In: *Aargauer Zeitung*: 4.
- Wuillemin, Etienne. 13.11.2017. Ihr Pfeifen! In: *Tages-Anzeiger*: 2–3.
- Zellweger-Heggli, Verena. 03.07.2018. Vergessen: Der Luzerner Doppeladler. In: *Luzerner Zeitung*: 10.

10.2 Zeitungsartikel Deutschland

Hinweis: Die mit einem * gekennzeichneten Artikel wurden zwar codiert und analysiert, wurden aber nicht für den vorliegenden Fliesstext der Arbeit verwendet.

- Ashelm, Michael. 31.07.2018a. Wirbel um Özil und Gündogan: «Geschmacklose Wahlkampf-hilfe» für Erdogan. *Frankfurter Allgemeine Zeitung Net*. <https://www.faz.net/1.5589331> [Stand 2019-01-22].
- Ashelm, Michael. 14.05.2018b. Krisen-PR des DFB: Teures Desaster. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Net*. <http://www.faz.net/1.5716801> [Stand 2018-11-3].
- Ataman, Ferda. 28.07.2018. Özil und Rassismus: Integrierte Mitbürger machen Stress. In: *Spiegel Online*. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/mesut-oezil-und-rassismus-integrierte-mitbuerger-machen-stress-a-1220156.html> [08.11.2018] *
- Babayiğit, Gökalp. 24.07.2018. Hingehängt. In: *Süddeutsche Zeitung*: 4. *
- Beckenkamp, Jonas. 25.07.2018. Das starke Zeichen der Schweden. In: *Süddeutsche Zeitung Online*. <https://www.sueddeutsche.de/sport/schweden-rassismus-jimmy-durmaz-1.4028829> [Stand 2019-02-3].
- Becker, Christoph. 30.07.2018. Vodafone stoppt Kampagne mit Özil. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: 20. *
- Becker, Tobias. 27.07.2018. Streitkultur ist die beste Leitkultur. In: *Der Spiegel*: 104–109.
- Catuogno, Claudio. 28.08.2018. Der doppelte Özil. In: *Süddeutsche Zeitung*: 4.
- Cöln, Christoph. 27.09.2018a. Türkei abgeschlagen: Deutlicher Sieg – Deutschland ist Gastgeber der EM 2024. In: *Die Welt online*. <https://www.welt.de/sport/article181685648/Tuerkei-abgeschlagen-Deutlicher-Sieg-Deutschland-ist-Gastgeber-der-EM-2024.html> [Stand 2019-01-28].
- Cöln, Christoph. 20.06.2018b. Staatsfeind Nr. 1. In: *Die Welt*: 3.
- Draxler, Alexander. 12.06.2018. Nachgehakt – Özil denkt an sich – nicht an das Team! In: *Bild Online*. <https://www.bild.de/sport/fussball/nachgehakt/oezil-denkt-an-sich-nicht-an-das-team-55985354.bild.html> [Stand 2018-11-3].
- Eder, Michael; Reinsch, Michael. 23.07.2018. Özil spielt nicht mehr für Deutschland. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: 24.
- Eppelsheim, Philipp; Nefzger, Andreas. 28.07.2018. Die Causa Özil. In: *Frankfurter Allgemeine Net*. <http://www.faz.net/aktuell/politik/mesut-oezil-ist-nur-eine-marionette-in-erdogans-spiel-15706490.html> [31.10.2018].
- Feldenkirchen, Markus. 27.07.2018. Der falsche Präsident. In: *Der Spiegel*: 10.
- Fetscher, Caroline. 07.05.2015. «Biodeutsch» – Sprache unterwandert Kultur. In: *Spiegel Online*. <https://www.tagesspiegel.de/politik/migration-der-sprache-biodeutsch-sprache-unterwandert-kultur/11739366.html> [Stand 2019-01-29].

- Fischer, Jonathan. 25.07.2018. Nichts geschenkt. In: *Süddeutsche Zeitung*: 13.
- Frankenberger, Klaus-Dieter. 24.07.2018. Mesut Özils Rückzug: Eine Marionette in Erdogans Spiel. In: *Frankfurter Allgemeine Net*. <http://www.faz.net/1.5706490> [Stand 31.10.2018]. *
- Fritsch, Oliver. 30.06.2018a. Deutsches WM-Aus: Zu viel Ich, zu wenig Wir. In: *ZEIT Online* . <https://www.zeit.de/sport/2018-06/deutsches-wm-aus-nationalmannschaft-werte-egoismus> [Stand 2018-11-1].
- Fritsch, Oliver. 17.06.2018b. Deutsche Nationalmannschaft: Zu wenig Weltklasse. In: *ZEIT Online*. <https://www.zeit.de/sport/2018-06/deutsche-nationalmannschaft-fussball-wm-2018> [Stand 2019-01-23].
- Fritsch, Oliver. 14.06.2018c. Lläuft es gut, sind sie Deutsche, wenn nicht, Ausländer. In: *ZEIT Online*. <https://www.zeit.de/sport/2018-06/mesut-oezil-ilkay-guendogan-nationalmannschaft-neue-rechte-fussball-wm-russland> [Stand 2018-11-1].
- Gartenschläger, Lars. 06.07.2018. Man hätte überlegen müssen, ob man auf ihn verzichtet. In: *Die Welt*: 25.
- Gökkaya, Hasan. 23.07.2018. Dem Türken wird hier nichts verziehen. In: *ZEIT Online*. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-07/mesut-oezil-deutschtuertuecktritt-dfb-rassismus> [Stand 2018-11-3].
- Gorris, Lothar. 19.05.2018. Integrationsverrat. In: *Der Spiegel*: 38–40.
- Hanfeld, Michael. 31.07.2018. Nach Özils Rücktritt: Der Rassismus der Anderen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: 13. <http://www.faz.net/1.5715474> [Stand 2018-11-3].
- Hecker, Anno. 24.07.2018. Eine Schande. In: *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: 28. *
- Hermann, Rainer. 28.07.2018b. Zwei Herzen in einer Brust. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: 2.
- Hermann, Rainer. 24.07.2018c. Er wollte nur spielen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: 3.
- Hierse, Lin. 31.07.2018. Mehr als nur ein weiterer Hashtag. In: *die tageszeitung*: 3 *
- Hildebrand, Kathleen. 24.07.2018. Özil ist Opfer, aber er ist auch Täter. In: *Süddeutsche Zeitung*: 6. *
- Hildebrandt, Tina. 07.06.2018a. Schauen Sie sich die Beschimpfungen an? Ja, leider! In: *Die ZEIT*: 4.
- Hildebrandt, Tina. 19.05.2018b. Recep Tayyip Erdogan: Özil und Gündogan sprechen sich mit dem Bundespräsidenten aus. In: *ZEIT Online*. <https://www.zeit.de/sport/2018-05/recep-tayyip-edogan-oezil-guendogan-treffen-bundespraesident-steinmeier> [Stand 2019-01-29].
- Hildebrandt, Tina. 16.05.2018c. Die Wahrheit ist nicht auf dem Platz. In: *Die ZEIT*: 10.
- Hill, Burkhard. 28.07.2018a. Jedem sein Süppchen. In: *Süddeutsche Zeitung*: 14. *

- Hill, Burkhard. 26.07.2018b. «Schlicht und einfach unerträglich». In: *Süddeutsche Zeitung*: 5.*
- Hill, Burkhard. 24.07.2018c. Vielfalt ist Stärke. In: *Süddeutsche Zeitung*: 23.
- Hofmann, Albrecht. 29.09.2018a. «Ich als ihr Präsident». Erdogan kritisiert Deutschlands Umgang mit Özil und Gündogan. In: *Der Spiegel Online*. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/recep-tayyip-erdogan-kritisiert-deutschlands-umgang-mit-oezil-a-1230826.html> [31.10.2018].*
- Hofmann, Albrecht. 02.06.2018b. Die Doppelmoral. In: *Der Spiegel*: 129. *
- Horeni, Michael. 07.07.2018a. Özil soll's gewesen sein. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: 40.
- Horeni, Michael. 01.06.2018b. Aufregung um Erdogan-Bilder: Gündogan hat gar keine doppelte Staatsbürgerschaft. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Net*. <https://www.faz.net/1.5616978> [Stand 2019-01-29].
- Jaeger, Mona. 26.07.2018. Integration im Sport: Am Ball sind nicht alle gleich. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Net*. <http://www.faz.net/1.5709723> [Stand 2018-11-3].
- Kämmerlings, Richard. 29.06.2018. Finis Germaniae? In: *Die Welt*: 18.
- Kelnberger, Josef. 18.05.2018. Im Namen des Egos. In: *Süddeutsche Zeitung*: 41.
- Kistner, Thomas. 27.07.2018. «Gelebte Werte – und drei Ziele». In: *Süddeutsche Zeitung*: 10.
- Krause, Thomas; Rütten, Finn; Haas, Felix. 18.07.2018. Mesut Özil und seine vielen Treffen mit Erdogan. In: *stern online*. <https://www.stern.de/sport/fussball/wm-2018/mesut-oezil-und-seine-vielen-treffen-mit-erdogan-8163030.html> [Stand 2019-01-23].
- Leubecher, Marcel. 25.07.2018a. Asylchancen für Türken in NRW am grössten: Extreme Schwankungen zwischen West und Ost bei der Anerkennung. Einbürgerungen insgesamt rückläufig. In: *Die Welt*: 5.
- Leubecher, Marcel. 16.05.2018b. Ein Fußball-Eklat offenbart das Problem der Doppelstaatler. In: *Die Welt*: 18. *
- Makus, Michael; Falk, Christian; Altschäfel, Tobias. 28.06.2018. Historisches Fiasko. In: *Bild*: 2–4.
- Makus, Michael; Niedderer, Heiko; Weiler, Jörg. 06.06.2018. Mesut Özil versteckt sich weiter vor Fragen zu seinem Foto mit Erdogan. In: *Bild Online*. <https://www.bild.de/sport/fussball/fifa-wm-2018/oezil-versteckt-sich-vor-erdogan-fragen-55909958.bild.html> [Stand 03.11.2018]. *
- Müller, Oliver; Wallrodt, Lars. 16.05.2018. Auf Abwegen. In: *Die Welt*: 18.
- Müller, Reinhard. 23.07.2018. Nach Özils Rückzug aus der DFB-Elf: Verfolgungswahn. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Net*. <http://www.faz.net/1.5704310>. [03.11.2018]. *
- Nefzger, Andreas. 27.07.2018. «Solche wie dich hat mein Opa früher erschossen.» In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Net*. <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/metwo-macht-bei-twitter-auf-rassismus-im-alltag-aufmerksam-15710604.html> [31.10.2018].

- Poschardt, Ulf. 19.07.2018. Zwischen den Welten. In: *Die Welt*: 1.
- Raab, Klaus. 23.06.2018. Hymnenquatsch und der Wunsch nach Eindeutigkeit. In: *die tageszeitung*: 10–11.
- Reichelt, Julian; Brügelmann, Matthias; Schmidt, Marc; Suling, Nils; Falk, Christian. 22.07.2018a. Wirre Abrechnung mit Deutschland – Özils Jammer-Rücktritt. In: *Bild*: 2–4.
- Reichelt, Julian. 01.06.2018b. Erdogan-Affäre um Nationalspieler immer kurioser – Gündogan hat gar keinen türkischen Pass. In: *Bild Online*. <https://www.bild.de/politik/inland/ilkay-guendogan/besitzt-keinen-tuerkischen-pass-55876146.bild.html> [Stand 03.11.2018].
- Reinsch, Michael. 25.07.2018a. «Da lagen Tausende Fladenbrote auf dem Spielfeld.» In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: 27.
- Reinsch, Michael. 24.07.2018b. DFB räumt Fehler in der Affäre Özil ein. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: 28.
- Remsky, Sarah. 19.05.2018. Recep Tayyip Erdogan: Özil sprechen sich mit dem Bundespräsidenten aus. In: *ZEIT Online*. <https://www.zeit.de/sport/2018-05/recep-tayyip-edogan-oezil-guendogan-treffen-bundespraesident-steinmeier> [Stand 29.01.2019]. *
- Rezek, Said. 14.06.2018. Türkeistämmige Fußballer müssen sich stets überintegrieren, auch politisch, sagt Said Rezek. In: *die tageszeitung*: 10. *
- Rosenfeld, Dagmar. 24.07.2018. Einfach dazugehören. In: *Die Welt*: 1. *
- er
- Schmidt, Holger. 22.07.2018. Özil-Statements im Wortlaut: «Nicht länger Sündenbock für Grindels Inkompetenz und Unfähigkeit.» In: *Spiegel Online*. <http://www.spiegel.de/sport/fussball/nach-erdogan-ffaere-das-oezil-statement-im-wortlaut-a-1219615.html> [Stand 31.01.2019].
- Schmidt, Marc; Bossmann, Berries. 29.07.2018. Das DFB-Beben. In: *Bild* 2–3.
- Schneider, Martin. 23.07.2018. Ein Rücktritt mit Millionen Verlierern. In: *Süddeutsche Zeitung*: 7.
- Schümer, Dirk. 31.07.2018. Wir sind alle rassistisch. In: *Die Welt*: 3.
- Schwartz, Claudia. 06.09.2018. Thilo Sarrazin und die Empörungsdemokratie: Deutschland muss wieder streiten lernen. In: *Neue Zürcher Zeitung Online*. <https://www.nzz.ch/feuilleton/thilo-sarrazin-und-die-empoeuerungsdemokratie-deutschland-muss-wieder-streiten-lernen-ld.1417470> [Stand 06.02.2019].
- Schwarz, Carolina. 30.07.2018. Einfach mal zuhören, wenn Betroffene berichten. In: *die tageszeitung*: 18.
- Schwermer, Alina. 28.07.2018. Schweigen wie ein Löw. In: *die tageszeitung*: 38. *
- Seibel, Andrea. 30.07.2018. #MeToo, #MeTwo, #WeToo. In: *Die Welt*: 1. *

- Selldorf, Philipp. 23.07.2018a. Ein Rücktritt mit Millionen Verlierern. In: *Süddeutsche Zeitung*: 5.
- Selldorf, Philipp. 08.07.2018b. Grindel fordert Stellungnahme von Özil. In: *Süddeutsche Zeitung Online*. <https://www.sueddeutsche.de/sport/dfb-praesident-grindel-fordert-stellungnahme-von-oezil-1.4045631> [Stand 03.11.2018].
- Soboczynski, Adam. 26.07. 2018. ... wirft einen langen Schatten. In: *Die ZEIT*: 3.
- Spiller, Christian. 23.07.2018a. So viel mehr als ein Rücktritt. In: *ZEIT Online*. <https://www.zeit.de/sport/2018-07/mesut-oezil-fussball-rassismus-kommentar-ruecktritt> [Stand 01.11.2018].
- Spiller, Christian. 14.05.2018b. Mesut Özil und Ilkay Gündogan: Nicht besonders schlau. In: *ZEIT Online*. <https://www.zeit.de/sport/2018-05/mesut-oezil-ilkay-guendogan-recep-tayyip-erdogan> [Stand 01.11.2018].
- Spoerr, Kathrin. 15.05.2018a. Geschenke für Erdogan. In: *Die Welt*: 19.
- Spoerr, Kathrin. 15.05.2018b. Herr Erdogan, geben Sie das Shirt zurück! Es gehört Steinmeier. In: *Die Welt*: 5.
- Straten, Walter. 11.06.2018. PD-Minister Maas; Fall Özil sagt nichts über „Integrationsfähigkeit in Deutschland.“ In: *Bild*: 12.
- Thurm, Frida. 24.07. 2018. Mesut Özil: «Wer gut integriert ist, fühlt sich stärker diskriminiert.» In: *ZEIT Online*. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-07/mesut-oezil-integration-deuschtuerken-diskriminierung> [Stand 01.11.2018].
- Ucta, Ufuk; Brügelmann, Matthias; Schmidt, Marc. 25.06.2018. Die Özil-Affäre. In: *Bild*: 1–3.
- Unfried, Peter. 28.07.2018. «Die bessere Geschichte». In: *die tageszeitung*: 2.
- Völker, Markus. 19.05.2018. Der unpolitische Nationalspieler ist ein Konstrukt. In: *die tageszeitung*: 19.
- Voss, Hannah. 16.06.2018. Wie konnte das bloß passieren? In: *die tageszeitung*: 30–31.
- Wallrodt, Lars. 16.06.2018a. Einigkeit, Recht & Fussball. Dürfen wir uns auf die Spiele in Russland freuen? Natürlich dürfen wir das! In: *Bild Online*. <https://www.bild.de/sport/fussball/fifa-wm-2018/kommentar-zur-russland-wm-56030304.bild.html> [Stand 01.11.2018].
- Wallrodt, Lars. 17.05.2018b. Wanderer zwischen den Welten. In: *Die Welt*: 18.
- Warmbrunn, Benedikt. 28.06.2018. Der Schweigende. In: *Süddeutsche Zeitung*: 20.
- Wiegand, Ralf. 16.05.2018. «So ist Deutschland». In: *Süddeutsche Zeitung*: 4. *
- Wolffsohn, Michael. 24.07.2018. Kommentar – Özil schwingt die Rassismus-Keule. In: *Bild Online*. <https://www.bild.de/politik/inland/mesut-oezil/wolffsohn-kommentar-zu-oezil-56411282.bild.html> [Stand 03.11.2018].

10.3 Literatur

- Abbt, Christine; Rochel, Johan (Hg.). 2016. *Migrationsland Schweiz: 15 Vorschläge für die Zukunft*. Baden: Hier und Jetzt Verlag.
- Achermann, Alberto u. a. 2010. Country Report: Switzerland, <http://cadmus.eui.eu/handle/1814/19639> [Stand 21.08.2018].
- Auswärtiges Amt Deutschland. 2018. *Auswärtiges Amt – Beziehungen zu Deutschland*. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/tuerkei-node/bilateral/201968> [Stand 28.01.2019].
- Bauböck, Rainer. 2009. *Citizenship policies in the New Europe*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Bauböck, Rainer. 2002. Wessen Stimme zählt? Thesen über demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft. In: *Österreichische Akademie der Wissenschaften, Forschungsstelle für Institutionellen Wandel und europäische Integration – IWE* 35: 1–20.
- Bauböck, Rainer. 1995. *The integration of immigrants*. Wien: Institut für Höhere Studien.
- Becker, Michael; Schmidt, Johannes; Zintl, Reinhard. 2006. *Politische Philosophie*. Paderborn: Schöningh UTB Verlag.
- Benhabib, Seyla. 1999. Citizens, Residents, and Aliens in a Changing World: Political Membership in the Global Era. In: *Social Research* 66 (3): 709–744.
- Bens, Jonas; Kleinfeld, Susanne; Noack, Karoline (Hg.). 2014. *Fußball. Macht. Politik: Interdisziplinäre Perspektiven auf Fußball und Gesellschaft*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Bevölkerungsdienste und Migration Basel-Stadt. 2017. *Informationen zur Einbürgerung*. <http://www.bdm.bs.ch/Einbuengerung/Informationen-Einbuengerung.html> [Stand 10.12.2018].
- Blatter, Joachim; Sochin D’Elia, Martina; Buess, Michael. 2018. *Bürgerschaft und Demokratie in Zeiten transnationaler Migration: Hintergründe, Chancen und Risiken der Doppelbürgerschaft. Studie im Auftrag der Eidgenössischen Migrationskommission EKM*. <https://www.ekm.admin.ch/dam/data/ekm/dokumentation/materialien/ekm-studie-doppelbdoppel-d.pdf> [Stand 06.03.2019]
- Blatter, Joachim; Hauser, Clemens; Wyrsh, Sonja. 2016. Kein Stimmrecht – trotzdem mitbestimmen. In: *Migrationsland Schweiz. 15 Vorschläge für die Zukunft*. Baden: Hier und Jetzt: 39–56.
- Blatter, Joachim. 2011. Dual citizenship and theories of democracy. In: *Citizenship Studies* 15, (6–7): 769–798.
- Blatter, Joachim; Janning Frank; Wagemann, Claudius. 2007. *Qualitative Politikanalyse: eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bommes, Michael; Kolb, Holger. 2012. Germany. In: Joppke Christian; Seidle, Christian. (Hg.).

- Immigrant Integration in Federal Countries*. Montreal und Kingston: McGill-Queens University Press: 113–134.
- Bulgrin, Markus. 2006. *Sport und Politik : Interdependenzen und Korrelationen*. München: GRIN Verlag.
- Bürgerrechtsdienste Kanton Zug. 2017. *Ordentliche Einbürgerung ab 1. Januar 2018*. https://www.zg.ch/behoerden/direktion-des-innern/zivilstands-und-burgerrechtsdienst/buergerrechtsdienst/copy_of_ordentliche-einbuengerung-von-auslaenderinnen-und [Stand 10.12.2018].
- Corrado, Ignazio. 2018. *EU-Turkey Statement and Action Plan*. European Parliament. <http://www.europarl.europa.eu/legislative-train> [Stand 28.01.2019].
- Dahl, Robert Alan. 1989. *Democracy and Its Critics*. New Haven und London: Yale University Press.
- D’Amato, Gianni. 2012. Switzerland. In: Joppke, Christian; Seidle, Christian (Hg.). *Immigrant Integration in Federal Countries*. Montreal und Kingston: McGill-Queens University Press: 162–190.
- Delanty, Gerard. 2008. *Citizenship in a Global Age: Society, Culture, Politics*. Maidenhead: Open University Press.
- Deutscher Bundestag. 2016. *Parlamentarische Vertretung der Auslandsdeutschen*. <https://www.bundestag.de/blob/436772/09c77a88add0224845c0ab7103e2df4e/wd-3-148-16-pdf-data.pdf>. [Stand 10.12.2018]
- Deutsches Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF. 2015. *Einbürgerung in Deutschland*. *Einbürgerung in Deutschland*. <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Einbuengerung/In-Deutschland/indeutschland-node.html> [Stand 13.12.2018].
- Deutsches Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF. 2017. *Spätaussiedler*. <http://www.bamf.de/DE/Migration/Spaetaussiedler/spaetaussiedler-node.html> [Stand 14.12.2018].
- Duden. 2018. *Duden bio-deutsch. Rechtschreibung, Bedeutung, Definition*. <https://www.duden.de/rechtschreibung/biodeutsch> [Stand 29.01.2019].
- Eidgenössisches Bundesamt für Statistik. 2017. *Ausländische Bevölkerung*. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/auslaendische-bevoelkerung.html> [Stand 06.12.2018].
- Eidgenössisches Bundesamt für Statistik BFS. 2018. *Gemeinden und Kantone mit Stimm- und Wahlrecht für Ausländer*. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/integrationindikatoren/indikatoren/gemeinde-kantone-recht.html> [Stand 11.12. 2018].
- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA. 2018. *Stimm- und Wahlrecht*. <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/leben-im-ausland/die-fuenfte-schweiz/stimm-und-wahlrecht.html> [Stand 11.12.2018].
- Ersanili, Evelyn; Koopmans, Ruud. 2012. *Rewarding Integration? Citizenship Regulations and the*

- Socio-Cultural Integration of Immigrants in the Netherlands, France and Germany. In: Maarten, Peter Vink (Hg.). *Migration and Citizenship Attribution. Politics and Policies in Western Europe*. London: Routledge: 773–791.
- Faist, Thomas; Fauser, Margit; Reisenauer, Eveline. 2014. *Das Transnationale in der Migration : eine Einführung*. Weinheim: Beltz Juventa Verlag.
- Faist, Thomas; Kivisto, Peter. 2007. *Dual Citizenship in Global Perspective: From Unitary to Multiple Citizenship*. Basingstoke: Palgrave Macmillan Press.
- FIFA. 2017. FIFA-Disziplinarreglement FDC. <https://resources.fifa.com/image/upload/fifa-disciplinary-code-500275.pdf?cloudid=chqfmzxafwbzl8njddzs>. [Stand 10.12.2018]
- FC Everton. 2018. *Everton Sign Striker Tosun. Everton Football Club*. In: Website des FC Everton. <http://www.evertonfc.com/news/2018/01/05/blues-sign-striker-tosun> [Stand 23.01.2019].
- Greven, Michael. 2005. Freiheit. In: Nohlen, Dieter; Schultze Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*. München: Beck Verlag: 265.
- Helbling, Marc. 2012. Switzerland: Contentious Citizenship Attribution in a Federal State. In: Maarten, Peter Vink (Hg.). *Migration and Citizenship Attribution, Politics and Policies in Western Europe*. London: Routledge: 81–97.
- Holenstein, André; Kury, Patrick; Schulz, Kristina. 2018. *Schweizer Migrationsgeschichte: Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Baden: Hier und Jetzt Verlag.
- Joppke, Christian. 2010. *Citizenship and Immigration*. Cambridge: Polity Press.
- Joppke, Christian. 2008. Comparative Citizenship: A Restrictive Turn in Europe? In: *Law & Ethics of Human Rights* 2 (1): 1–41.
- Joppke, Christian 2007. Transformation of Citizenship: Status, Rights, Identity. *Citizenship Studies* 11, 1, 37–48. <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13621020601099831> [Stand 2018-09-4].
- Joppke, Christian. 1996. Multiculturalism and Immigration: A Comparison of the United States, Germany, and Great Britain. In: *Theory and Society* 25 (4): 449–500.
- Klein, Gabriele. 2008. *Ernste Spiele: Zur politischen Soziologie des Fussballs*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Koller, Christian. 2008. *Sternstunden des Schweizer Fussballs*. Zürich: Lit Verlag.
- Koopmans, Ruud. 2017. *Assimilation oder Multikulturalismus?: Bedingungen gelungener Integration*. Münster: LIT Verlag.
- Koopmans, Ruud. 2005. *Contested Citizenship: Immigration and Cultural Diversity in Europe*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Koopmans, Ruud. 2000. *Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics: Comparative European Perspectives*. Oxford: Oxford University Press.

- Kymlicka, Will. 2003. Multicultural States and Intercultural Citizens. In: *Theory and Research in Education* 1 (2): 147–169.
- Kymlicka, Will. 1999. *Multikulturalismus und Demokratie: über Minderheiten in Staaten und Nationen*. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas. 2014. Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina; Blasius, Julius (Hg.). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Verlag: 543–556.
- Mayring, Philipp. 2008. *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz Verlag.
- Meyer, Thomas. 2009. *Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mochmann, Ekkehard. 2005. Inhaltsanalyse. In: Nohlen, Dieter; Schultze Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*. München: Beck Verlag: *Lexikon der Politikwissenschaft*: 374–377.
- Rathfelder, Erich. 2010. *Kosovo. Geschichte eines Konflikts*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Rawls, John. 1972. *A Theory of Justice*. Cambridge: The Belknap Press.
- Reese-Schäfer, Walter. 1994. *Was ist Kommunitarismus?* Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Rieger, Günter. 2010. Kommunitarismus. In: Nohlen, Dieter; Schultze Rainer-Olaf (Hg.). *Lexikon der Politikwissenschaft*. München: Beck Verlag: *Lexikon der Politikwissenschaft*: 455–456.
- Sandel, Michael J. 1998. *Liberalism and the Limits of Justice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sandel, Michael J. 1995. *Liberalismus oder Republikanismus: von der Notwendigkeit der Bürger-tugend*. Wien: Passagen Verlag.
- Schiller, Theo. 2005: Liberalismus. In: Nohlen, Dieter; Schultze Rainer-Olaf (Hg.). *Lexikon der Politikwissenschaft*. München: Beck Verlag: *Lexikon der Politikwissenschaft*: 514–518.
- Schlenker, Andrea. 2016a. Divided loyalty? Identification and political participation of dual citizens in Switzerland. In: *European Political Science Review* 8 (4): 517–546.
- Schlenker, Andrea. 2016b. Loyalität erhöhen durch doppelte Staatsbürgerschaft. In: Abbt, Christine; Rochel, Johan (Hg.). *Migrationsland Schweiz, 15 Vorschläge für die Zukunft*. Baden: Hier und Jetzt Verlag: 57–68.
- Schlenker, Andrea; Blatter, Joachim. 2016. Zwischen Nationalismus und Kosmopolitismus: Wie lassen sich (neue) Formen demokratischer Bürgerschaft konzeptualisieren und bewerten? In: Rother, Stephan (Hg.). *Migration und Demokratie*. Studien zur Migrations- und Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer Fachmedien Verlag: 109–137.
- Schlenker-Fischer, Andrea. 2009. *Demokratische Gemeinschaft trotz ethnischer Differenz*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Schweizerische Radio und Fernsehgesellschaft SRG. 2018. *Publikumsrat: Kommentare während Direktübertragung des WM-Spiels Serbien-Schweiz beanstandet (II)*. <https://www.srgd.ch/de/aktuelles/news/2018/08/14/kommentare-waehrend-direktuebertragung-des-wm-spiels-serbien-schweiz-beanstandet-ii/> [Stand 03.01.2019].
- Schweizer Staatssekretariat für Migration SEM. 2018a. *Erleichterte Einbürgerung der dritten Ausländergeneration tritt in Kraft*. https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/aktuell/news/2018/ref_2018-01-17.html [Stand 06.12.2018].
- Schweizer Staatssekretariat für Migration SEM. 2018b. *Ordentliche Einbürgerung*. https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/themen/buergerrecht/einbuengerung/ordentliche_einbuengerung.html [Stand 10.12.2018].
- Swisscoy. 2018. *Bericht 2018 über den Einsatz der Schweizer Kompanie (Swisscoy) in der multinationalen Kosovo Force (KFOR) zuhanden der Aussenpolitischen und Sicherheitspolitischen Kommissionen des National- und des Ständerates*. <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/einsaetze-und-operationen/militaerische-friedensfoerderung/missionen/swisscoy.html> [Stand 05.01.2019].
- Sydow, Christoph. 2016. Doppelte Staatsbürgerschaft: Kritik am Doppelpass – das sind die Fakten. In: *Spiegel Online*. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/doppelte-staatsbuergerschaft-und-doppelpass-das-sind-die-fakten-a-1124805.html> [Stand 21.08.2018].
- Taylor, Charles. 1989. *Sources of the Self: The Making of the Modern Identity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Taylor, Charles; Kocyba, Hermann. 1988. *Negative Freiheit?: Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Thunder, David. 2017. *The Ethics of Citizenship in the 21st Century*. Cham: Springer Verlag.
- Weiss, Ulrich. 2002. Volonté générale In: Nohlen, Dieter; Schultze Rainer-Olaf (Hg.). *Lexikon der Politikwissenschaft*. München: Beck Verlag: *Lexikon der Politikwissenschaft*: 1121.
- Worbs, Susanne. 2017. *Doppelte Staatsangehörigkeit in Deutschland: Zahlen und Fakten*. Bundeszentrale für politische Bildung. bpb.de. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/254191/doppelte-staatsangehoerigkeit-zahlen-und-fakten> [Stand 13.12.2018].
- Woyke, Wichard; Delschen, Ansgar. 2006. *Sport und Politik. Eine Einführung*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.

10.4 Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Verteilung der Ober- und Unterkategorien für die Schweizer Debatte..... 42
- Tabelle 2: Verteilung der Ober- und Unterkategorien bzw. Codes für die deutsche Debatte.. 61

Tabelle 3: Verteilung der Oberkategorien vor und nach dem Interview mit SFV Generalsekretär Miescher.....	85
Tabelle 4: Verteilung der Oberkategorien vor und nach Özils Rücktrittserklärung	86
Tabelle 5: Verteilung der Oberkategorien nach Tages- und Wochenzeitungen in der Debatte „Causa Özil“	87
Tabelle 6: Verteilung der Oberkategorien nach Tages- und Wochenzeitungen in der „Doppeladler-Debatte“	87
Tabelle 7: Kategoriensystem	94

10.5 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Granit Xhaka (l.) und Xherdan Shaqiri (r.) formen in der Partie gegen Serbien am 22. Juli 2018 den Doppeladler (BURGENER 2018)	97
Abbildung 2: Mesut Özil (l.) und Ilkay Gündoğan (r.) posieren am 14. Mai 2018 mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan (PFEFFER u. a. 2018)	97